

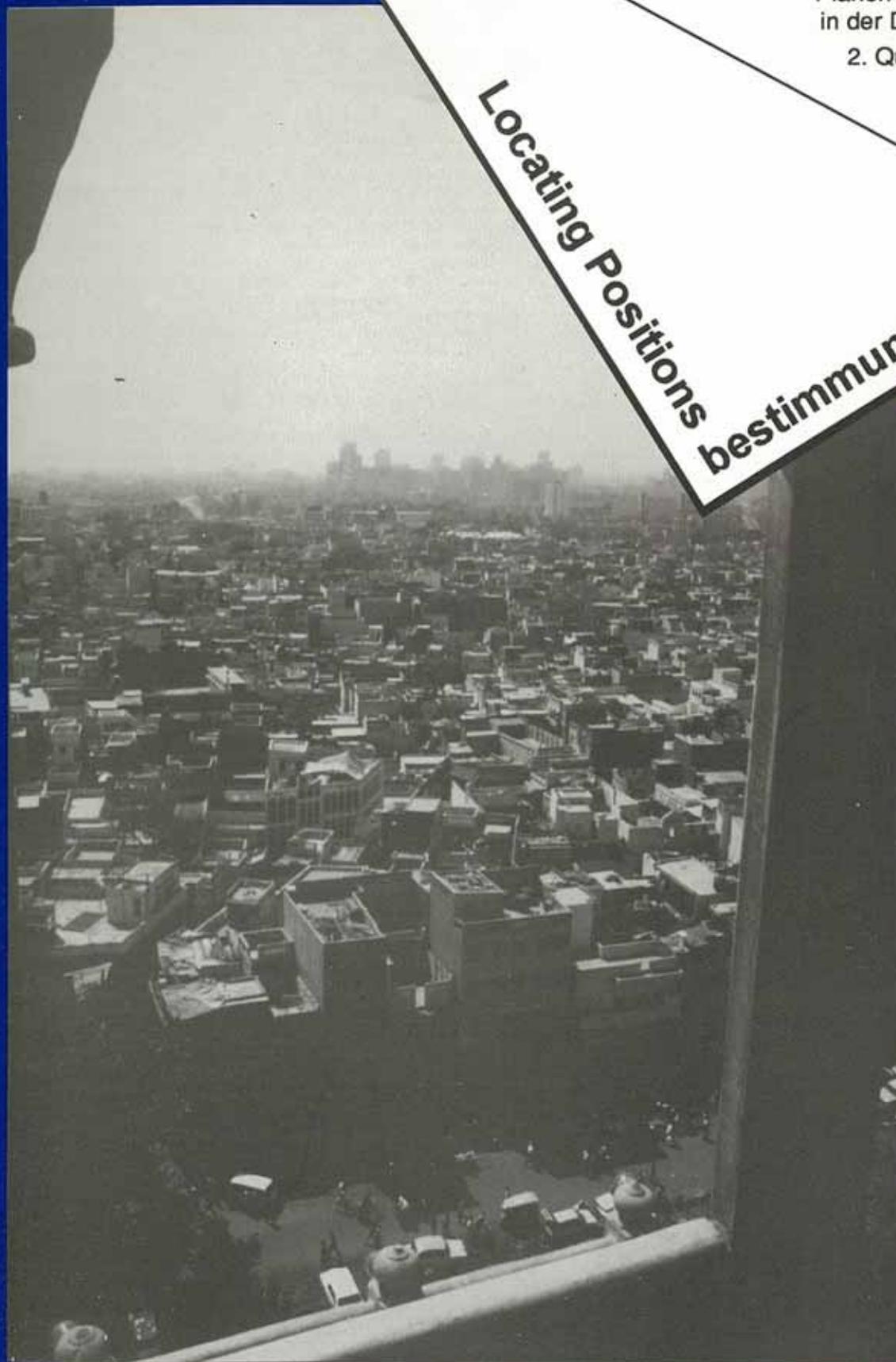
V 12 086 F

TRIALOG

Zeitschrift für das
Planen und Bauen
in der Dritten Welt
2. Quartal 1994

41

Locating Positions
bestimmungen



Editorial: Positionsbestimmung

Unsere 'Vereinigung zur Erforschung des Planens und Bauens in Entwicklungsländern' wurde 1983 in Darmstadt gegründet. Für die fällige 10. Jahrestagung und das damit verbundene Symposium kamen wir dorthin zurück unter dem Thema 'Wandel im Planen und Bauen in der Dritten Welt'. (Wie kann man Jubiläums-Rück- und Ausblicke vermeiden?) Im vorliegenden Heft 41 drucken wir unter dem Titel 'Positionsbestimmungen' wesentliche Referate und erbetene Essays zu dem Thema ab. Gleichzeitig legen wir dem Heft ein Register mit Sach- und Länderindex aller in den 10 x 4 Vierteljahresnummern erschienenen Aufsätze bei. Diese induktive Methode führt zwanglos in die Landkarte unsere Themenlandschaft ein.

Das Register beweist, daß die Grenzen dieser Landschaft in etwa gleich geblieben sind. In Verlauf der Jahre wurden jedoch Teile von ihr unterschiedlich frequentiert, ausgeleuchtet oder abgedunkelt. Auch in unserem Symposium und im vorliegenden Heft mußten wir auswählen: Stichworte wie Ausbildung, Entwicklungsstrategien, Selbstorganisation und Selbsthilfe, informeller Sektor, Wohnungsbau u.a. werden nur beiläufig erwähnt. Das bedeutet nicht, daß die mit ihnen verbundenen Probleme gelöst wären. Im Gegenteil, frei nach Tucholski sind sie nur "momentan vergessen". Immerhin, die Lücke 'Wohnungsbau' versuchen wir mit dem Bericht von der Birmingham-Konferenz über Wohnungsversorgung für die Armen zu schließen und für die Lücke 'Ländliche Entwicklung' entschuldigen wir uns bei unseren Lesern: Das Manuskript unseres Symposium-Gastes, Prof. Aurora Ruiz, Lima, erreichte uns nicht mehr rechtzeitig vor Drucklegung.

Der erste Teil von TRIALOG 41 befaßt sich mit dem Fach 'Planen und Bauen in Entwicklungsländern' insgesamt, aus der Sicht von BRD und alter DDR, in welchem in guter deutscher Tradition gleichermaßen Praxis, Lehre und Forschung zusammengefaßt werden. Ist es bezeichnend, daß im einen Fall auf Forschung gesetzt wird, im anderen auf Ausformung der Praxis? Den vorgeschlagenen 'Entwicklungsingenieur', den man sich als Berater sozialer Gruppen vorstellen mag, könnte ergänzt werden durch einen 'Entwicklungs- oder Zukunftsanwalt', der die Interessen zukünftiger Generationen solcher Gruppen zu vertreten hätte.

Unter dem Teilaspekt Entwicklungs-Zusammenarbeit (EZ) konzentriert sich der zweite Teil unseres Heftes auf das Krisengebiet Urbanisierung. Eine Übersicht über das Engagement der diversen Entwicklungsbanken und der westlichen Regierungen in diesem Bereich legt nahe, daß eine dramatische Ausweitung bevorsteht. Die in den Aufsätzen dieses Abschnittes geäußerte Kritik und Selbstkritik mündet in jenen merkwürdigen Zwiespalt ein zwischen Pessimismus, wo der Gesamtzusammenhang von konsumorientiertem Lebensstil gemeint ist, und Optimismus, wo es um überschaubare, für Lernprozesse offene Zusammenhänge geht. Dieser Widerspruch zwischen den beiden Ebenen wäre seinerseits zu untersuchen.

In dieses Bild paßt der gelassene Tenor im dritten Teil des Heftes, mit den Einzelaspekten Technologie, Stärkung der Rolle der Frau, Umwelt und Wissenschaftsförderung thematisiert werden. Ist die Freude des Machers am Erreichten das wichtige oder die mehr oder weniger impliziten und mit *understatement* vorgetragenen Warnungen? Sind die zugebenermaßen kleinen Schritte ein Auf-der-Stelle-Treten oder der unwidderstehliche Anfang auf dem Weg zu massenverfügbarer Angepaßter Technologie, kulturübergreifender Frauenemanzipation, wohlfeldnaher Umweltkontrolle und breite Verfügbarkeit von Wissen, die alle für menschliches Überleben auf dem Planeten notwendig sind?

Im abschließenden vierten Teil unseres Heftes stellen wir Programmkonzepte umfassender EZ vor, wie sie multilaterale Organisationen geradezu unausweichlich hervorbringen - wenn sie überhaupt etwas hervorbringen. Diese Programme gruppieren sich heute um Themen wie Armut und Verwaltungseffizienz und sind in ihren Elementen nicht größer als die jener Projekte, die in den Teilen 2 und 3 als potentiell erfolgreich dargestellt werden. Zu bedenken wäre jedoch der Umstand, daß der Lernprozeß in Großprogrammen nie so flexibel wie der unverbundener Akteure sein kann. Oder haben auch die Großakteure gelernt?

Die 'Positionsbestimmungen' in diesem Heft sind also weniger Lage- als Kursbestimmungen. Nur, um einen Kurs sinnvoll benennen zu können, sind Ko-ordinaten und, wichtiger noch, die Bestimmung von Anfang und Ziel unerläßliche Voraussetzung. Als Herausgeber dieser Aufsatzsammlung und als Beteiligte in Prozessen, die man mit "Entwicklung" zusammenbringt, sollten wir selbstkritisch anmerken: Sind uns schon die Koordinaten Ost, West, Nord und Süd auf unserem Bildschirm verloren gegangen (vielleicht waren sie ohnehin nur virtuelle Realität), so zögern wir auch, uns über Anfang und Ziel zu verständigen. Auch dies ist eine Positionsbestimmung.

Impressum

Herausgeber von TRIALOG ist die Vereinigung zur wissenschaftlichen Erforschung des Planens und Bauens in Entwicklungsländern e.V. (gemeinnützig).

Postadresse für Redaktion und Verein:
TRIALOG, c/o Lehrstuhl für Städtebau und Entwerfen,
Raum 11.40 - G009, Universität Karlsruhe,
Postfach 6980, D-76128 Karlsruhe
Verlag und Vertrieb: Magazin Verlag, Schwefelstraße 6,
D-24118 Kiel, ☎ 0431-565899, FAX 0431-577056

ISSN Nr. : 0724-6234

V.i.S.d.P.: Hassan Ghaemi, Birgit Laue, Jürgen Oestereich
Register: G. Budnick
Veranstaltungskalender: K. Teschner
Druck: Stadtdruck Freising

Dieser TRIALOG-Ausgabe liegt ein Register der Aufsätze in TRIALOG von 1983-93 (Ausgabe 1-40) bei.

Die in TRIALOG veröffentlichten Artikel repräsentieren nicht zwingend die Meinung der Herausgeberinnen und der Redaktion. Nachdruck ist mit Angabe der Quelle und Zusage eines Belegexemplars gestattet. Artikel, Ankündigungen und Informationen bitten wir an die Adresse des Vereins oder an die regionalen Kontaktpersonen zu richten:

- Kosta Mathéy, TRIALOG Geschäftsstelle Süd (Buchrez., Austauschabos), Holangerstr. 21, D-81735 München, ☎ 089-400715 & 0721-608 2170; FAX 089-406297
- Jürgen Oestereich, Am Dickelsbach 10, D-40883 Ratingen, ☎ 02102-60740
- Gisilind Budnick (Mitgliederverwaltung, Finanzen), Mozartstr. 39, D-70180 Stuttgart, ☎ 0711-6071965
- Rita Mrotzek-Sampat, Im Trappengrund 42, D-64354 Reinheim, ☎ 06162-81562
- Hassan Ghaemi, Dieburger Str. 234E, D-64287 Darmstadt, ☎ 06151-784444; FAX 717775
- Florian Steinberg, c/o Indian Human Settlements Programme (IHSP), Human Settlements Management Institute-HSMI-HUDCO, F-212, Asian Village Complex, Khelgaon Marg, Siri Fort, New Delhi-110049, INDIA, ☎ -91-11-6493375 & 6493445; FAX -91-11-6493726
- Joanna Kotowski-Ziss, Dambachtal 9, D-65193 Wiesbaden, ☎ 0611-526162; FAX 59211
- Michael Peterek, Adlerstr. 27a, D-76133 Karlsruhe, ☎ 0721-608 3050 (tags), 378785 (abends)
- Hans Harms, Kerstin Zillmann, FSP 1-07, TUHH, Schwarzenbergstr. 93c, D-21073 Hamburg, ☎ 040-7718-3011 & -3211
- Bernd Jenssen, SPRING, Universität Dortmund, Postfach 500500, D-44221 Dortmund 50, ☎ 0231-755-2291 & -2398; FAX 0231-721532
- Khosrow Edalatian, Lorzingstr. 14, D-34246 Vellmar, ☎ 0651-826500; FAX 0561-825450

TRIALOG 41 kostet DM 12,- zuzüglich Versand
Abopreise für 4 Ausgaben (1 Jahrgang):
Normalabo: DM 60,- incl. Versand
Ermäßigtes Abo für Privatbezieher: DM 40,- (incl.)
Studentenabo (Bescheinigung, nur direkt) DM 32,-
Luftpostzuschlag nach Übersee: DM 12,-

Die Kündigung eines Abos ist dem Verein spätestens zwei Wochen nach Erhalt des letzten berechneten Heftes mitzuteilen.

Locating Positions

Our Association for Research on Planning and Building in Developing Countries was founded 1983 in Darmstadt, West Germany. For our 10th annual we returned to this place choosing the title "change in 10 Years of Planning and Building in the Third World" for the corresponding Symposium. (How to avoid reviews and previews at a jubilee?). In the present issue No. 41 of our journal TRIALOG we publish the essential papers delivered and some other ones under the heading "Locating Positions". As a supplement the reader will find a register of all Papers published in TRIALOG 1 - 40 along with subject index and country index. This inductive way may provide easier access to the landscape of our topics.

The register shows that this landscape has been explored, elucidated or left in the dark here and there in different degrees of intensity with the passing of time. At a symposium as well as in a journal one has to make a choice. This time subjects like "professional education", "development strategies", "self-help", "informal sector", "housing" etc. are mentioned only in passing. It does not mean that the problems connected with them are solved. On the contrary, they are only dimmed off temporarily. As to housing, we try to cover this important subject by reporting from the Birmingham Conference on "Housing for the Urban Poor. As to rural development we apologize for the omission: the manuscript of our guest at the symposium, Professor Aurora Ruiz, Lima, did not arrive in time for printing.

The first section of TRIALOG 41 deals with the discipline "Planning and Building in Developing Countries" generally by interrelating, according to good old German academic tradition, implementation, teaching and research. Is it significant that the author from the West emphasizes research and the one from the East the generalization of the practice of advising on development? His proposal of creating a "Development Engineer" who is assumed to advise local groups, may be complemented by a "Development Advocate", who may be supposed to fight for the interest of future generations.

Under the aspect of development co-operation the second section of the issue at hand concentrates on urban problems. A survey of the commitments of various development banks and of western governments in this field suggests that it will expand dramatically, in the near future. Critique and self-critique with respect to urban co-operation as expressed in the following papers lead to a remarkable discrepancy between pessimism in view of the consumer-oriented lifestyle at global level and optimism in view of the readiness to learn an respond to the environmental challenge on the part of grass-root groups at local level. This contradiction is to be examined.

The optimism seems present also in the papers of the third section which deals with the subjects "appropriate technology", "gender issues", "environment" and "promotion of Third World science". Is it that the satisfaction of the authors to report of objectives attained overshadows the warnings which are expressed more indirectly? Are the small steps rather marking time or are they the necessarily modest start for a finally irresistible course towards appropriate technology for the masses, female emancipation world-wide, government participative and in keeping with the environment, and free access to knowledge? All of this seems indispensable for the survival of humanity.

In the final fourth section we introduce to large comprehensive programmes of development co-operation, typical of multilateral organisation. These programmes deal with subjects like poverty and urban management. For them it is rather new that they are composed of elements not bigger than those of the projects quoted to be successful in the sections two and three above. The process of learning is in large programmes, naturally, less effective than the one of unconnected agents. Are the multilaterals trying to improve on this?

The title of TRIALOG 41 "locating (one's) positions" obviously relates less so much to a particular point in space and time than to the course of parties concerned. However, in order to define a course meaningfully, it is indispensable to determine the co-ordinates and, still more important, start and destination. As editors of this issue and as expert engaged in processes called "development" in the "Third World, the "South" or whatever other names are chosen, we should be careful: The co-ordinates east, west, north and south have vanished from the screen (perhaps they have never been more than virtual reality), but we hesitate to come to an agreement on start and destination of our own course. "Locating Positions" refers to this fact, too.

Hassan Ghaemi

Birgit Laue

Jürgen Oestereich

TRIALOG

Zeitschrift für das
Planen und Bauen
in der Dritten Welt
2. Quartal 1994

41

Inhalt / Table of contents

Planen und Bauen in Entwicklungsländern Anmerkungen zu einem schwierigen Fach von Eckart Ribbeck	5
Berufsbild Entwicklungingenieur ? Anmerkungen zur Entwicklungsplanung aus der Sicht des ehemaligen Ostens von Hans-Ulrich Mönning	8
Issues at Stake in Urban Co-operation Inside bi- and multilateral agencies for technical assistance by Isabelle Milbert	11
Stadtplanung zwischen Anspruch und Wirklichkeit Sieben Thesen zum Wissenstransfer in die Dritte Welt von Klaus R. Kunzmann	15
Vom Meister und Macher zum Begleiter und Beobachter Schwerpunktverlagerung in der Technischen Zusammenarbeit von Ernst Reichenbach	19
Stadtplanung in Algerien im Zuge wirtschaftlicher und politischer Veränderungen von Abderrahmane Siguerdidjane	23
Wandel im Bild von der Stadt Bericht von einer Arbeitsgruppe des TRIALOG-Symposiums '93 von Bernd D. Ciecior	27
Der Selbsthilfe helfen Bericht von einer Arbeitsgruppe des TRIALOG-Symposiums '93 von Antje Wemhöner	29
Frauen im Entwicklungsprozess Zwei Projektbeispiele aus dem Bau- und Wohnungsbereich in Jamaica von Claudia von Braunmühl	31
Der Umgang mit natürlichen Ressourcen in der räumlichen Entwicklungsplanung von Jürgen Oestereich	34
Development Research in an Asymmetric World Creating a South-North Dialogue by George Waardenburg	38
Multilateral Agencies Intervening The Urban Poverty Partnership Programme by Steve Miller	40
Urban Management und Infrastrukturversorgung in Indonesien und Indien von Florian Steinberg	42
The 2nd Symposium "Housing for the Urban Poor" Ein Konferenzbericht von Kosta Mathéy	46
Buchbesprechungen / Book Reviews	47
<i>In der Beilage</i> TRIALOG 1 - 40 Register mit Sach- und Länderindex der Aufsätze in TRIALOG 1983 - 1993 zusammengestellt von Gislind Budnick	



Das Auditorium des TRIALOG-Symposiums 1993 in der TH Darmstadt

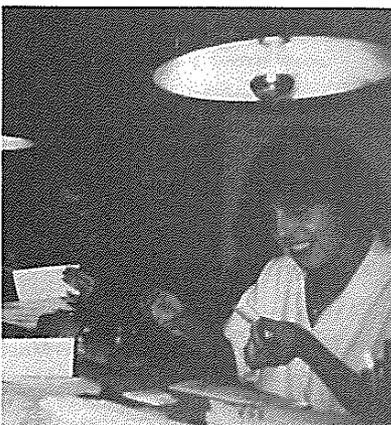
Die Autoren dieses Heftes

Dr. Claudia von Braunmühl war von 1980 bis 1984 Beauftragte des Deutschen Entwicklungsdienstes in Jamaica. Seitdem freie Gutachterin vor allem in Karibik und Westafrika vorwiegend für Projekte mit hohem Anteil an Selbstorganisation der Beteiligten. Lehrbeauftragte für internationale Politik und Entwicklungszusammenarbeit an der TU Berlin.

Dr.-Ing. Gisind Budnick ist Dozentin für Infrastrukturplanung im Aufbaustudiengang für Planer der Dritten Welt an der Universität Stuttgart. Eigene Forschungen seit 1977 vor allem in Lateinamerika.

Dr.-Ing. Bernd C. Ciecior, Architekt und Entwicklungsplaner DIE, durchlief verschiedene Stationen in UNO, Planungsbüros und Universitäten. Erfahrungen in Stadtplanung und Wohnungsbau in Lateinamerika, Ostafrika und Südasiens. Arbeitet derzeit an einer Habilitation über "Stadt und Konsequenzen aus neuer Erdsicht".

Univ.-Prof. Dr. Klaus Kunzmann, ist Jean-Monet Professor für europäische Raumplanung an der Universität Dortmund. Seit 1971 als Berater für Entwicklungshilfeprojekte auf dem Gebiet Stadtplanung und Stadtentwicklungspolitik sowie Mit-Initiator und 1984-90 -Leiter des englischsprachigen Studiengangs SPRING für Planer aus Afrika und Asien am Fachbereich Raumplanung. Im WS 1993 Gastprofessor an der Graduate School of Architecture and Urban Planning, University of California, Los Angeles. Das Manuskript ist die überarbeitete, aus Platz-



TRIALOG-Redaktion bei Schneide- und Klebearbeit

gründen von der Redaktion gekürzte Fassung eines Vortrages für das Symposium "Planen und Bauen in Entwicklungsländern" an der Universität Stuttgart 1993.

Prof. Dr.-Ing. Eckart Ribbeck ist seit 1975 mit Planungs- und Forschungsaufgaben vor allem in Lateinamerika betraut. Seine Schwerpunkte sind Mexiko und Brasilien. Seit 1991 Professor für Bauen und Planen in Entwicklungsländern an der Universität Stuttgart.

Das Manuskript ist die überarbeitete und aus Platzgründen von der Redaktion gekürzte Fassung eines Vortrages für das Symposium "Planen und Bauen in Entwicklungsländern" an der Universität Stuttgart 1993.



Dr.-Ing. Ernst Reichenbach war von 1973 bis 1978 Assistent am Lehrstuhl für Städtebau und Landesplanung der Technischen Universität Karlsruhe. Seitdem ist er als Mitarbeiter der GTZ mit vielen Projekten in Entwicklungsländern befaßt gewesen. Langjährige Projekterfahrung verbinden ihn vor allem mit Gambia, Malawi, Indonesien, Thailand und Nepal.

Isabelle Milbert is currently Professor at the Institute of Development Studies, Geneva. She has received a PhD on urban management in India. Research activities and subsequent publications dealt with urban management, conservation, co-operation, human settlement planning, upgrading, environmental hazards and small-scale enterprise promotion in India, Pakistan, Indonesia and Bolivia. Presently pursuing comparative research on environmental risks in intermediate cities in several Third World countries.

Dr.-Ing. Kosta Mathéy, Stadtplaner, Architekt und Soziologe, unterrichtet z.Z. Städtebau und Entwerfen an der Universität Karlsruhe.

Außerdem Professor Adjunto am Instituto Superior Politécnico José Antonio Echeverría (TH) in Havanna. Lehr-, Forschungs- und Projektarbeit in Indonesien, Äthiopien, Kenia, Tanzania, Nigeria und fast allen Ländern Lateinamerikas. Zahlreiche Publikationen zu den Themen Wohnungsbau, Selbsthilfe, Ökologie, Angepaßte Technologie.

Steve K. Miller, after completing his doctoral thesis on colonial politics in agriculture and employment in Zaire was appointed Assistant Director of the African Studies Centre of Boston University. In 1983 he joined the ILO in Geneva and works since on projects mainly in Africa.

Prof. Dr. Hans-Ulrich Mönnig war mit dem Aufbau und bis 1990 mit der Leitung des Lehr- und Forschungsgebietes "Tropenbau" an der Hochschule f. Bauwesen in Weimar befaßt. In dieser Zeit war er an Forschungs- und Bauprojekten im Wohnungs- und Siedlungswesen in Vietnam, Cuba, Äthiopien, Tanzania und im Jemen tätig. Er arbeitet als Beratender Ingenieur in Weimar.

Dr.-Ing. Jürgen Oestereich, Architekt und Planer SRL, seit 1973 Gutachter und Berater deutscher und internationaler Entwicklungsinstitutionen im Bereich Siedlungswesen. Länder- und Projekterfahrungen besonders in Zambia, Malaysia, Indien, im Senegal und Tschad. Zahlreiche Publikationen über räumliche Planung, Selbsthilfe und -organisation und Umweltschutz.

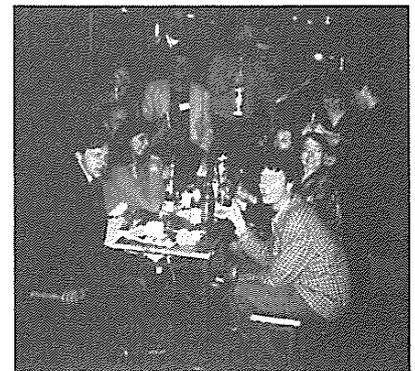
Abderrahmane Siguerdidjane studierte in Grenoble, Frankreich, Stadtplanung, arbeitete in algerischen Planungsbehörden und ist heute Dozent an der Ecole Polytechnique d'Architecture et d'Urbanisme (EPAU) in Algier.

Dr.-Ing. Florian Steinberg, nach Lehrtätigkeit an der TU Berlin seit 1986 Dozent des "Institute of Housing Studies", zunächst in Rotterdam, sodann in Jakarta und gegenwärtig in New Delhi. Autor zahlreicher Publikationen über Wohnungsbau und insbesondere städtische Entwicklungssteuerung und -verwaltung.

Prof. Drs. J. George Waardenberg is Chief Scientist for development co-operation in the Directorate-General for International Co-operation (DGIS) of the Ministry of Foreign Affairs, The Hague, Netherlands.

The paper was delivered at the Conference "Urban Environment in Developing Countries", held at the Technical University of Eindhoven, June '93

Dipl.-Ing. Antje Wemhöner befaßte sich von 1987 bis 1988 als Architekt bei COPEVI in Mexiko-Stadt und als Dozentin für Planen und Bauen in Ländern der Dritten Welt an der Fakultät für Architektur und Städtebau der Universität Stuttgart mit Entwicklungsländerfragen. Sie arbeitet gegenwärtig als Architektin in der BRD.



Der erweiterte TRIALOG-Vorstand, feiernd

Planen und Bauen in Entwicklungsländern

Anmerkungen zu einem schwierigen Fach

Eckart Ribbeck

Zur Fachgeschichte

Das Fach "Planen und Bauen in Entwicklungsländern" formiert sich in Deutschland zu Beginn der 70er Jahre als Ergebnis des allgemeinen Umbruchs, der die jahrzehntelange Nabelschau auf das deutsche Wirtschaftswunder beendet. Es ist ein engagierter, aber auch dilettantischer Beginn, was wegen der spärlichen Auslandskontakte auch nicht anders sein kann. Aus dem gleichen Grund ist diese Phase vor allem imitativ, d.h. von der Übernahme und Eindeutschung anderswo entwickelter Konzepte und Begriffe geprägt. Dies alles ändert sich in den 70er Jahren im Zuge der Internationalisierung der deutschen Wirtschaft und der anlaufenden Entwicklungshilfe. Die zunehmend weltumspannenden Aktivitäten deutscher Baufirmen und Consultings, des DED, der GTZ sowie zahlreicher anderer Institutionen verlangen nach einem professionellen Know How, was den Hochschulen eine neue Rolle zuweist und den Zugang zu Forschungsmitteln eröffnet.

Als Ergebnis kann man heute behaupten, daß der Entwicklungsstand des Faches vergleichbar mit dem anderer Länder ist, was angesichts der anfänglichen Aufholjagd gegenüber den ehemaligen Kolonialländern England und Frankreich allein schon bemerkenswert ist. Die Zahl der deutschen Architekten und Planer, die in Asien, Afrika oder Lateinamerika gebaut, geplant oder geforscht haben, ist kaum mehr überschaubar, ebenso die Zahl der Institutionen, die sich mit internationaler Kooperation befassen.

Nach 25 Jahren ist das Fach allgemein akzeptiert und gehört in vielen Hochschulen, u.a. in Berlin, Stuttgart,

Abstract

Planning and Building in Developing Countries as an academic discipline

The academic discipline of "Planning and Building in Developing Countries" at German universities is understood as a field of teaching (involving normative views) and a field of research (aiming at empirical, descriptive results). This latter approach is of increasing importance; since there is a need for stock-taking of the "genetic" variety of human habitat, for the assessment of the multiplicity of housing under precarious conditions and for the analysis of settlement problems in the South generally with their effects on the North. In this respect it is questionable, whether megacities, self-help settlements, informal economies and appropriate technologies are the problem or already the solution.

In view of the fact that the output of university trained professionals is reaching saturation or even more in a many Southern countries, the academic discipline in Northern universities should concentrate on research on poverty, on complexity, on specific problem solving and on ecological problem areas. "Planning and Building in Developing Countries" generally has to look for new ways of knowledge transfer on an equal basis, thereby also facilitating South-South communication.

Darmstadt, Hamburg, Karlsruhe, Kassel, Aachen und Weimar, zum selbstverständlichen Lehrangebot, das aber an den verschiedenen Orten sehr unterschiedlich ist. Seit der Gründerzeit hat auch ein Generationenwechsel stattgefunden, der das Spektrum der verfolgten Ansätze und Schwerpunkte weiter aufgefächert hat

Aktion oder Erkenntnis, Geben oder Nehmen ?

Der Terminus "Planen und Bauen in Entwicklungsländern", den es nun auch schon über 25 Jahre gibt, enthält eine gewisse Zweideutigkeit, der er möglicherweise seine Langlebigkeit verdankt.

a) Wir bauen und planen in den oder für die Entwicklungsländern, um einen Beitrag zur Lösung der Probleme zu leisten. Das Grundverständnis ist hier das der aktiven Entwicklungshilfe, wobei das Fach durch eine praxisnahe, problemorientierte Lehre und Forschung die entsprechenden Voraussetzungen schaffen will.

b) Wir wollen wissen, wie in den Entwicklungsländern geplant und gebaut wird. Hierbei geht es vor allem darum, die uns interessant erscheinenden Informationen zu sammeln, auszuwerten und im Rahmen unserer Lehr- und Forschungsinteressen zu verwerten, und dies unabhängig von unmittelbaren Anwendungszielen.

Auch wenn es häufig den Versuch gibt, beide Ansätze miteinander zu verbinden, so hat sich in den vergangenen Jahren der Akzent doch deutlich vom konkreten Bauen hin zum Planen, und vom Planen hin zum Forschen verlagert. Der gutgemeinte, aber häufig naive Transfer unserer Entwürfe und Planungskonzepte in die Dritte Welt hat jetzt einer Situation Platz gemacht, in der wir zwar mehr über Entwicklungsländer forschen und erfahren, dies aber immer seltener zu konkreten Vorschlägen führt.

Die Gründe hierfür sind offensichtlich. Der Optimismus, mit dem noch bis in die 80er Jahre die Bau- und Planungsprobleme der Entwicklungsländer in den deutschen Studierstuben gelöst wurden,

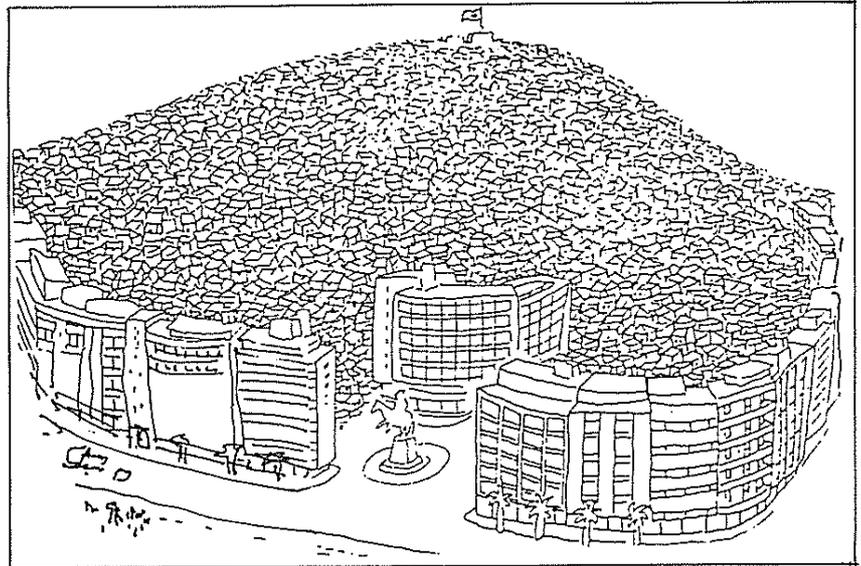
ist durch die frustrierende Erfahrung der praktischen Entwicklungshilfe vielfach verfliegen. Auch gibt es die Erkenntnis, daß es in vielen Bereichen an einer ausreichenden Wissens- und Erklärungsgrundlage fehlt, was zunächst eine Intensivierung der Forschung verlangt. Ebenso mag die Sensibilisierung für andere Kulturen eine Rolle spielen, denen man fremde Vorstellungen und Lösungen nicht mehr aufdrängen will. Eigeninteressen, Zeitnot, Sprachbarrieren und andere einschränkende Bedingungen haben aber zur Folge, daß ein Rückfluß der im Fach erarbeiteten Lehr- und Forschungsergebnisse, wenn überhaupt, nur eingeschränkt erfolgt. Im Klartext heißt dies, daß wir mehr von den Entwicklungsländern nehmen als wir ihnen geben und damit ohne es zu wollen und zu merken Teil der dominanten Strukturen sind, die auch die sonstigen Beziehungen zu diesen Ländern prägen. Dies ist für ein Fach, das seine Legitimation nicht zuletzt aus der Solidarität mit der Dritten Welt bezieht, eine ernüchternde Erkenntnis.

Die Lehre: von der "Trockenübung" zur Realität

Alles in allem gibt es heute an den deutschen Hochschulen bereits relativ gute Kenntnisse etwa zur Verstädterung und zur Wohnungssituation in Asien, Afrika und Lateinamerika. Auch wächst das Bewußtsein dafür, daß gewisse Grundkenntnisse in diesem Bereich heute nicht nur zum allgemeinen Wissensstandard gehören, sondern ausgesprochen lohnend und interessant sein können. Das bedeutet:

a) zu lernen, daß es neben unserer noch eine Vielzahl anderer hochwertiger Baukulturen gab und gibt. Die wird zwar durch rasch wechselnde Stile, Moden und Trends überdeckt, was aber an der Grundtatsache einer zunehmend vereinheitlichten Konsumwelt nur wenig ändert. Umso wichtiger erscheint es deshalb, die kulturelle "Artenvielfalt" des Bauens zu erkennen, die es (noch) auf dem Globus gibt. Dabei handelt es sich, wie etwa im Fall der orientalischen Stadt, nicht selten um Baukulturen und Traditionen, die frühere Epochen der Architektur- und Stadtgeschichte entscheidend geprägt haben. Der sogenannte Entwicklungsrückstand dieser Länder hat Bauweisen, Wohnformen und Stadttypen konserviert, die ein wertvolles "genetisches Erbe" für

das Bauen und Planen auf der Welt darstellen, das in einem gegebenen Augenblick durchaus neue Impulse geben kann. Der rasche Verlust dieser Baukulturen kann nur mit dem dramatischen Rückgang der natürlichen Arten verglichen werden, den wir gegenwärtig erleben. Dies stellt uns vor die Aufgabe,



unser Bewußtsein für die Vielfalt des Bauens zu schärfen, bevor diese von einer globalen "Monokultur" gänzlich aufgesogen wird.

b) zu erfahren, wie unter extrem anderen und prekären Bedingungen gebaut und gesiedelt wird. Dies bezieht sich auf klimatische, geographische und andere natürliche Faktoren, aber auch auf soziale und ökonomische Bedingungen. Sich mit den zeitlos elementaren Bedürfnissen des menschlichen Bauens und Siedelns auseinanderzusetzen ist gerade für Architekten, die sich mit aufwendigen Entwürfen und differenzierten Stilfragen befassen, eine wichtige Erfahrung. Darüberhinaus führt die Gegenüberstellung der minimalen Ansprüche, wie wir sie in der Dritten Welt vorfinden, mit unseren "Luxusproblemen" fast unvermeidlich zu einer kritischen Auseinandersetzung auch mit unserem eigenen Lebensstil, der ja wie bekannt durch seinen materiellen Aufwand, Flächen- und Energiekonsum allmählich die Ökologie der gesamten Erde in Frage stellt.

c) zu erkennen, daß das dramatische Wachstum der weltweiten Wohnungs- und Verstädterungsprobleme auch uns

nicht unberührt lassen wird. Die beispiellose Dynamik des Bevölkerungswachstums und der Verstädterung in Asien, Afrika und Lateinamerika hat diese Regionen innerhalb von 20 Jahren von einer exotischen Peripherie in einen Hauptschauplatz des globalen Bauens verwandelt. Dabei treten nicht nur völlig

neue Größenordnungen, sondern auch qualitativ neue Phänomene auf, wie etwa die Herausbildung von improvisierten Metropolen und "Megastädten" mit 20 und mehr Millionen. Einwohnern, die ähnlich neuartig in der Geschichte der Menschheit sind wie es die industrielle Stadt Mitte des 19. Jhds. war. Klar ist, daß wir uns auf Dauer nicht von dem globalen Verstädterungsparanorama abkoppeln können. Wenn wir die Fragen und Perspektiven der Verstädterung in Asien, Afrika und Lateinamerika weiter ignorieren, besteht die Gefahr, daß unsere traditionelle Eurozentriertheit in Europrovinzialität umschlägt, ein Thema, das mit Sicherheit das 21. Jhd. entscheidend prägen wird.

Neue Szenarien, neue Konzepte

Heute muß nach manchen vielversprechenden Denkmodellen früherer Jahre festgestellt werden, daß die kontroversen Grundfragen des Planens und Bauens in der Dritten Welt immer noch nicht gelöst sind, auch wenn das Faktenwissen zugenommen hat. Wir stehen vor einem konzeptionellen und theoretischen Vakuum, was an wenigen Beispielen gezeigt werden kann:

- Die Frage der großen Metropolen und Megastädte in der Dritten Welt: Sind diese Gegenmodelle zu den reichen postindustriellen Weltstädten gewaltige parasitäre Wasserköpfe oder vielmehr Sparstädte, die mit geringen Ressourcen riesige Menschenmassen einbinden und über Wasser halten? Sind sie gut oder schlecht, vermeidbar oder unvermeidbar?

- Die Frage nach den Stadt-Land-Beziehungen: Sollen die Megastädte gebremst und das flache Land massiv gefördert werden? Oder muß umgekehrt, wie im Europa des 19. Jhdts., die Landwirtschaft von der Überbevölkerung befreit und so die Grundlage für eine höhere Produktivität der Landwirtschaft gelegt werden?

- Die Frage der Planung und Kontrolle des städtischen Wachstums: Gibt es in den Megastädten Regelmechanismen und Selbstbildungsprozesse, die völlig neue Formen der Stadtbildung beinhalten? Sind die weitverbreiteten Praktiken der irregulären Landnahme, die sich herausgebildet haben, der offiziellen Planung überlegen? Müssen wir von der "informellen Planung" lernen und nicht umgekehrt?

- Die Frage des informellen Sektors: Schält sich in den improvisierten Überlebenspraktiken, die die großen Städte der Dritten Welt zunehmend prägen ein vitales Kleinbürgertum heraus oder handelt es sich um eine unproduktive Atomisierung von wirtschaftlichen Aktivitäten, die keinerlei Entwicklungschancen enthält?

- Die Frage der "angepaßten" Technologie: Dies schien eine vielversprechende Formel zu sein, obwohl es dabei schon immer erhebliche Kontroversen gab, vor allem weil die betroffenen Länder fürchten mußten, auf eine Technologie 3. Klasse festgelegt zu werden. Die jahrzehntelangen Bemühungen haben in der Praxis nur wenig hervorgebracht, was über eine begrenzte Anwendung hinausgekommen ist. Im Wohnungsbau für die unteren Einkommenschichten beispielsweise kann von neuen, quantitativ bedeutenden oder gar bahnbrechenden Lösungen keine Rede sein.

Arbeitsfeld Dritte Welt

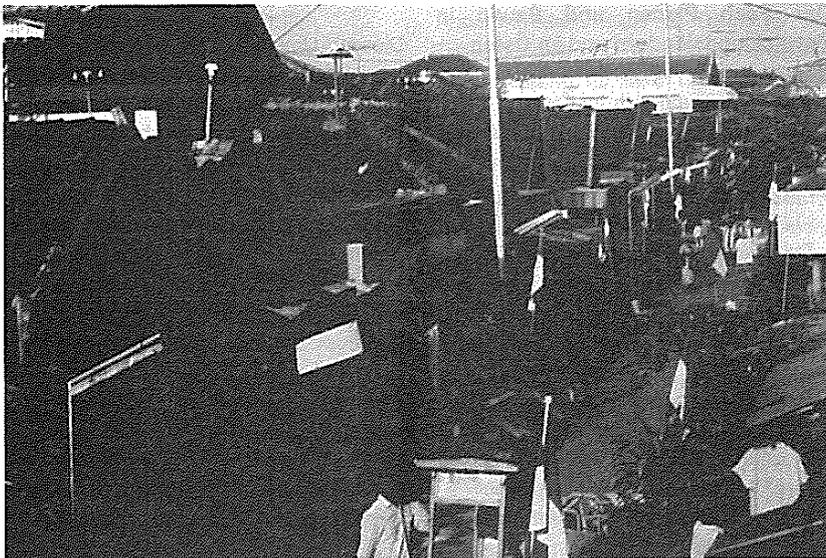
Zu diesen Fragen kann noch ein wichtiger Aspekt hinzugefügt werden, der eine der Legitimationen des Fachs direkt berührt, der große Mangel an Fachkräften für Entwicklungsländer. Aber dies ist, zumindestens im Bereich der Architektur und in den größeren Entwicklungsländern, vielfach Vergangenheit. In vielen Ländern Asiens, Afrikas und insbesondere Lateinamerikas gibt es heute eine große Zahl von Architekten, die der dortige Arbeitsmarkt kaum noch aufnehmen kann. Dies schließt allerdings nicht aus, daß es auch weiterhin in einigen Bereichen, z.B. in der Stadt- und Regionalplanung, noch gravierende Ausbildungs- und Personaldefizite gibt. Als Beispiel kann Mexiko stehen, wo gegenwärtig allein an der Nationalen Universität ca. 5000 Architekturstudenten eingeschrieben sind. Aber auch in Algerien, wo es bis in die frühen 70er Jahre überhaupt keine einheimischen Architekten gab,

drängen aus den Architekturschulen des Landes jährlich 400 Graduierte auf den Arbeitsmarkt. Ähnlich sieht es in vielen anderen Ländern aus. Die Architekturausbildung in der Dritten Welt ist in einigen Regionen bereits dabei, über ihr Ziel hinauszuschießen.

Daß es dennoch im großen Bereich der Armut- und Selbsthilfe-Architektur nur wenige einheimische Fachkräfte gibt, liegt an der einseitigen Ausbildung ebenso wie an der Tatsache, daß es in diesem Bereich nur wenige bezahlte Tätigkeiten gibt. Diese Personallücke wird häufig von ausländischen Experten und Entwicklungshelfern gefüllt, ein Zustand, der angesichts der wachsenden Zahl einheimischer Architekten zumindestens paradox erscheint. Ähnliches gilt in manchen Ländern wie Brasilien, Mexiko, Chile, Indien und Ägypten auch schon für den Bereich der Bau- und Stadtfor-schung, die trotz fähigen Personals darnieder liegt, weil es hierfür kaum Mittel und keine günstigen Rahmenbedingungen gibt. Ein Blick in die innere Struktur der multi- oder bilateralen Projekte im Bereich des Planens und Bauens zeigt denn auch, daß es immer weniger um den direkten Transfer von technischen Lösungen geht, als um die Mobilisierung von vorhandenem Know How, von lokalen Fachkräften und Institutionen. Die Aufgabe der externen Experten hat sich so deutlich vom Erfinder technischer Lösungen hin zum Projekt-, Finanz- oder Forschungsmanager gewandelt, der vor allem die effektive und korrekte Verwendung externer Mittel im Auge hat.

Schlußfolgerungen

Läßt sich das heterogene Panorama des Länder des Südens überhaupt noch mit den herkömmlichen Begriffen "Entwicklungsländer" und "Dritte Welt" abdecken? Auch auf dem Feld der Entwicklungspolitik läßt sich heute das Phänomen beobachten, daß die Ausdifferenzierung der Themen und Meinungen weniger zur Klärung als zur allgemeinen Ratlosigkeit beigetragen hat. Das betrifft auch die sogenannten "Großtheorien", die sich in einem so desolaten Zustand befinden, daß mit ihnen vorerst nur eingeschränkt zu rechnen ist. Dies bedeutet, daß wir auch im Hinblick auf den übergreifenden Erklärungsbedarf unseres Fachs heute wieder vor einem Vakuum stehen. In jedem Fall steht die Jahrhundertaufgabe, die Wohlstandskluft



zwischen den Industrie- und Entwicklungsländern zu verringern, noch ebenso unberührt auf der Tagesordnung wie die Frage nach einem neuen Entwicklungsstil, der den globalen ökologischen Kollaps verhindern kann. Dies und die umstrittenen Ergebnisse jahrzehntelanger Entwicklungspolitik bietet Anlaß genug, auch von dieser Seite her unser Fach auf seine Aktualität hin befragen.

Einige der allgemeinen Forderungen, die sich aus dieser Selbstbefragung ergeben, sind:

- Im Zuge einer inhaltlichen Revision müssen die Schwerpunkte des Faches in Hinblick auf das aktuelle Problemfeld neu bestimmt werden. Zu den Fragen des "armutsorientierten Bauens" kommen verstärkt regionale, kulturelle und ökologische Aspekte hinzu, ebenso bedarf das weite Themenfeld der Verstädterung und Metropolisierung der verstärkten Aufmerksamkeit.

- Bei der Neubestimmung der Ausbildungsaufgaben muß berücksichtigt werden, daß es in vielen Dritte-Welt-Ländern kaum noch einen Mangel an Architekten und konventionellem Bau- und Planungs-Know How gibt. Das herkömmliche Konzept des Technologietransfers muß neu durchdacht und begründet werden auch hinsichtlich des Entwicklungshilfe-Ansatzes, der das Fach lange getragen hat. Die relative Erfolglosigkeit in diesem Bereich sowie die neuen fernöstlichen Erfolgsmodelle zwingen zu neuen Ansätzen.

- Im Bereich der universitären Lehre und Forschung müssen neue Kooperationsformen entwickelt werden, die eine enge und gleichwertige Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern beinhalten. Auf jeden Fall muß ein verstärkter Transfer der Lehr- und Forschungsergebnissen Süd-Nord und Süd-Süd möglich werden, um der Gefahr eines neuen "akademischen Kolonialismus" zu begegnen.

Da diese Forderungen nicht im Alleingang erfüllt werden können, liegt meine abschließende Empfehlung nahe: Alle an Planen und Bauen in Entwicklungsländern Interessierten sollten in eine intensive und anhaltende Diskussion eintreten, um dem Fach neue Perspektiven zu eröffnen. Daß dabei der engagierte Streit eine wichtige und anregende Rolle spielen wird, steht außer Frage.

Berufsbild Entwicklungsingenieur ?

Anmerkungen zur Entwicklungsplanung aus der Sicht des ehemaligen Ostens

Hans-Ulrich Mönnig

Die gelebten aktuellen deutsch-deutschen Erfahrungen der letzten drei Jahre stellen einen Fundus methodischer Erkenntnisse für den Umgang der sog. Industrieländer mit den sog. Entwicklungsländern dar. Es haben sich im Zeitraffer-tempo vor unseren Augen wirtschaftliche, kulturelle und soziale Prozesse vollzogen, die in vielen Aspekten denen der gegenwärtigen Praxis der Planung in Entwicklungsländern entsprechen. Bei historischen Betrachtungen Mitte des 19. Jahrhunderts lassen sich in den Beziehungen der reichen Länder mit Kolonien in Übersee Verhaltensstrukturen der Menschen feststellen, wie man sie in den Jahren der Wende in der ehemaligen DDR auch nachweisen konnte. Ich möchte dies mit einigen Beobachtungen untermauern, wobei ich mir der Problematik des Vergleichs der west-ostdeutschen bzw. west-osteuropäischen Situation mit der Dritten Welt im Klaren bin. Aber die allgemeine Sprachlosigkeit, über die eingetretenen dramatischen sozialen Verhältnisse nunmehr auch schon direkt vor unserer Haustür, zwingt zur Wortmeldung.

Das Fach Planen und Bauen in Entwicklungsländern und im Osten

Die Veranlassung sich im Osten mit den Problemen der Dritten Welt zu befassen,

war eine Mischung aus politischem und ökonomischem Kalkül. Dabei bestand eine Schwierigkeit darin, für den gleichen Gegenstand eine allgemein (d.h. staatlich) anerkannte deutsche Wortschöpfung zu finden. Ende der 70er Anfang der 80er Jahre waren Begriffe wie "Entwicklungsländer" und "Dritte Welt" verpönt und mußten durch Wortakrobatrien wie "Junge Nationalstaaten" oder "sozialistisch orientierte Entwicklungsländer" umschrieben werden. Eine theoretische Auseinandersetzung mit der Materie war nur auf marxistischer Grundlage möglich. Damit ergab sich eine "Denkabstinenz" für nichtplanwirtschaftliche oder lokal adaptierte Modelle. Die politökonomischen Planungsansätze der "sozialistischen Mutterländer" wurden auf afrikanische oder asiatische Kulturräume übertragen. Es vollzog sich also ein Transfer von Gesellschaftstrukturen und -normen, wie er in der Sowjetunion nach 1919 und in den von ihr nach 1945 abhängigen europäischen Ländern praktiziert wurde. Insofern unterschied sich im "strategischen" Ansatz die östliche "Entwicklungspolitik" nicht von der westlichen.

Dieser Umstand erklärt auch, daß theoretische Fragen zur Problematik der Dritten Welt nicht oder nur an bestimmten ostdeutschen Hochschulen behan-

Abstract

Development Engineer, a New Profession ?

Taking as point of departure his personal experience in the former German Democratic Republic, the author compares East-South relations with West-South ones in the field of "Planning and Building in Developing Countries". In both cases he observes the same mentality of re-enforcing dominance here and inferiority there.

The re-unification of Germany has put the population of the former eastern part of Germany into a comparable position of inferiority towards the dominating West. The reactions of the population display the same features.

Based on this observation he develops the idea of a specific field of occupation which deals with development in general the student of which could be called "Development Engineer".

delt wurden und sich auf unverfängliche Gegenstände wie technische und klimatische Fragen konzentrierte. Dabei war die studentische Lehre etwa in Leipzig an der damaligen Karl Marx Universität und an der ehemaligen Hochschule für Ökonomie in Berlin in ihrer inhaltlichen Ausrichtung auf eine möglichst weitgehende soziokulturelle Identifikation mit dem Ort des Planens und Bauens orientiert und brauchte den Vergleich mit Hochschulen der alten Bundesländer nicht zu fürchten.

Dazu bestand wegen des Exportes der Bauindustrie der DDR ein gut bezahlter Bedarf für Weiterbildungslehrgänge von sogenannten Auslandskadern. Obwohl sich die Lehrinhalte auf die Anwendung von internationalen Bau- und Vertragsvorschriften bezogen haben, wurde der nicht erfolgreiche Versuch unternommen, den Exportfirmen die Bedeutung von lokal angepaßten Projekten sowohl in technischer als auch funktioneller, d.h. sozialer Hinsicht als verkaufskräftiges Qualitätsmerkmal deutlich zu machen. Mit dem offiziellen Vehikel der Steigerung von Exportrentabilitäten für die DDR waren unter diesem Gesichtspunkt Forschungen initiiert, die die Vorstellungen des kritiklosen Übertragens europäischer Lösungen auf die Entwicklungsländer relativierten.

Dem kam auch entgegen, daß die erste Generation der im Ausland ausgebildeten Architekten und Ingenieure Mitte der 80er Jahre durch die wachsenden Probleme in ihren Ländern und die sichtbaren aus dem Ausland importierten Fehlplanungen ihren eurozentrischen Unfehlbarkeitsglauben ablegten und eigene Vorstellungen entwickelten.

Zusammenfassend möchte ich feststellen, daß

- die Inhalte des Faches "Planen und Bauen in Entwicklungsländern" an östlichen Lehr- und Forschungseinrichtungen von den staatlichen Vorgaben dominiert waren und sich mit Aufgaben befaßten, die sich aus der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit und deren Interessenlage ableiteten;
- Projektarbeit außerhalb der sozialistisch orientierten Entwicklungsländer nicht möglich war;
- die notwendigen finanziellen Mittel hauptsächlich in der jeweiligen, nicht konvertierbaren Landeswährung, zur

Verfügung gestellt wurden und

- der Forschungsrahmen nur in gesellschaftsneutralen Bereichen, wie im angepaßten Bauen etc. ausgeschöpft wurde.

Ausgrenzung der dritten Welt

Bei der kritischen Analyse der bisherigen Ergebnisse für die Verbesserung der Situation in den Entwicklungsländern stößt man immer wieder auf die gleichen Defekte, die teilweise in uns selbst begründet sind. Denn Reisen motiviert und als bewunderter Fremder nahezu widerspruchslos akzeptiert zu werden, verleitet zur Selbstgefälligkeit. Durch das Beschreiben von trauriger Wirklichkeit oder auch gelungener Einzelprojekte vor Ort, am Ganzen, wie die Vergangenheit beweist, nichts oder nur unwesentliches geändert. Wir bleiben auch in bester Absicht immer Transporteure von Erfahrungen, die in einem anderen kulturellen Umfeld gewachsen sind. Alle Bemühungen, der Ausgrenzung der Dritten Welt wissenschaftlich oder pragmatisch-konzeptionell entgegenzuwirken, haben versagt und die Prognose für eine ernstzunehmende Veränderung ist deprimierend.

Versucht man die Ursachen dafür zu analysieren, dann lassen sich drei Ebenen unterschiedlicher Hierarchien definieren, die Ebene des Individuums, die Ebene der sozialen Verknüpfungen und die globale, d.h. politische nationale oder internationale Ebene als die höchste. Wendet man diese Struktur auf die Situation der Dritten- Welt-Problematik an, dann münden zwangsläufig alle Analysen in die Formel, daß eine Änderung der Terms of Trade für die Entwicklungsländer eine grundsätzliche Voraussetzung für eine Chancengleichheit im internationalen Wirtschaftsverkehr wäre. Hier bleibt die bittere Prognose, daß eine Änderung der Lage auf dieser, der globalen Ebene unmöglich erscheint, wenn es nicht noch einmal gelingt, einen ähnlichen globalen Paradigmenwechsel zu erreichen wie ihn Gorbatschow mit der Entflechtung der Militärblöcke in Gang gebracht hat.

Konzentrieren wir uns also auf die Ebenen, die auf soziale oder individuelle Signale reagieren und vielleicht einfacher veränderbar sind: Die in Europa abgelaufene Entwicklung und berufliche Differenzierung hat im Baubereich historisch

gesehen einen langen Weg absolviert. Die heutige Spezialisierung ist das Ergebnis dieser sozialen und technischen Entwicklung über mehrere hundert Jahre. Der Bedarf an Disziplinartät wurde in Europa vor dem Hintergrund der technokratischen Dynamik gefördert und mit der Erkenntnis der sich daraus ergebenden Fehleinschätzungen gerade im ökologischen Bereich in jüngster Vergangenheit berechtigt in Frage gestellt.

Wir muten Studenten aus den Entwicklungsländern zu, daß sie unsere Studiengänge absolvieren und zum Multiplikator unserer Vorstellungen werden. Die Absolventen aus der ehemaligen sozialistischen Hemisphäre haben nicht protestiert und teilweise aktiv sich daran beteiligt, als man ihnen in Vietnam, Kuba, auf Sansibar oder in Mocambique den Beton-Großplattenbau aufgedrängt hat, und die Absolventen der westlichen Universitäten renommieren mit futuristischen Entwürfen in historischen Stadtbereichen ihrer Heimatländer.

Phasen der Annäherung und Abgrenzung

Während der Kolonialisierung Afrikas und Asiens Mitte und Ende des 19. Jahrhunderts konnten folgende Verhaltensweisen der einheimischen Bevölkerung beobachtet werden. Unmittelbar nach der "Unter-Schutz-Stellung" durch die nördlichen "Garantiemächte" gab es eine kritiklose Akzeptanz, ja fast göttliche Verehrung der Fremden. Die eigenen Wertvorstellungen wurden aufgegeben und die fremden übernommen. Die Erkenntnis der Schwächen und Mängel an den Fremden erzeugte in der zweiten Phase die radikale Ablehnung der übergestülpten Vorstellungen und die Suche nach eigener Leistungsfähigkeit und Identität. Auch dieser Weg war nicht erfolgreich und wurde in einer nächsten Phase von dem Versuch des beiderseitigen Angleichens der eigenen Interessen und der gemeinsamen Modellsuche abgelöst. Vom möglichen Grad des wohltemperierten Interessenausgleichs beider Parteien hing der Erfolg und die Stabilität dieser Phase ab.

Die Vereinigung Deutschlands könnte als Modellfall für den Ausgleich unterschiedlicher wirtschaftlicher und sozialer Systeme gelten. Die Schwierigkeiten, die alle damit haben, sind trotz gemeinsamer Sprache und der gleichen nationalen

Wurzeln nicht zu übersehen. Sie lassen sich nicht vordergründig mit wirtschaftlichen Problemen oder Erblasten erklären und sind auch nicht durch bloße Investitionsprogramme zu kompensieren. Die Phase 1 hat nur Tage gedauert und war vom politischen Pragmatismus getragen sicher zu gehen, damit sich im politischen Vakuum der Wende keine weiteren Experimente etablierten. Für sinnvolle Alternativen gab es weder Zeit noch Gelegenheit. Jeder Ansatz dazu wurde von innen und außen politisch beargwöhnt und diskreditiert.

Konsequenzen für unser Fach

Das Fach "Planen und Bauen in Entwicklungsländern" begreift sich als eine eigenständige Lehr- und Forschungsdisziplin. Dies setzt originäre Inhalte voraus, die im klassischen Fächerkanon der baubezogenen Studiengänge akzeptiert werden müssen. Die Erfahrungen beweisen, daß Erfolge von partnerschaftlicher Akzeptanz und der Fähigkeit zu interdisziplinärer Denk- und Handlungsweise abhängen. Planen und Bauen in Entwicklungsländern ist



Die gegenwärtigen Schwierigkeiten resultieren bei vielen aus der Erkenntnis, wiederum betrogen, zum Erreichen bestimmter Ziele benutzt und dann fallengelassen worden zu sein. Die Kolonisierten identifizieren sich nicht mit der ablaufenden Entwicklung und blockieren sie durch ihre, schon in der DDR praktizierte Passivität. Sie sehen sich mit einer Ordnung konfrontiert, auf die sie in ihren Lebensplanungen nicht eingestellt waren. Vermögen zum Beispiel gehörte in der DDR nicht zu den existentiell erforderlichen Zielen. Der Durchschnittsbürger sieht sich jetzt mit fast aussichtslosen finanziellen Konditionen konfrontiert, die er nicht erfüllen kann. Um beispielsweise seine Wohnung zu halten oder eine neue Existenz aufzubauen, unterliegt er mangels Eigenkapital, wenn Mitbewerber aus den alten Ländern in Konkurrenz treten.

deshalb hauptsächlich methodenorientiert. Trotz der Nähe zur Architektur werden die Inhalte von Komponenten aus dem klassischen Berufsbild des Bauingenieurs, des Soziologen, des Betriebswirtschaftlers, des Philosophen, des Geographen, des Ethnologen und vieler anderer Disziplinen stark beeinflusst. Eine solche Tätigkeit kann nur exemplarisch vermittelt werden und wird durch unmittelbare Erfahrungen entwickelt. Sie ist an ein Umfeld gebunden, das durch dynamische Abläufe in kurzen Zeiträumen verantwortungsvoller Konzeptionen bedarf.

Ein solcher Bedarf ist nicht ausschließlich an die Länder der Dritten Welt gebunden, sondern vielmehr im Verständnis des erläuterten Tätigkeitsfeldes an Entwicklungsabläufe schlechthin. Es würde sich ein internationalisiertes Be-

rufsfeld ergeben, dessen Umschreibung mit dem Begriff eines "Entwicklungsingenieurs" auch als eine Fortsetzung der fachlichen Differenzierung der Betätigungen in den philosophischen und naturwissenschaftlichen hin zu den technischen Disziplinen betrachtet werden.

Wenn es gelänge, sich auf eine gemeinsame inhaltliche und begriffliche Basis zu einigen, wären viele der Identitätskonflikte dieses Faches beseitigt und auch eine Neutralisierung der bisherigen Orientierung ausschließlich von Nord nach Süd gegeben. Der Zugang würde nicht mehr nur Spezialisten aus dem Norden vorbehalten bleiben, sondern es würde sich eine neue berufliche Aufgabe für Fachleute vor Ort ergeben. Im Zentrum des Handelns würden Aufgaben stehen, die für eine allgemeine positive Entwicklung der Region oder des Landes wichtig sind und solitäre Lösungen in einen komplexen Rahmen stellen.

Solidarisch handeln – Cuba unterstützen

Wir beschaffen Ersatzteile für die cubanische Basisindustrie, z. B.:

- Druckindustrie
- Textil
- Ernährung
- Industriegase
- Landwirtschaft

Infos bei:
Solidaritätswerkstatt e.V.
Ludwigshöhstraße 42
64285 Darmstadt
Telefon und Fax: (0 61 51) 6 40 66
E-Mail: Taller@link-I.comlink.de



Spendenkonto:
Postgiro Frankfurt am Main
BLZ 500100 60
Konto 48 78 02-6 03

Bitte angeben, ob Spendenbescheinigung erwünscht

Issues at Stake in Urban Co-operation

Inside bi- and multilateral agencies for technical assistance

Isabelle Milbert

In the late eighties, information on co-operation in the urban sector was scattered and fragmented. It was difficult to get hold of hard facts and the priorities set by any of the various donor agencies. For this reason, a study was written under the auspices of Switzerland's co-operation agency (SDC) and was widely circulated to aid agencies for comments¹). In due course, a detailed report was issued and discussed at an OECD-DAC meeting in 1992²).

Administrative aid structures

Most agencies have been slow in organising themselves. Since the mid-1980s, a number of agencies have been using the "matrix" system, putting policy-area departments in charge of policy-making and geographical area departments in charge of the actual projects.

Several bilateral or multilateral agencies still have no department or section dealing specifically with urban development. This is the case for instance in the African Development Bank, the EEC and certain bilateral co-operation agencies (e.g. of Australia, Belgium, Denmark, Finland, Italy, Japan, Norway, Spain and Sweden). The fact that these agencies have no specialized urban department does not mean that they do not deal with urban issues, but it reflects the low priority given to urban development.

Some striking factors have emerged from our study.

Understaffing. In many bilateral agencies (with the exception of USAID), urban issues are managed by a staff of one to three. A number of them attempt to offset major understaffing by calling on part-time advisors (Canada, for example), or a pool of private or university consultants (United Kingdom, Switzerland, Netherlands...).

Locating urban departments.

When agencies do have an urban department, they may be unsure whether to include it under infrastructure services or social services. This is because of the

reluctance in many agencies to decide exactly how to act in the urban environment -- should urban development serve economic or social objectives? Should projects not be seen from an infrastructure standpoint only?

Split responsibility.

In some bilateral agencies, urban development may in fact come under the authority of at least two ministries, one being foreign affairs (to which the agency is usually answerable) and the other the national ministry for public works and urban affairs, often with its own directorate for international affairs. The priorities set by each ministry may not be identical, and in some cases they may openly be declared to be complementary in terms of geographical or policy areas. This is the case of the Directorate for International Economic Affairs in the French Ministry of Works and Housing which concentrates on regions and countries where the Ministry of Co-operation does not intervene (Asia, Latin America, and North Africa). In the Netherlands, the Ministry of Foreign Affairs and Development Co-operation plays a leading role with a special unit, "Spearhead program combating urban poverty", but the Ministry of Housing, Physical Planning and Environment has also a section dealing with "international habitat affairs".

When urban projects involve private enterprise and/or show signs of potential

medium-term profitability (e.g. communications, markets, water/electricity boards, etc.), they are put under the wing of other departments considered more competent like the Ministry of Industries, the International Trade Department of the Ministry of Finance (France) or another department in the Ministry of External Affairs (Switzerland).

Lack of co-ordination. There are very marked differences in the way central units, local technical units and the projects themselves relate in terms of negotiating and launching urban projects, setting priorities, providing follow-up or assessing results. This is of heavy consequence for the receiving country's negotiators: Some agencies leave very little initiative to their local units, being merely liaison offices (e.g. Asian Development Bank, World Bank). There is sometimes a balanced responsibility (see Switzerland) while others, on the other hand, see local technical units as playing a major role in the identification of potential projects (e.g. the role of the local Bureaus, the RHUDOS, inside USAID).

Some agencies (i.e. Inter-American Development Bank) are highly conscious of the risk of lack of coordination between projects. Paradoxical situations could arise if several projects are carried out in the same city by different units of the same agency, but unknown to each other. The coordination problem does exist also between projects run by the European Development Fund and those run by European government agencies.

Strategies

The salient feature of urban development strategies appears to be their diversity. A relatively small number of agencies

Zusammenfassung

Bilaterale und multilaterale Entwicklungszusammenarbeit in räumlicher Planung

Die Autorin vergleicht die Aktivitäten der internationalen und nationalen Organisationen der technischen Entwicklungszusammenarbeit im Bereich des städtischen Planens und Bauens. Bei allen Unterschieden im einzelnen konstatiert sie:

- einen Mangel an organisatorischer Berücksichtigung des Gebietes in den jeweiligen Institutionen und an Fachpersonal; Schwächen in der Verteilung der Zuständigkeiten und mangelnde Koordination auf Projektebene sowohl intern als auch mit anderen Gebern.
- das Fehlen von Strategien und das geringe Gewicht des Sektors in Bezug auf Vollzug und Vollzugsvorbereitung (z.B. Forschung).
- das Fehlen der Zuordnungsmöglichkeit der Finanzmittel und der Quantifizierbarkeit überhaupt, dazu die Vermischung mit übergreifenden Programmen anderer Geber (UMP, UPP) oder die Kooperation mit Nichtregierungsorganisationen.
- eine große Streuung der Projekte in geographischer Hinsicht, wobei nur die großen Institutionen in der Lage sind, Vergleichbarkeit herzustellen, die in diesem komplexen Aufgabenfeld in viel höherem Maße nötig wäre..

began to work in the urban sector as early as the 1950s and 1960s. These "trailblazers" addressed issues such as housing (particularly public housing), urban planning, transport and infrastructure. Examples include work by France in Western Africa, by the United Kingdom and/or Belgium in Central and Eastern Africa, by USAID especially in Latin America, and by the World Bank and the Inter-American Development Bank.



The 1976 Vancouver Conference played an important part in changing mentalities with respect to human settlements and urban development. Their importance in economic and social development was thereafter gradually recognized in most agencies policy papers. Action became more diversified in the 1970s, when a distinction emerged between agencies which explicitly put urban affairs at the top of their agenda and drew up specific policy area documents (World Bank, IDB, USAID, France and UK), and other agencies that merely expanded their urban activities, sticking to the priority given to rural projects and responding on a case-by-case basis to urban co-operation requests from developing countries (like Canada, the Netherlands, Spain, Germany, Switzerland). Yet, a third group of agencies recognized the necessity of the urban intervention only in the 1980s (Asian Development Bank, African Development Bank, SIDA, FINNIDA), and several agencies, although they may invest a lot in urban infrastructures, like Japan, have not yet elaborated a sectoral urban policy paper. Some agencies, like NORAD, explicitly refuse to take the urban sector in consideration, although some of their activities, like health and population, do have an impact on urban development or even take place in cities themselves.

The types of strategy developed do vary widely from one agency to the other, and several agencies have experienced

drastic changes and evolutions. Some agencies (World Bank, IDB, AsDB, UNICEF, France, Switzerland...) have a very clear view of the priorities set and of the projects that they are ready or not ready to undertake in the field, on the basis of their policy papers. The best known of these types of strategy is "integrated urban development", widely used by the World Bank and the IDB since the 1970s. The social and community based approach elaborated by UNICEF has also been influential.

Some agencies work in the urban sector by contributing substantially to the economic development of individual towns and cities, without ever developing a genuinely "urban" policy. For Japan, Sweden or Finland, projects are primarily aimed at a technical field, namely infrastructure (ports, airports, roads, bridges).

Although a large number of projects have already been carried out in this sector since the 1970s, those concerning drinking water and the urban environment have once again moved up to the top of the agenda in recent years (see in particular the AsDB and the agencies from the Netherlands, Denmark and the United Kingdom).

A few agencies have been bold enough to launch housing schemes (Germany, IDB, United Kingdom, USAID and the World Bank, plus France and Switzerland in some cases). A substantial number of agencies have also set up neighborhood projects, occasionally involving housing (France, Spain, Sweden, etc.), many of them with success.

For some agencies, it is vital to reach out to the poorest groups in the working classes (Canada, Netherlands, Switzerland, UNICEF). This calls for specific policy instruments (donations, cost recovery schemes, community participation).

Another area that has now definitely become a priority is urban management, through the impetus of the Urban Management Programme³ of course but also because of the emphasis on decentralisation and greater local democracy, sometimes the first step towards democracy at national level.

A number of agencies, in particular the smaller ones, are still reluctant to work in what they see as the vast and costly field of urban development. Many of them show undeniable signs of resistance when it comes to giving priority to the urban sector, owing to the emphasis they

put on rural development in the development process as a whole (e.g., DANIDA or NORAD). And lately, more resistance has been generated by the approach of certain environmental experts who regard cities as a source of pollution.

Intervention tools

A clear distinction can be made between agencies which have launched urban investment projects (backed up by a degree of technical assistance) and those which operate mainly by providing technical assistance (and undertaking a few investment projects). Most of the multilateral agencies (World Bank, IDB, AsDB) channel aid through investment projects whereas most of the bilateral agencies favour technical assistance, although some of them, including France, Germany, the United Kingdom and the United States, do undertake their share of investment projects.

Technical assistance is certainly the most widely used and most diverse channel for aid. Excellent methods have developed, even in countries where urban projects are not the agency's top priority (Belgium).

Research was the subject of repeated requests for aid during the 1980s, and appears to relate more than before to operational issues and the development of local institutions. However, owing to serious public funding difficulties, drastic cuts appear to have been made in the budgets allocated to research (including urban research), whether in the North or in the South. Should the trend become more marked, it might constitute a stumbling block in years to come. A close watch should therefore be kept on trends in research demand.

Finance commitments in the urban sector

It has been difficult to obtain statistical data on urban development from the various agencies. This is because there is no common definition of the urban sector, nor any statistical categories specific enough even to begin to reflect the complexity of urban issues. Yet it is sure that among bilateral agencies, USAID brings in the most important financial contribution. The World Bank is certainly the largest investor, with preferential intervention through investment projects (US \$ 1355 million in 1991). The World Bank financed 219 urban projects between 1972 and 1992, and the average amount spent on

projects has increased considerably during the 1980's, with a few going well past US \$ 100 million.

Most agencies did not respond to questions on the share of aid going towards urban development. It is apparently impossible to establish whether each project is strictly urban or strictly rural, in particular if they relate to environment, health, education or drinking water, health, education, the population, women or entrepreneurship. What is needed is a cross-sector statistical code for each agency and each programme. Some agencies (Netherlands, Switzerland, Canada) are currently trying to create one.

But at present we have no criteria to single out interventions in urban areas and to measure the ratio of urban commitment.

We are thus left with data given by the agencies themselves and, hence, not really comparable.

Most agencies mention under urban projects:

- urban housing (slum upgrading, sites and services..);
- urban planning;
- sewage systems, waste water, refuse collection, drainage;
- integrated urban development;
- decentralisation, strengthening municipal authorities;
- urban traffic, street lighting;
- urban renewal.

We estimate that between 2 to 10% of agencies' resources go into this type of "urban" projects. The Interamerican Development Bank and the World Bank are the only agencies reaching a total of 10 % of the share of global aid resources being allocated to urban development.

Some agencies include, somewhat arbitrarily, projects on

- drinking water;
- urban environment;
- transport (urban or regional) and infrastructure installations like ports, airports, stations, roads etc..

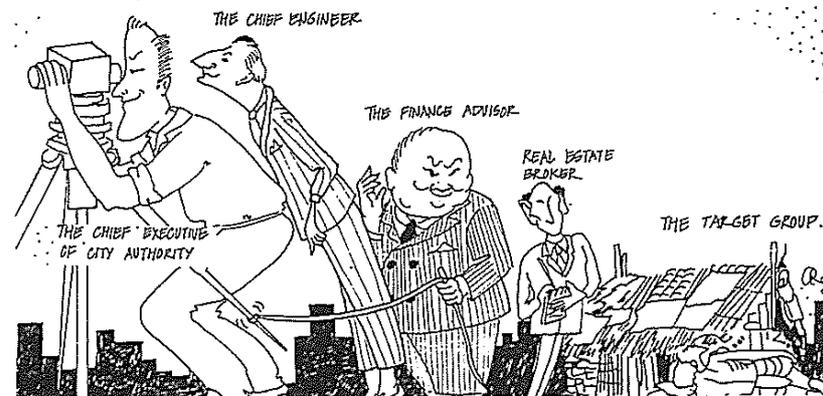
By contrast, projects in the following fields are rarely considered:

- health and educational facilities (except as part of an integrated project);
- small-scale business and industry;
- energy;
- population, human resources and gender issues.

The urban sector clearly plays a minor role in many cases: most bilateral agencies never mention "urban" in their statistics, the main headings usually being health, education, infrastructure, population, energy, industry, rural development and humanitarian aid. The same can be said of the memoranda to the DAC.

The situation gives cause for concern in that there is no comprehensive approach to urban issues.

Consequently, some essential horizontal linkages are overlooked; for instance very few agencies have explicitly integrated health, or job creation and small scale enterprise promotion into urban development (UNICEF Switzerland). Urban development thus runs the risk of remaining an isolated and limited activity in most agencies.



Partners in project execution

Coordination between the co-operation agencies on urban issues has greatly improved in recent years. Both in the field and at policy level, it has been established on a formal and informal basis (e.g. the Urban Management or the Municipal Development Programme 4). In the field too, agencies are proving very willing to pool their assets. Many joint projects now under way are more than just funding arrangements and employ a whole range of methods and tools in a more complementary fashion. The dialogue and coordination between agencies in the urban sector has appeared as a strong necessity during the last DAC/OECD meeting of November 1992.

One can also wonder what will be the role of the recipient countries in such a coordination, and if their interest lies in negotiating separately with each donor agency, or if a better coordination will help them reaching more efficiency, especially at the field level. A few bilateral agencies have opted explicitly to link their urban projects with the private sector, and work with private enterprise either in the donor country (Italy), or more commonly in the recipient country (United States). Some agencies attach enormous importance to privatization goals and private partnerships (USAID), while others prefer to negotiate and join forces with public or semi-public partners (France).

Similarly, there is a marked distinction between agencies which have clearly decided to channel aid to the urban sector through non-governmental organisations (NGOs), and those which are not in a position to delegate (France, Japan, United States). In Germany, Switzerland, the Scandinavian countries and the United Kingdom, NGOs are seen as partners worthy of trust, in touch with what is happening in the field and capable of working with autonomous local communities. A large share of all funds passes through these institutions.

For UNICEF also, NGOs and local action groups are indispensable partners in the urban poor areas.

In Switzerland, Canada and a few other countries, the delegation of projects to Northern NGOs appears to be hampered by the lack of interest these organisations show in urban issues, and maybe by their lack of expertise in this sector. However, work in the field is increasingly reliant on local NGOs and action groups within the local community.

Decentralised co-operation has been on the agenda in several countries since 1985, especially France, Germany, Italy, Spain, the United Kingdom and Canada. It remains a strongly promoted mode of intervention in several European

countries, particularly when it takes the form of twinning arrangements. But it is actually seldom concentrating on the urban sector, and more often geared towards humanitarian aid or cultural events. In the urban sector, it is often restricted to some technical assistance (France), training and the like.

Yet some of these programmes have proved innovative, as demonstrated by the Federation of Canadian Municipalities, who coordinates heavy municipal technical exchanges between Canadian and Third World cities, especially from China and Sub-Saharan Africa. Another important case is Spain, where decentralised co-operation remains a salient feature of urban development co-operation.

Geographical concentration

Countries where aid is focused
Most bilateral agencies have tried to limit the number of countries with whom they have been working over the past few years. In most cases, agency priorities are a clear reflection of long-standing historical, colonial, cultural or linguistic links: two striking examples of this geographic concentration are Spain who is working mainly with Latin American countries, and France with French-speaking Western Africa. For other reasons, most Scandinavian countries have strongly focused their co-operation on Southern Africa.

Other countries seem to have a wider geographical approach. For example, in the field of urban development, Japan's co-operation is distributed worldwide, with a concentration still in South East Asia countries, particularly in Indonesia, the Philippines and Thailand. Japan is now increasing its contributions to other parts of the world, especially Africa, and Latin America in the field of cities environment (cf. the co-operation initiated in 1986 on air pollution in Mexico city).

The USA, the UK or Switzerland do have urban projects in different continents, but some of them (Cairo for USAID, India for ODA, Douala-Cameroon for Switzerland) are followed up and heavily financed during many years.

Where general development assistance is concerned, the least developed countries have always been given top priority.

When it comes to urban development, however, the issue is more complex. It would seem that many projects are being undertaken in direct response to individual requests by governments

Table: Bi- and Multilateral Co-operation Agencies in the Urban Sector

	Urban section or dept.inside agency	Urban sector policy	>10% of funds to urban projects	Geographical areas of urban projects
The World Bank	x	x	x	worldwide
UNDP	x	x	x	worldwide
UNCHS	x	x	x	worldwide
UNICEF	x	x	x	worldwide
IDB	x	x	x	Latin America (member states)
AsDB	x	x	-	Asia (member states)
AfDB	-	-	-	Africa (member states)
EEC/EDF	-	-	-	ACP states
OECD/DAC	-	x	-	-
USA (USAID)	x	x	x	LA; ME; Asia; Africa
Canada (CIDA)	x	x	-	LDCs, Africa
Japan (JICA)	-	-	-	Asia, Africa
Germany (GTZ)	x	x	-	LA, Asia, Africa
France (Ministry)	x	x	x	West Africa
United Kingdom(ODA)	-	x	x	S.Asia, E.Africa
Italy (DGCS)	-	-	-	Africa
Spain (AECI)	-	-	-	Latin America
Netherlands (DGIS)	x	x	-	Asia, Africa
Belgium (AGCD)	-	-	-	Central Africa
Denmark (DANIDA)	-	x	-	Africa, Asia
Sweden (SIDA)	-	-	-	E.Africa, Asia
Finland (FINNIDA)	-	-	-	E.Africa, S.Africa
Norway (NORAD)	-	-	-	E.Africa, S.Africa
Australia (AIDAB)	-	-	-	Pacific
Switzerland (DDA)	x	x	-	Africa, Asia

The multilateral agencies (World Bank, UNCHS, UNDP) which have decided to make urban development a priority, have now acquired wide-ranging experience in most developing countries. The same is true of two regional agencies, the IDB and the ADB.

Conclusion.

The Lille seminar in November 1989, as well as the OECD/DAC meeting's conclusions mentioned a positive change in the attitudes of governments and agencies in favour of urban development. Today, towns and cities are seen as centres of productivity, and it is an acknowledged fact that rural development and urban development go hand in hand. Nevertheless, co-operation in the urban sector still is considered as a particularly challenge and progress may be slow on this issue.

Notes

1) "Urban development and co-operation", IUED/SDC, Geneva, November 1993.

Our attempts to incorporate as much data as possible, in particular in the administrative and financial field, have met with varying degrees of success. Certain gaps in country/agency data are quite glaring, because some agencies have supplied a wealth of detail and documentation, whereas two or three countries have so far failed to respond at all.

2) One of the specialized Committees of the OECD is the Development Aid Committee (DAC), whose members have agreed to try and increase the total volume of resources made available to developing countries and to develop their effectiveness.

3) The Urban Management Program, run jointly by the World Bank, UNDP, UNCHS and by several bilateral agencies, aims at providing technical co-operation in five areas: municipal finance and administration, land management, infrastructure management, urban environment and the alleviation of poverty.

4) The Municipal Development Program for Sub-Saharan Africa coordinates several international and bilateral agencies and focuses on municipal strengthening. It sponsors policy studies, training activities, direct support to municipalities and strengthening of associations of local authorities.

Stadtplanung zwischen Anspruch und Wirklichkeit

Sieben Thesen zum Wissenstransfer in die Dritte Welt

Klaus R. Kunzmann

Vorbemerkung

Die folgenden Thesen zum Wissenstransfer auf dem Gebiet der Stadtplanung beruhen auf persönlichen Erfahrungen. Sie sind aber auch das Ergebnis vieler Gespräche, die ich in den vergangenen beiden Jahrzehnten mit Planern aus der Dritten Welt führen konnte. Drei meiner acht Thesen haben nur mittelbar etwas mit Stadtplanung zu tun, sie beziehen sich vielmehr auf das politische, gesellschaftliche und institutionelle Umfeld, in dem Stadtplanung erfolgt, bzw. nicht erfolgt. Meine Ernüchterung was die Wirksamkeit und den Einfluß von Planern in der Dritten Welt (und übrigens auch in Deutschland) anbelangt, kann ich nicht ganz verbergen. Es gibt aber wohl auch, abgesehen von der Theologie, kein Berufsfeld in dem Anspruch und Realität so weit auseinanderklaffen wie das der Stadtplanung.

1. Das Konzept der "Entwicklung" (nach europäischem oder US-amerikanischem Vorbild) ist weltweit in die Krise und mancherorts in Verruf geraten.

Die Erfolge, unterentwickelte Regionen in Afrika und Asien "von außen", also im Rahmen post-kolonialer wirtschaftlich-technischen Zusammenarbeit zu entwickeln, waren minimal. (Trotzdem sind viele Berater schnell aus der Dritten Welt nach Osteuropa übergewechselt, wo sie das in der Dritten Welt erprobte Transfer-Know How einsetzen. Die Bedingungen der wirtschaftlichen Austauschbeziehungen zwischen armen und reichen Ländern haben sich für viele Länder Afrikas und Asiens im letzten Jahrzehnt eher verschlechtert. Wenn einzelne Länder schließlich doch wirtschaftlichen Aufschwung genommen haben (z.B. Malaysia, Thailand), so war dies kein Erfolg der Entwicklungszusammenarbeit, sondern Ergebnis von eigenen Anstrengungen. Viele Entwicklungsmissionare der er-

Abstract

Third World Urban Planning between Claims and Achievements Seven Points on North-South Knowledge-Transfer

Based on an personal involvement in Third World Urban Planning over two decades, the author comments on seven recurrent failures and weaknesses which he has observed in his field:

- 1. Planning on the whole is discredited because it failed to fulfill many of its past promises.*
- 2. The transfer of funds linked to development co-operation feeds a growing network of vested interests.*
- 3. Urban planning serves the interests of those who are already powerful and further widens social disparities.*
- 4. Urban Planning co-operation is often misused when confusing the transfer of experts with that of knowledge.*
- 5. The local elites expect planning to produce a set of drawings rather than rules and regulations.*
- 6. The Third World has been used as guinea-pig for testing planning paradigms fashionable at the time.*
- 7. Although being an essential element of development co-operation, the principle of replicability tends to be neglected in practice.*

If the transfer of knowledge was the essence of technical cooperation in urban planning, the professionals should fully take into account the local context, including the political landscape, land ownership patterns, social psychology etc. Transfer of knowledge should be understood as the art of empathy.

sten und zweiten Stunde haben inzwischen ihren Enthusiasmus verloren. Sie haben sich frustriert oder gesättigt zurückgezogen. Ihr "Rat" fand kein Echo, ihre Geduld war begrenzt, ihre wahren Motive (Reiselust, Abenteuer, Exotismus, Promotion/Habilitation, Flucht aus gescheiterten Ehen, Spitzenbezahlung etc.) haben sich abgenutzt oder erübrigt.

2. Ein zu großer Teil der finanziellen Mittel der Entwicklungszusammenarbeit fließt in den Komplex der etablierten Entwicklungs-Institutionen und den davon abhängigen Unternehmen.

Entwicklungszusammenarbeit, wie sie von staatlichen und nicht-staatlichen Institutionen derzeit betrieben wird

- schafft und sichert Stellen in den nationalen und internationalen Entwicklungs-Bürokratien die aufgrund eines überdurchschnittlich hohen und sehr personalintensiven Kontrollaufwandes in den letzten Jahrzehnten immer mehr gewachsen sind;

- ernährt einen Know How-Komplex von privaten Beratungsunternehmen im Westen und in zunehmenden Maße auch in den jeweiligen Ländern (Abb.1);

- alimentiert Aus- und Fortbildungsinstitutionen im Norden (insbesondere in den USA und in Großbritannien, weniger in Deutschland) und schafft damit neue inhaltliche Abhängigkeiten;

- festigt personelle Netzwerke der Entwicklungsbürokratien und behindert dadurch eigenständige Entwicklungsbemühungen;

- ermöglicht einen ausgedehnten Wissenschaftstourismus mit angenehmen Nebentätigkeits-Einnahmen und erleichtert Feldstudien für einen darauf spezialisierten Wissenschaftskomplex. (Nur wenige der so gewonnenen Erkenntnisse kommen den jeweiligen Ländern unmittelbar zugute!);

Die Kritik an der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit wird daher immer lauter. Jedenfalls häufen sich die Hinweise auf die Notwendigkeit internationaler und einheimischer NGOs. Doch

ich befürchte, daß in der Zusammenarbeit mit NGOs dieselben Mechanismen und Klientelbeziehungen zum Tragen kommen, die die Zusammenarbeit mit Regierungsorganisationen bestimmten.

3. Planung, und damit auch Stadtplanung als ein Mittel zur planvollen wirtschaftlichen (sozialen / kulturellen / räumlichen) Entwicklung hat die in sie gesetzten Erwartungen aus vielerlei Gründen nicht erfüllt.

Im Gegenteil, sie hat zur Machtkonzentration einer Bürokratie geführt, die unfähig, unwillig, oder auch nur überfordert war, das jeweilige Land im Rahmen der globalen Spielräume wirtschaftlich zu entwickeln. Planung hat Informationsmonopole geschaffen und Entwicklungsprojekte als "Anerkennung" für geleistete Dienste oder als "Anzahlung" für erwartete Leistungen produziert. (Gelegentlich werden sogar Teilnehmer von Fortbildungsmaßnahmen dafür bezahlt, daß sie sich fortbilden...). Planung hat die innere Kolonisierung und Ausbeutung überraschend systematisch und planvoll vorangetrieben und wirtschaftliche und soziale Disparitäten im Lande eher verschärft. Und schließlich hat Planung die Entstehung (bzw. den

Erhalt) von Eliten gefördert, deren individuelle Interessen vorwiegend darin bestanden, aus dem bestehenden System persönliche wirtschaftliche Vorteile zu erzielen. Planung als Methode zur wirtschaftlichen Entwicklung braucht Ziele, doch die Ziele des Kapitalismus (und die damit verbundenen Werte, also vor allem Wohlstand und Bildung) scheinen in vielen Ländern der Dritten Welt (vielleicht abgesehen von Korea, Taiwan, Thailand, Malaysia) nicht auszureichen.

4. Es kann nicht Ziel der Entwicklungszusammenarbeit auf dem Gebiet der Stadtplanung sein, daß deutsche Architekten in Rio Slums sanieren und brasilianische Architekten in Deutschland Museen bauen.

Auch wenn der Prophet im eigenen Lande in der Regel nichts gilt, so ist doch nicht einzusehen, warum teure deutsche Experten sich in Nairobi, Bangkok oder Rio de Janeiro um "Slum-upgrading" oder um die Sanierung von Squatter-Siedlungen bemühen, während die einheimischen Fachleute ihr lokales Know How für solche Probleme nicht einsetzen. Das löst den Verdacht aus, daß es gute Gründe dafür gibt,

warum die einheimischen Fachleute sich solcher Probleme nicht annehmen: Vielleicht weil sie wissen, daß die gesellschaftlichen Zusammenhänge, die solche städtischen Slums entstehen lassen, durch isolierte Maßnahmen der Stadtplanung nicht zu ändern sind.

Kompensatorische oder gar subversive Planung gegen herrschende Machtstrukturen zu betreiben - und dies wäre für mich die einzige Legitimation solcher Art von Projekten - reicht als Begründung angesichts der sonstigen Aufgaben und Defizite nicht aus. Auch die solchen Projekten wohlmeinend zugeordnete Rolle als Katalysator ist mir für ein Land wie Brasilien, das ein großer Exporteur für Rüstungsgüter in die Dritte Welt ist, kein hinreichender Grund für staatlich geförderte technische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Stadtplanung. Vielleicht hinkt der Vergleich, aber es würde in Solingen auf wenig Verständnis stoßen, wenn amerikanische Planer sich um die Gestaltung von Lebenswelten türkischer Minderheiten kümmern würden.

5. Stadtplanung in der Dritten Welt ist fundamentalen Mißverständnissen durch einheimische Entscheidungsträger ausgesetzt, aus denen sie sich nur sehr schwer befreien kann.

Stadtplanung wird von der lokalen Öffentlichkeit meist noch immer mißverstanden als die Produktion von Plänen für die Stadt, die es dann zu realisieren gilt. Und dieses Mißverständnis belastet die Stadtplanung nicht nur in der Dritten Welt (nach dem Motto ein Plan für ein Haus, das ist Architektur, einer für zwei Häuser, das ist Stadtplanung, einer für drei Häuser, das ist Regionalplanung und einer für viele Häuser, das ist dann schließlich Raumordnung). Oder Stadtplanung gilt als Kontrollinstrumentarium für eine geordnete räumliche Entwicklung. Doch diese Ordnungsfunktion kann Stadtplanung in Städten der Dritten Welt nicht erfüllen, weil es keine wirksamen Sanktionen gegen eventuellen Mißbrauch durch die einflußreiche bodenbesitzende Oberschicht gibt. Stadtplanung ist in den Städten der Dritten Welt nur ein zahnloser Tiger.

Jedenfalls findet Stadtplanung als ein sehr komplexer, ausgewogener und demokratischer Prozeß zur voraus-

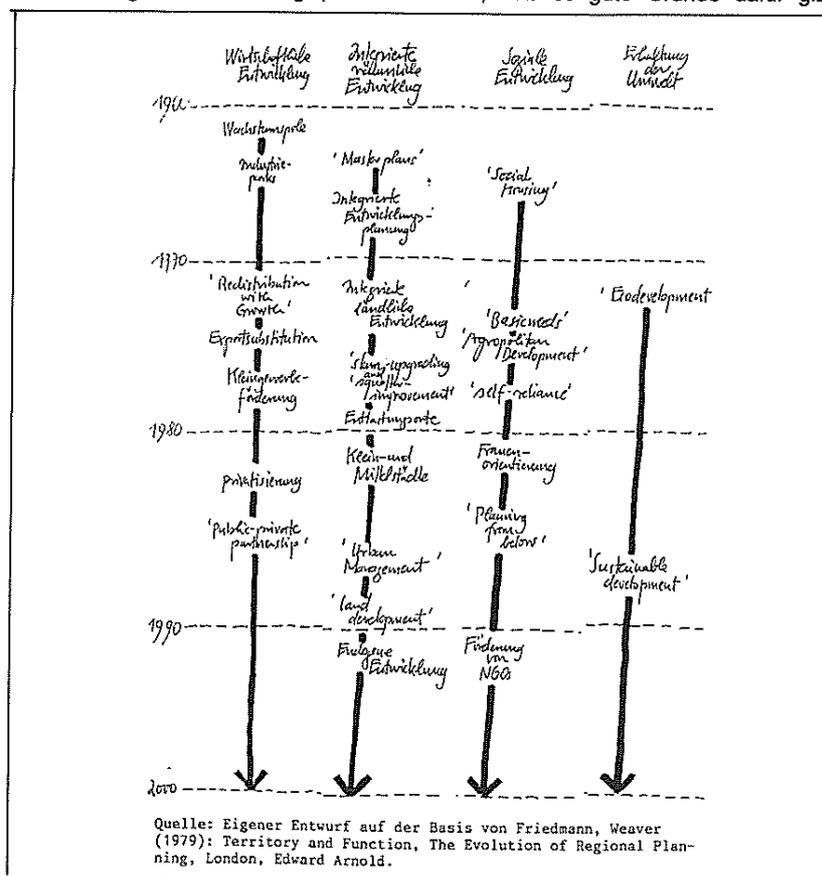


Fig. 1: Der Komplex der Entwicklungs-Zusammenarbeit

schauenden und kostensparenden Nutzung von Grund und Boden, zur planvollen Lenkung der baulichen Entwicklung und zur Gestaltung des öffentlichen Raumes nur wenig einflussreiche Freunde und politische Unterstützung. Dies ist bei uns so, warum sollte es unter sehr viel schwierigeren Bedingungen in den explodierenden Städten der Dritten Welt anders sein. Bei der Planung für afrikanische Städte geht es beispielsweise nicht darum, Pläne für solche Städte, Stadtteile oder Stadtquartiere zu entwerfen, die dann doch nicht umgesetzt werden können, sondern darum, administrative Mechanismen zu finden, die dazu beitragen, eine unkontrollierte und damit langfristig teure Stadtentwicklung zu vermeiden und die dafür notwendige gesellschaftliche und politische Akzeptanz herbeizuführen. Das konkrete Projekt erspart das Nachdenken über notwendige politische Maßnahmen zur Änderung von Rahmenbedingungen. Es ist ja auch leichter, sich über die Linienführung eines innerstädtischen Verkehrskorridors zu einigen, als zu einem fachlichen und politischen Konsens über allgemeine bodenpolitische Maßnahmen zu kommen.

6. Die Länder der dritten Welt wurden und werden immer wieder als Experimentierfelder planerischer Paradigmen mißbraucht.

Der schnelle Wechsel der Entwicklungsparadigmen vom Wachstumspolkonzept in den 60er Jahren, das den Bemühungen der Berater in Venezuela vorschwebte, zum Konzept der nachhaltigen Entwicklung der gegenwärtigen Entwicklungspolitik hat mehr Verwirrung als Verbesserung gebracht, weil er Regel mehr von den gängigen, modisch wechselnden Wertesystemen der Planer im Norden als von den Erfordernissen der beratenden Länder im Süden bestimmt war. Der dem jeweiligen Paradigma entsprechende Entwicklungsjargon bestimmt die Code-Wörter des Verstehens in der Entwicklungszusammenarbeit. Regierungsvertreter, die sich bei ihren Projektanträgen an die jeweils gängigen Paradigmen halten und die entsprechenden Code-Wörter zu nutzen wissen, werden in der Regel bevorzugt bedient. Die Kenntnis des Code-jargons ist daher ein treffsicherer Fliegenfänger für Projekte und finanzielle Zuschüsse.

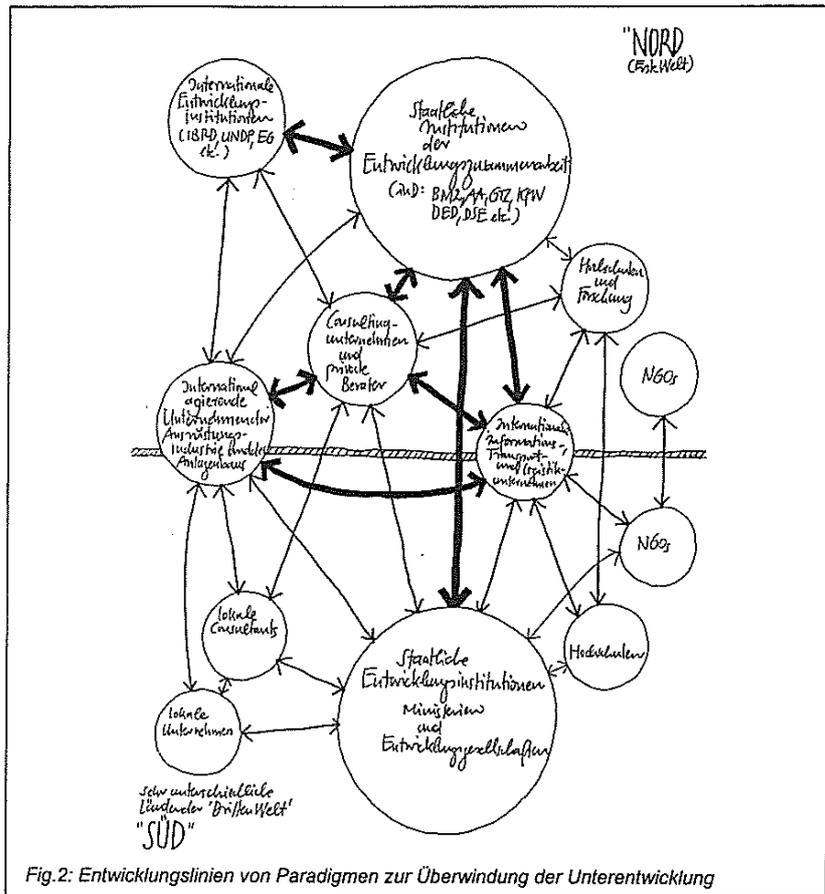


Fig. 2: Entwicklungslinien von Paradigmen zur Überwindung der Unterentwicklung

Bei der zunehmenden Kritik an der Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit und den finanziellen Engpässen mancher Geberländer besteht nun die Hoffnung, daß das Paradigma der endogenen Entwicklung, das selbst verantwortete und auf lokale bzw. regionale Ressourcen aufbauende Raumentwicklung mit den zunehmenden finanziellen Engpässen der Geber so wunderbar in Einklang bringt, den in kurzen Zeitabständen wechselnden Paradigmentransfer endgültig ad absurdum führen wird (Abb. 3).

7. Die Wiederholbarkeit (replicability) von Projekten als entscheidendes Prinzip der Entwicklungszusammenarbeit, wird selten ernst genommen.

Vorrangige Aufgabe von Entwicklungsprojekten (ausgenommen große Infrastrukturprojekte, wie Staudämme oder Flughäfen) ist es, an einem realen Fallbeispiel deutlich zu machen, wie das entsprechende Problem innerhalb des gegebenen wirtschaftlichen, administrativen und sozialen Rahmens grundsätzlich gelöst werden kann. Dann kann der dabei erprobte Ansatz an anderer Stelle und ohne fremde Hilfe zur Lösung glei-

cher oder ähnlicher Probleme angewandt werden. Dabei so die stillschweigende Vereinbarung, übernimmt die internationale Entwicklungsorganisation die unrentablen Entwicklungskosten. Die Lösung des konkreten Problems ist dabei also nur ein sekundärer Zweck eines solchen (Pilot-) Projektes (Abb. 2). Es geht beispielsweise in der Stadtplanung nicht darum einen Flächennutzungsplan zu erstellen, sondern zu demonstrieren wofür ein solcher Plan sinnvoll ist und wie er unter lokalen Bedingungen von einheimischen Planern erstellt und fortgeschrieben werden kann.

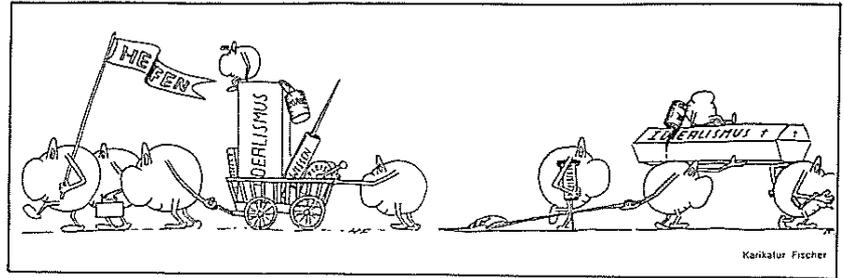
Diese Sichtweise wird von vielen Entwicklungsorganisationen (und vielen Projektträgern) aus leidvoller Erfahrung gar nicht erst ins Kalkül gezogen. Die Implementierung eines solchen replikativen Ansatzes erfordert andere Projektansätze und vor allem längere Projektlaufzeiten.

Die Anforderungen von Entwicklungsinstitutionen an lokale Counterpartleistungen binden in nicht unerheblichem Umfang Mittel, die besser an anderer Stelle genutzt werden könnten. Einheimische Mitarbeiter werden nach Abschluß eines

erfolgreichen Projektes in der Regel nach oben befördert, so daß sie ihre Erfahrungen gar nicht zur Verbreitung nutzen. Oder ihre Vor-Urteile werden auf ganz andere Projekte übertragen und richten dort mehr Schaden als Nutzen an. Scheitert ein Projekt, wird dies in der Regel (zu recht oder zu unrecht) dem Geber bzw. seinem mit den Landessitten zu wenig vertrauten Personal in die Schuhe geschoben. Damit wird das Versagen externalisiert, ohne aus den Fehlern für das nächste Projekt zu lernen.

Was tun? Also kein Transfer?

Nachdenken über die Erhöhung von Akzeptanz von Stadtplanung in Ländern der Dritten Welt führt zwangsläufig jeden Planer, der damit beauftragt ist über kurz oder lang zur Einsicht, daß zunächst die Rahmenbedingungen geändert werden müssen, bevor er das tun kann, wozu er ausgebildet und kompetent ist. Also beispielsweise die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung als Voraussetzung für selbstbestimmtes eigenständiges lokales Handeln. Oder die Dezentralisierung von Steuersystemen. Oder die simple



Möglichkeit, mit lokalen Verhältnissen vertraute Planer selbst einzustellen (und zu entlassen). Oder, oder... Jedenfalls ist das Ursachen-Wirkungsgeflecht der Stadtentwicklung so komplex, daß tägliche Ohnmachtsgefühle nicht ausbleiben, weil es nicht viel Hoffnung gibt an dem jeweils bestehenden gesellschaftspolitischen Kontext kurzfristig etwas zu verändern. Und als Stadt-Revolutionär hat der janusköpfige Planer meist nicht einmal die Unterstützung der benachteiligten Stadtbewohner.

Ich bin heute der Meinung daß es besser wäre, die wirtschaftlichen Austauschbeziehungen gerechter zu gestalten, also systematisch und schrittweise die *terms of trade* zu än-

dern, damit die Länder um die es hier geht ihre eigene finanzielle Situation verbessern können, als "Entwicklungshilfe" bzw. Technische Zusammenarbeit zu finanzieren. Ich weiß, daß dies kurzfristig nicht möglich sein wird und daß es wenig Sinn hat, darauf zu warten.

Beim zukünftigen Transfer von Wissen auf dem Gebiet der Stadtplanung geht es um zweierlei: Stadtplanung muß einerseits von der Ideologie zum technischen Werkzeug zurückfinden, muß also das übliche Mißverhältnis von Anspruch und Realität abbauen.

Stadtplanung muß andererseits den jeweils zuständigen Ministerien deutlich machen, worauf es wirklich ankommt. Sie muß beispielsweise ihre querschnittsorientierte Sichtweise demonstrieren und darauf hinweisen, wo bestehende gesetzliche Bestimmungen und Verfahren kontraproduktiv sind und planvolle Stadtentwicklung behindern. Sie muß die zentrale Frage nach der Verfügbarkeit und der Zugänglichkeit von Grund und Boden in der Stadt und die tatsächlichen Machtverhältnisse in ihr Kalkül aufnehmen, darf also nicht auf dem kapitalistischen Auge blind sein. Sie muß mit Pragmatismus und Psychologie, Nüchternheit und Engelsgeduld die Ungleichzeitigkeit von Entwicklungen in den Städten ins Kalkül ziehen, also akzeptieren, daß es kein einheitliches Ordnungs- und Gestaltungsmodell für die rasch wachsenden Städte der Dritten Welt gibt. Dies macht den Transfer von Wissen und deutschen Erfahrungen auf dem Gebiet der Stadtplanung zu einer Kunst der Einfühlung, zur Kunst des sich Hineinversenkens in andere Denkstrukturen, Wertesysteme und Verhaltensweisen zu einer Kunst der behutsamen Annäherung an gesellschaftliche Strukturen, die es gilt für die extrem schwierige Aufgabe einer humanen Stadtentwicklung zu gewinnen.

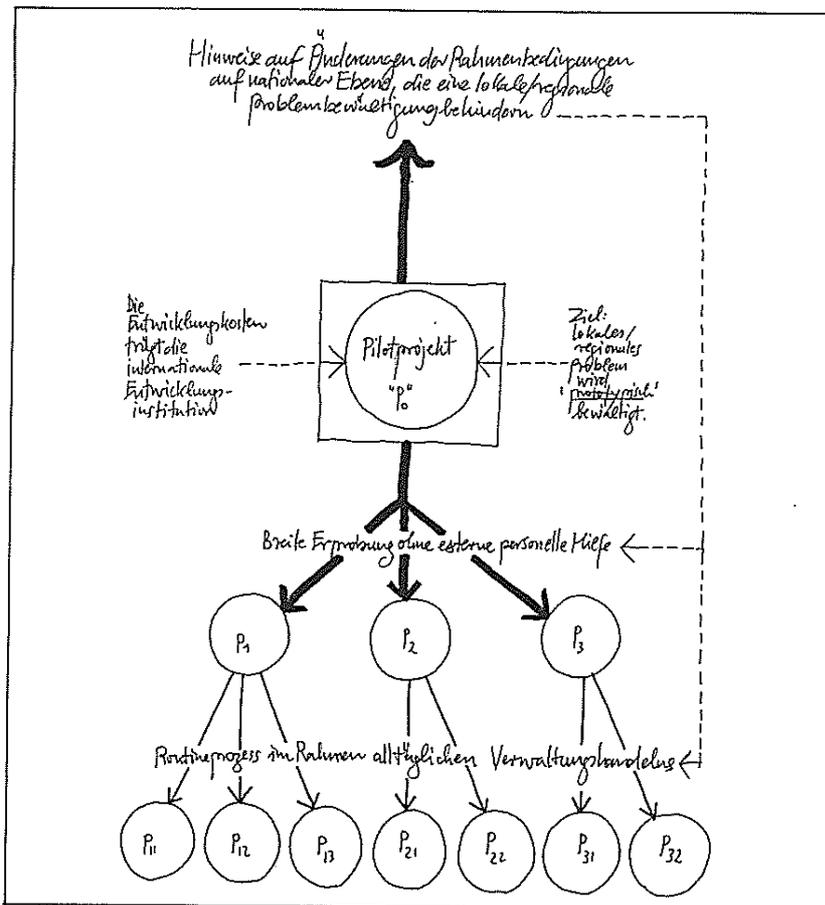


Fig.3: Das Projekt als prototypischer Lösungsansatz

Vom Meister und Macher zum Begleiter und Beobachter

Schwerpunktverlagerung in der Technischen Zusammenarbeit

Ernst Reichenbach

Der für Afrika zuständige Vizepräsident der Weltbank, Edward V.K. Jaycox hat in jüngster Zeit Aufsehen erregt durch seine Kritik an der Technischen Zusammenarbeit und an den europäischen Experten als Verhinderer des Aufbaus lokaler Expertise, weil sie sich in einer Mißinterpretation ihrer Rolle als "Macher" anstatt als "Berater" betätigten.¹⁾ Diese Dichotomie ist weder besonders neu²⁾, noch ist sie zur Beschreibung der Realität tauglich, wenn man sie in Schwarz-Weiß-Polarität benutzt. Dennoch ist natürlich eine Diskussion des Rollenverständnisses entsandter Experten in jedem Einzelfall erforderlich und sinnvoll; in der Tat gab und gibt es auch in der GTZ eine Schwerpunktverlagerung in den Projekten vom "Machen" (Operation) zum "Beraten" (Ko-Operation), bzw. eine fallweise unterschiedliche Ortsbestimmung zwischen diesen Extremen. Dies will ich an einem Beispiel aus meinem Arbeitsgebiet der Stadtentwicklung illustrieren, nämlich anhand des GTZ-Projektes "Stadtentwicklung Bhaktapur" in Nepal und dem daraus entstandenen Projekt "Stadtentwicklung Nepal (Urban Development through Local Efforts - UDLE)". die wir seit nunmehr beinahe zwanzig Jahren fördern und die sich in einem deutsch-nepalischen Lernprozeß, an dem ich persönlich teilhaben konnte, in ihrer Charakteristik änderten. Solche Erfahrungen stehen im Gegensatz auch zu Behauptungen wie jener in der jüngsten Ausgabe des "Handbuchs der Dritten Welt"³⁾, wonach bei allem Paradigmenwechseln der Entwicklungstheorie "das bürokratische Entwicklungsgeschäft solche Pendelausschläge durch ein hohes Maß an Konstanz austariert".

Zunächst hat sich von damals auf heute der Inhalt der Bezeichnung des Projekttyps "Integrierte Stadtentwicklungsplanung" gewandelt. Früher war damit gemeint, daß Planung und Implementierung zugleich oder doch zumindest in sehr

Abstract

From Being Master to Becoming Companion New attitudes in technical co-operation

The author exemplifies the change in attitude of technical co-operation by quoting the case of interventions in Bhaktapur and urban Nepal generally. The German development co-operation started with the renovation of a famous temple which has been declared a piece of "heritage of mankind". This intervention expanded to become a project of urban development comprising physical planning, promotion of crafts and tourism, installation and management of sewage and waste facilities as well as community development in general.

Since it became clear that all this relied on local efforts, adult education and institution building became a priority. Other experiences of local mobilization around environmental problems helped to draw up a follow-up programme. This "Urban Development through Local Efforts" Programme works through

- a semi-autonomous revolving fund for municipal development,
- a training center for local government staff,
- task-force advisory services for financial and other specific municipal problems, and
- the introduction of environmental management at local level.

dichter Zeitfolge stattfanden. Das war in den siebziger Jahren ein durchaus fortschrittlicher Denk- bzw. Handlungsansatz, war man es doch gewohnt gewesen, zunächst einmal mindestens drei Jahre lang nichts anderes als Bestandsaufnahmen und voluminöse Analysen durchzuführen, aus denen dann Prognosen und (meist wenig voluminöse) Planungsaussagen abgeleitet wurden.⁴⁾ Weiterhin verstand man unter "integrierter Stadtentwicklung" die gleichzeitige und aufeinander abgestimmte Durchführung verschiedener Sektormaßnahmen, die möglichst komplementär zueinander sein und durch Synergieeffekte zu einer besseren Gesamtwirkung führen sollten. Heute bedeutet "integrierte Stadtentwicklung", daß sie sich viel stärker als früher als Institutionenförderung, Managementberatung, Organisationsentwicklung und *last but not least* als Ermutigung zur Beteiligung der Betroffenen, zur Demokratisierung und Dezentralisierung bzw. zur Kommunalisierung von Entscheidungen über Investitionen und sonstige Entwicklungsmaßnahmen versteht.⁵⁾

Beispiel "Bhaktapur Development Project"

1972 machte die Bundesrepublik Deutschland dem König Birendra ein Hochzeitsgeschenk, das Folgen haben sollte: Im Osten der Stadt Bhaktapur der Hauptstadt des früheren Newar-Königreiches, 16 km östlich der heutigen Hauptstadt Kathmandu gelegen wurde das "Pujahari Math" am Dattatraya-Platz, das zusammengestürzt, aber von größtem bauhistorischen Wert war, von deutschen Architekten und Archäologen restauriert. Hieraus entstand die Idee, die Restaurierungsarbeiten an diesem "Erbe der Menschheit"⁶⁾ auf die ganze Stadt auszudehnen und die Lebensbedingungen der Bevölkerung der Stadt zu verbessern. Somit begann im Jahre 1974 das "Bhaktapur Development Project (BDP)", das von der GTZ in der "Hochzeit" mit einem Team von 12 entsandten Langzeitexperten und Finanzierungsbeiträgen in Höhe von ca. 30 Mio. DM unterstützt wurde.

Bhaktapur war durch Funktionswandel, wirtschaftlichen Niedergang und durch die Zerstörungen eines schweren Erdbe-

bens in den dreißiger Jahren stark in Mitleidenschaft gezogen. Man kann sich Bhaktapur als das "Rothenburg o.d.T." von Nepal vorstellen mit einem großen Schatz an architektonischen Reichtümern und einer Bevölkerung, die in miserablen und gesundheitsgefährdenden Umständen leben mußte (Häusereinstürze waren nicht selten) und ohne Wasserversorgung und Abwasserentsorgung. Bhaktapur war sicher einer der Plätze mit der schlimmsten "Durchseuchung", die ich je in meiner Praxis gesehen habe. In der Tat hatte diese starke Unterstützung, die ergänzt wurde durch bis zu ca. 60 nepalische Regierungsbeamte und Hilfskräfte aus der benachbarten Hauptstadt Kathmandu, besonders in den ersten Jahren vollständig den Charakter einer



"Operation", was man damals nicht als unnormal empfand. Ich selbst brauchte auch eine Weile, um zu begreifen, welch einen starken Eingriff in das Leben der lokalen Bevölkerung wir ohne lange zu fackeln vollführten.⁷⁾ Die damalige Stadtverwaltung von Bhaktapur war (u.a.) aufgrund der zentralistischen Struktur des Staates eine armselige Organisation. Die Mitglieder der Stadtverwaltung und die teilweise des Englischen nicht mächtigen Stadtverordneten, die ja nicht gewählt waren, wurden allenfalls über die Maßnahmen des Projektes⁸⁾ informiert. Alles in allem hat es sichtbare und anerkannte Ergebnisse vor allem in folgenden Bereichen produziert:

Stadtplanung: Hier wurde erstmals in Nepal der Versuch gemacht, Stadtplanung nicht nur als physische Planung (Bauleitplanung) zu verstehen, obwohl

besonders anfangs dieser Gesichtspunkt überwog; dies lag an dem anfänglich überwiegenen Tätigkeitsfeld der Restaurierung historisch wertvoller Gebäude und des Ensembleschutzes. Eine erhebliche Schwierigkeit für die Stadtplanung bestand anfangs darin, daß es an vielen Rechtsinstrumenten und/oder dem Willen und der Fähigkeit der zuständigen Behörden fehlte, diese einzusetzen. Natürlich war auch das Problembewußtsein und die Beteiligung der Betroffenen und besonders der investitionsfähigen Bauherren von deutscher Seite schwer zu beeinflussen.

Hochbau: Wie schon erwähnt, ging es hierbei hauptsächlich um den Erhalt historisch wertvoller Bausubstanz. Versuche, verbesserte Wohnhaustypen

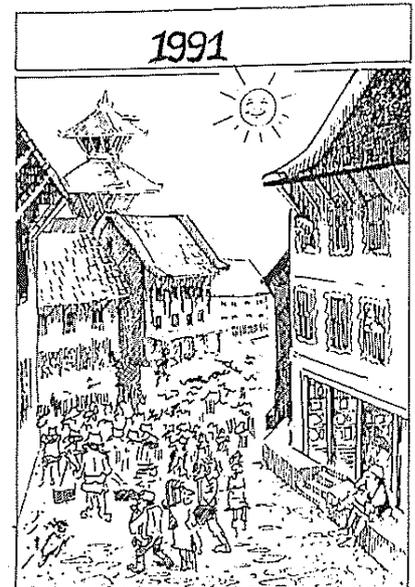


einzuführen und potentielle Bauherren von ästhetisch und funktional unbefriedigenden Lösungen abzubringen, u.a. über die Einrichtung einer städtischen (!) Bauüberwachungsbehörde, waren nur bedingt erfolgreich. Selbst in einem Ort wie Bhaktapur hat es Jahre gedauert, bis der Wert der eigenen kulturhistorischen Zeugnisse so gesehen wurde, daß er Einfluß auf das Handeln bei baulichen Veränderungen gewann (Fachwerk-Bauernhäuser mit Glasbausteinen und Aluminium-Türen soll es sogar auch in Hessen geben!).

Kleinindustrie- und Handwerksförderung: Insbesondere bei den Restaurierungsmaßnahmen, später auch bei anderen Investitionen und durch den zunehmenden Tourismus, konnten spürbare Beschäftigungseffekte erreicht werden. Immerhin wurde in Bhaktapur und in

einem später folgenden speziellen Projekt für ganz Nepal das heute weltweit von der GTZ eingesetzte Instrumentarium zur Identifizierung und Förderung von Kleinunternehmern und Handwerkern entwickelt.

Infrastruktur: Da die ganze Stadt seit dem Erdbeben in den 30er Jahren unter sehr starken Beschädigungen der gesamten Ver- und Entsorgungsinfrastruktur litt, wurde im Laufe der Zeit in diesen Bereich am meisten investiert. Letzlich wurde praktisch die ganze Stadt mit einem neuen Wasser-/Abwassersystem von der Wasserfassung einschließlich Aufforstungsmaßnahmen im Wassereinzugsgebiet bis zu zwei Abwasserkläranlagen gebaut.



Community Development: Besonders nach den Erkenntnissen Anfang der 80er Jahre, daß der Bau von "hardware" ohne Beteiligung der Bevölkerung und ohne Einsicht in die Zusammenhänge z.B. zwischen Infrastruktur, Hygieneverhalten und Gesundheitszustand wenig sinnvoll ist, wurden vermehrte Anstrengungen zur Beteiligung und Aufklärung der Bevölkerung gemacht. Besonders mit Jugendgruppen und in den Schulen konnten Erfolge erzielt werden.

Bis 1987 wurde das Projekt im wesentlichen beendet; die letzten drei Jahre war nur noch ein deutscher Experte vor Ort.

Gezogene Lehren

Heute gibt es kein Projekt der GTZ mehr im Arbeitsfeld Stadtentwicklung mit 12 entsandten Experten, schon gar nicht mit

überwiegend exekutiven Aufgaben. Nicht nur in Nepal gibt es inzwischen eine ganze Menge lokaler Fachleute und eine kleine Consultingwirtschaft; selbst wenn deren Leistungen nicht immer ganz ausreichen, so ist es z.B. durch Beauftragung und Unterstützung durch Kurzzeitexperten möglich, diese lokalen Kapazitäten allmählich aufzubauen. Dies haben wir schon im Bhaktapur-Projekt begonnen. Heute werden in den Projekten oft andere Schwerpunkte als früher bei den Aktivitäten und den angestrebten Ergebnissen gesetzt. Grundsätzlich handelt es sich bei Projekten der Stadtentwicklung nach wie vor um die Erledigung kommunaler Aufgaben. Inhaltlich wird spätestens seit der UNCED-Konferenz in Rio de Janeiro über Umwelt und Entwicklung eine besondere Betonung auf kommunales Umweltmanagement gelegt, weil dies als eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben angesehen wird und die lokale Behandlung von Umweltpro-

mehr zum entscheidenden Qualitätsmerkmal einer GTZ-Fachkraft im Ausland. Bei der Entwicklung angemessener (eben "situationsadäquater") Problemlösungen mit dem und nicht für den einheimischen Partner ist zwar immer noch Methodenkompetenz wichtig, aber noch wichtiger ist die Kontextkompetenz, d.h. also die Fähigkeit, aus dem erlernten Methodeninventar Anregungen für ein neues Instrumentarium im Kontext des Entwicklungslandes abzuleiten und zu vermitteln bzw. die zu Beratenden "von selbst" auf die nötigen Hilfsmittel, Vorgehensweisen und Problemlösungen kommen zu lassen. Kurzum, die Rolle der entsandten Fachkraft hat sich "vom Macher und Meister" zum "Beobachter und Begleiter" gewandelt, wobei hierin die Funktionen der Anregung, womöglich auch der (vorsichtigen) Provokation, des Erweitern des Horizontes des Partners aufgrund "fremder" Erfahrungen und fallweise des Anleitens enthalten sind.

Fortbildungseffekt erreicht worden, zumindest bei den unmittelbar Beteiligten. In Thailand ist es darüber hinaus in den sieben Pilotstädten, in denen der Prozeß abließ, offenbar sogar gelungen, in den Stadtverwaltungen und in den Stadtparlamenten das politische Bewußtsein über Umweltfragen und die Sachkompetenz bei der Priorisierung und Definition von Umweltschutzmaßnahmen zu erhöhen.¹⁰⁾

Ein anderer wichtiger Aspekt der nachhaltigen Befähigung von Institutionen und besonders von Kommunen liegt in der Sicherstellung oder doch zumindestens Stärkung der eigenen Finanzierungsmöglichkeiten. Ein häufig einsetzbares Instrument zur Erhöhung der Einnahmen von Kommunen liegt in der Verbesserung der Grundstücksbesteuerung, wozu die Einführung oder Verbesserung von (Steuer-) Katastern und der dazu erforderlichen Rechtsgrundlagen und



blemen am ehesten erfolgversprechend erscheint ("think globally, act locally").⁹⁾ Bei unseren Gemeindeförderungsprojekten (wobei unter "Gemeinde" eine Gebietskörperschaft gemeint ist) geht es überwiegend um Beratung, Anregung, Aus- und Weiterbildung in Arbeitsfeldern wie Management und Organisation, z.B. um die Aufbau- und Ablauforganisation von Leistungsträgern; dabei spielt immer wieder Kommunikationsberatung eine wichtige Rolle, die ein anderes Anforderungsprofil an die von uns in die Projekte entsandten Fachkräfte erfordert als nur die technisch-inhaltliche Fachkompetenz. Es reicht also nicht mehr aus, "nur" ein(e) kompetente(r) und erfahrene(r) Stadtplaner, Architekt, Bauingenieur, Verwaltungs-, Wirtschafts- oder Sozialwissenschaftler (oder jeweils -in) zu sein, sondern die Fähigkeit, über die Inhalte dieser Fachgebiete (interkulturell) kommunizieren und situationsadäquat reflektieren zu können, wird mehr und

Befähigung lokaler Institutionen

In einem kleinen Projekt in Thailand und in Nepal haben wir Trainingsmaterialien zum städtischen Umweltmanagement einmal anders entwickelt: Gemeinsam mit einigen der zukünftigen Nutzer der zu erarbeitenden Materialien wurden zunächst die Themen und die Aussagentiefe festgelegt, bevor einheimische Experten zu den Themen erste Ausarbeitungen vorlegten, die in mehreren Konsultationsschritten mit den zukünftigen Nutzern und nach Ergänzungen durch internationale Experten in die endgültige Form gebracht wurden. Der Vorteil dieser Vorgehensweise ist erstaunlich: Zum einen sind die Arbeitsmaterialien und Trainingshilfen ein Identifikationsobjekt für die Nutzer, weil sie selbst oder zumindest ihnen bekannte Landsleute bei der Erarbeitung beteiligt waren und zum anderen ist durch den Prozeß selbst schon ein erheblicher

Verfahrensregeln gehören. Obwohl in vielen Ländern prinzipiell die Besteuerung von Grund und Boden durchaus üblich ist, wird auf diese Fragen des "Land Managements" in unseren Projekten der Stadtentwicklung bzw. Gemeindeförderung erst seit ca. 10 Jahren verstärkt geachtet.

Stadtentwicklungsfond und Action Planning

In ähnlicher Weise kommen auch immer mehr Fragen auf, ob und wie kommunale Dienstleistungen, wie zum Beispiel ein Wasserversorgungssystem, durch private Träger oder z.B. durch Nutzergemeinschaften ("Community Based Organisations") erbracht werden können. Auch hierfür haben wir in Nepal ein Beispiel anregen können, obwohl dies in diesem Land eine völlige Neuerung ist: In Dhulikhel, einem kleinen Ort in den östlichen Randhügeln des Kathmandu-Tales,

wird das mit Unterstützung durch die GTZ gebaute Trinkwasser-Versorgungssystem von einem Zusammenschluß der an das System angeschlossenen Verbraucher betrieben und nicht etwa von der Kommune oder der zentralen parastaatlichen Nepal Water and Sewerage Corporation (NWSC), die bisher alle städtischen Wasser- und Abwassersysteme betrieben hat bzw. dies eben nicht schaffte. Dieses Experiment in Dhulikhel hat sich nun schon seit zwei Jahren bewährt; bis jetzt zahlen die Nutzer die erforderlichen Gebühren und achten darauf, daß das (technisch durchaus nicht einfache) System ausreichend gewartet wird.

Mitte der 80er Jahre wurde in Nepal ein neues Projekt zur Unterstützung aller nepalischer Städte konzipiert, wobei uns dabei positive Erfahrungen aus anderen Projekten gedanklich auf die Sprünge geholfen hatten, die wir in Lateinamerika gesammelt hatten: Seit 1987 unterstützen wir zwei nepalische Ministerien beim "Urban Development through Local Efforts, UDLE". Dies ist eigentlich kein typisches "Projekt", sondern vielmehr ein Beratungs- und Finanzierungssystem für die 34 Städte in Nepal, die damit ihre städtische Entwicklung und ihre Verwaltung verbessern können. Das Ziel des Projektes besteht darin, die Fähigkeit der Städte zu erhöhen, die städtische Entwicklung zu fördern und zu steuern mit den folgenden Hauptkomponenten:

Unterstützung eines Stadtentwicklungsfonds: Der "Town Development Fund Board, TDFB" wurde als halbautonome Körperschaft im Dezember 1987 eingerichtet und hat inzwischen die Rolle einer Stadtentwicklungs-Bank übernommen. Sie stellt den Städten Zuschüsse für Infrastrukturprojekte und Kredite für sonstige Projekte zur Verfügung, die die Einnahmen der Städte erhöhen (z.B. Busbahnhöfe, Schlachthöfe, Markteinrichtungen usw.). Voraussetzung dafür sind "local efforts". Die Städte wiederum können diesen Eigenbeitrag erbringen, weil sie eigene Einnahmequellen und eine gewisse Finanzautonomie besitzen.

Unterstützung des Trainingszentrums in Pokhara: Das "Local and Urban Development Training Center, LUDTC" bietet Fortbildungsveranstaltungen und Beratungen für die städtischen Angestellten und die gewählten(!) Stadtverordneten an. Vielleicht kann die Trägerschaft später einmal von der Regierung auf einen

Dachverband der nepalischen Städte übergehen.

Rechtliche und administrative Beratung der Regierung bei der Einführung einer neuen nepalischen Gemeindeverfassung und eines neuen Planungsrechtes mit mehr Gemeindeautonomie und besseren Rahmenbedingungen für die Gemeindefinanzierung.

Beratung der Städte mittels einer *task force* zur Stärkung ihrer Finanz- und Innenverwaltung, die, ähnlich wie ein Unternehmensberater, die Städte bei der Reorganisation ihrer administrativen Strukturen berät.

Unterstützung der Städte bei der Maßnahmenplanung und der Budgetierung ihrer Pläne durch "Integrated Action Planning": In einem Zeitraum von zweieinhalb Monaten wird in den jeweiligen Städten gemeinsam das nächste kommunale Jahresbudget aufgestellt sowie eine mittelfristige Finanzplanung entworfen. In diesem Beratungs- und Arbeitsprozeß findet auch eine intensive Weiterbildung "on the job" der lokalen Beteiligten in der Erarbeitung von Kartengrundlagen, Bauleitplänen usw. statt, in vereinfachter, aber in aller Regel völlig ausreichender Form.

Städtisches Umweltmanagement: Mit Unterstützung des weiter oben erwähnten Projektes zur Erarbeitung von Trainingsmaterialien hat das UDLE "Städtische Umwelt-Richtlinien" erarbeitet und in den "Action-Planning"-Ansatz integriert. Dies ermöglicht den städtischen Entscheidungsträgern, die jeweiligen lokalen Umweltprobleme zu analysieren und mögliche Lösungen zu finden bzw. fachliche Hilfe qualifiziert nachzufragen.

Wie in vielen Teilen der Welt, liegen in Nepal die drängendsten kommunalen Probleme in den Bereichen der Abfallwirtschaft, der Abwasserentsorgung, der Oberflächenentwässerung und der Wasserversorgung aber natürlich auch in der zunehmenden Entwaldung und Bodenerosion. Daß und wie alle diese Dinge miteinander verknüpft sind, wird den nepalischen Stadtvätern (und -müttern) in aller Regel erst durch den Prozeß des *Action Planning* klar und führt oft zum berühmten "Aha-Effekt", der bekanntlich der erste Schritt zur Verhaltensänderung ist.

Man sieht also, daß die zitierten Entwicklungstheoretiker des "Handbuches der Dritten Welt" mit ihrer Behauptung der Konstanz der Entwicklungsbürokratien, die alle Paradigmenwechsel austariert, vielleicht doch nicht ganz richtig liegen. Aber vielleicht hatten jene ja auch gar nicht die kleine Welt der praktischen Lösungsversuche gemeint, in der wir Planer uns bevorzugt bewegen.

Anmerkungen

1) Edward V.K. Jaycox; Capacity building: The missing link in African development. Transcript of address to the African-American Institute Conference on "African capacity building: Effective and enduring partnerships" Reston, Virginia, 20.5.1993

2) vgl. Payr, R. Sülzer: Landwirtschaftliche Beratung. 2 Bände. GTZ, Eschborn, 1981; sowie John Woods: The Role of Experts/Advisors/Consultants in Technical Assistance; UNDP - Development Training and Communication Planning, Bangkok, 1978.

3) Dieter Nohlen, Franz Nuscheler (Hrsg.): Handbuch der Dritten Welt. Bd. 1: Grundprobleme, Theorien, Strategien. Dietz Verlag, Bonn 1992.

4) Ein Beispiel hierfür aus unserer Praxis war das Projekt Großraumplanung Porto Alegre in Brasilien Anfang der 70er Jahre, vgl. z.B. hierzu: Rainer Ernst: Regionalplanung in Entwicklungsländern, in: Stadtbauwelt 40 (1973), S. 316 ff.

5) Einen guten Überblick über den Stand unseres Denkens in den 70er Jahren, das dann unser Handeln in den 80ern beeinflusst hat, wird vermittelt in: Steffen Milder: Die Problemanalyse im Planungsprozess. Eine Studie zur Stadtentwicklungsplanung in Ländern der Dritten Welt. Inst. für Regionalwissenschaft der Universität Karlsruhe, 1976. (Schriftenreihe Nr. 10)

6) Es gab und gibt von maßgeblicher Seite die Auffassung, daß Bhaktapur nicht (nur) den Nepalis bzw. Newar gehört, sondern der Menschheit und daß sich daher letztere darum zu kümmern habe, notfalls über die Köpfe der Bevölkerung hinweg

7) Dazu: Ane Haaland: Bhaktapur - A Town Changing Process Influenced by Bhaktapur Development Project; 2nd edit. 1985. Craftsman Press, Bangkok, 140 S.

8) Als Projektbehörde war zu Projektbeginn 1974 der "Bhaktapur Development Board (BDB)" gegründet worden, dessen Vorsitz zuerst vom Kultusminister, später vom Bau- und Verkehrsminister ausgeübt wurde. In den ersten beiden Projektphasen verfügte das "Project Management Office (PMO)" mit seinen Abteilungen für Stadtplanung, Hochbau, Tiefbau, Kleinindustrie und Verwaltung/Finanzen über die Projektmittel und plante und führte sämtliche Maßnahmen durch, einschließlich der Anstellung der bis zu ca. 1000 Arbeiter. Ab 1981 wurde das PMO in ein Project Coordination Office umgewandelt und die Durchführungskompetenz auf die jeweils zuständigen Zweigstellen der in Bhaktapur vertretenen Sektorinstitutionen übertragen. Die Stadtverwaltung war wie die Distriktverwaltung in der gesamten Projektlaufzeit im BDB vertreten, ab 1981 übernahm die Stadtverwaltung auch die Verantwortung für verschiedene lokale Aufgaben.

9) BMZ: Umweltgerechte Stadtentwicklung. Bonn, 1993 (Materialien Entwicklungspolitik Nr. 86)

10) GTZ: Manual for Urban Environmental Management. Urban Environmental Management Projekt, Eschborn, o.J.(1993).

Stadtplanung in Algerien im Zuge wirtschaftlicher und politischer Veränderungen

Abderrahmane Siguerdidjane

Krise im Städte- und Wohnungsbau

Die Entwicklung des Städtensystems in Algerien war in den letzten drei Jahrzehnten geprägt durch starke Bevölkerungszunahme und ungebremste Landflucht. Die Landflucht folgte einer Verarmung der ländlichen Gebiete und nicht etwa, wie vermutet werden könnte, einer gesteigerten Produktivität durch verbesserte landwirtschaftliche Techniken.

Charakteristisch für diese Periode war Wachstum im Sinne von städtischer Expansion und das Fehlen eines Wachstums im Sinne von Entwicklung. Dies verursachte eine ganze Reihe von Problemen: Wohnungsnot (ein spezifisches Problem der großen Städte), Konkurrenz um knappes Bauland, wilde Besiedlung, unzulässige Bauweisen, usw.

Bereits mit dem "Plan de Constantine" vom Ende der Kolonialzeit (1959), der Maßnahmen zur Förderung der Industrie und des Wohnungsbaus vorsah, wurde ein stark fragmentierter Verstärkungsprozess an der urbanen Peripherie eingeleitet, hauptsächlich entlang der Verkehrsachsen zwischen Ballungsgebieten und Industriezonen. Städtische Räume breiteten sich seither amöbenartig aus. Die großen Städte, die mittleren, ja sogar die kleinen, platzten aus allen Nähten und entwickelten sich ohne kommunale Dienstleistungen und ohne Versorgungsnetze.

Zwar wurde nach 1962 mit ständiger Umgestaltung der nationalen Planungsinstitutionen Algeriens (1) und steter Neudefinition der Prioritäten nach besseren Ansätzen zur Lösung dieser Probleme gesucht; andererseits machte gerade dies eine institutionelle Instabilität und die unklare Zuweisung von Kompetenzen sichtbar.

Trotz des Korrektivs der "Agrarrevolution", trotz der "Politik des regionalen

Ausgleichs", trotz "sozialistischer Bauerndörfer" und trotz der Entwicklungsvorhaben im Hochland verringerte sich die Anziehungskraft der Städte nicht.

Die Bevorzugung der Stadt auf Kosten des Landes sowie die Bevorzugung der Industrie gegenüber der Landwirtschaft mit Schaffung von Arbeitsplätzen und höheren Löhnen im Industriesektor (2) ließen diese Situation bis zu einem Punkt eskalieren, an dem es kein Zurück mehr gibt.

Die unkontrollierte Verstärkung bewirkte:

- die Entstehung eines unzusammenhängenden Baubestands an der städtischen Peripherie mit sehr deutlicher Segregation nach Sozial- und Berufsgruppen.
- die Konkurrenz um Wasser und Boden. Die Umnutzung von Agrarflächen für Wohnungsbau und Industrie machte alle Ansätze zu rationelleren Anbaumethoden in der Landwirtschaft hinfällig und wirkte sich negativ auf deren Entwicklungspotential aus. Hierbei spielt der hohe Wasserbedarf sowohl der Landwirtschaft, als auch der Industrie und Wohnsiedlungen eine wichtige Rolle.
- die Verschmutzung des Grundwassers durch Industrie und Wohnungsbau, bedingt durch schlechte Standortwahl und fehlende Kanalisation.

1979 wurde dies vom Ministerium für Stadtplanung, Bauwesen und Wohnungsbau (MUCH) folgendermaßen beschrieben:

"Die Ausweisung von Bauland fand ohne Gesamtplanung und oft jenseits jeglicher öffentlicher Kontrolle statt. So hat sich eine Praxis unerlaubten Bauens außerhalb der legalen Kontrolle entwickelt,

Summary

During the last three decades, the regional development in Algeria was characterized by rural exodus and urban growth, leading to housing shortage, lack of building plots and an increase of illegal constructions in the outskirts of the cities. Already at the end of french colonial rule in 1962, the cities were bursting at the seams. In spite of many programmes for regional balance after this time, preference was still given to the urban areas at expense of the rural districts. In the time of heavy industrialization during the 60es and 70es, economic planning predominated, and urban planning was often confined to provide infrastructure for the continuously growing cities. That caused a chaotic urban development with serious social consequences and led to a crisis of urban management and planning.

Since the end of the 80es, as the centralized system changed towards decentralized government with democratic ambition, the aims of urban and regional planning were redefined and new regulations to strengthen the local authorities were enacted. But the new and more effective planning instruments, created since 1987, are often not or barely applied due to missing experience of planners and institutions. Local development is now clearly characterized by commercial exploitation of urban land. Local governments, accustomed to be dominated and patronized by the state and by district authorities, are often exposed to this new situation without any concept and act helpless at the mercy of potential investors.

Abderrahmane Siguerdidjane ist Dozent an der Ecole Polytechnique d'Architecture et d'Urbanisme (EPAU) in Algier.
Redaktionelle Bearbeitung und Übertragung aus dem Französischen: Klaus Teschner

bei der die verschiedenen Nutzungen um verfügbare Terrains konkurrieren, ohne daß eine globale Bedarfsermittlung existiert." (3)

Das Planungssystem verfügte über keine Instrumente räumlicher Planung auf den verschiedenen Maßstabsebenen. Zudem nahm die Wirtschaftsplanung einen privilegierten Platz ein, während die Stadtplanung innerhalb des Planungssystems relativ marginalisiert war und sich fast ausschließlich auf Infrastrukturausbau beschränkte. Als Folge davon orientierten sich die Planungsstrukturen und Entscheidungsprozesse an den sektoriellen Interessen der einzelnen Ministerien, die jeweils eine eigene landesweite Organisation besaßen.

Der "plan d'urbanisme directeur" (PUD), als Masterplan und Hauptwerkzeug der Stadtplanung, wurde ganz eindeutig nicht als Handlungsanweisung verstanden; der Plan war ein Mittel zur Erlangung von Budgetzuweisungen für Investitionen in städtische Infrastruktur und Wohnungsbau.

Der "plan de modernisation urbaine" (PMU), der den PUD unterstützen sollte, hatte ebenfalls keine größere Bedeutung als zusätzliches Finanzmittel zu erschließen, die oft beliebig zu Verschönerungsmaßnahmen in den Städten verwandt wurden. Die Stadtverwaltungen waren mit dieser Situation überlastet, da das urbane Chaos die Schwächen der Planung zu offensichtlich werden ließ.

Krise der Stadtverwaltung

Als erste Folge des starken städtischen Wachstums stellte sich das Problem der Integration der Migranten und damit die Frage nach Urbanität und nach Anpassung an die städtische Umwelt.

"In dieser Nichtanpassung erlebt der neue Stadtbewohner, Industriearbeiter, Lohnempfänger eine Tragödie, eine Lebenskrise, die mit dem Verlust der ländlichen und dem fehlenden Zugang zur städtischen Identität verbunden ist. Da er nicht nach urbanem Maßstab handeln kann, klammert sich der neue Städter an das ihm vertraute ländlich-bäuerliche Modell mit seinen jahrhundertealten Regeln" (4)

Zusammen mit Unterbeschäftigung, Wohnungskrise, dem Fehlen von adäquaten Entwässerungs-, Versorgungs-, Transport- und Straßennetzen und dem Mangel in allen Bereichen führte dies zu einer "sozialen Katastrophe". Zu ihr ge-

hörten Verwahrlosung, Mangel an Hygiene, Vandalismus, Ausuferung von "bidonvilles", die Entstehung von Parallelmärkten sowie einer informellen Industrie. Tatsächlich war dies die Krise der Gesellschaft.

Als Reaktion darauf wurde eine Kampagne ins Leben gerufen, die alle Kräfte der Nation im Kampf gegen die "soziale Katastrophe" mobilisierte. Die Städte, als hauptsächlich Betroffene, wurden zum Hauptschauplatz dieser Sanierungskampagne, die jedoch nur an den Symptomen rührte und nie die Ursachen anging, was nicht zuletzt mit dem Nachhinken der Planung gegenüber der Realität vor Ort zu tun hatte.

"Dieses Nachhinken ist Ausdruck einer staatlichen Ignoranz gegenüber lokalen Bedürfnissen. Ebenso zeigt sich hier das Fehlen eindeutiger Verordnungen, die imstande wären, eine vorhandene Bedarfsvielfalt zu berücksichtigen, die unzureichende Präsenz der Stadtverwaltung vor Ort sowie die Überschneidung verschiedener Kompetenzen." (5)

Neue Rahmenbedingungen in Politik und Wirtschaft

Der Übergang von einem zentralistischen, autoritären System zu einem dezentralistischen System mit demokratischem Anspruch via Liberalisierung des Marktes, Einführung des Gesetzes von Angebot und Nachfrage und insbesondere Freigabe des Boden- und Immobilienmarktes, fordert von der Stadtplanung, daß sie ihre Regeln und Zielsetzungen neu definiert. Diese Umstellung ist natürlich nicht leicht und erfordert einen Lernprozess, sowohl bei der Ausarbeitung städtebaulicher Pläne als auch vor allem auf Ebene der Stadtverwaltung.

"Liberalisierung der Wirtschaft und freies Unternehmertum werden eine neue Realität in den Bereichen von Stadtverwaltung, Kommunal- und Sozialpolitik mit sich bringen:

- Die Verpflichtung zu den Prinzipien Partizipation und Konsultation der Betroffenen.
- Die Verpflichtung zur Information über Vorhaben und zur kommunalen Eigenverantwortlichkeit für die Stadtentwicklung." (6)

Die im Zuge der Dezentralisierung vorgesehene Übertragung der Verantwortung auf Bürger und lokale Autoritäten,

d.h. deren Entscheidungsrecht über städtische Projekte sowie deren Verfügung über kommunale Budgets, sollte eine realistischere Festlegung von Stadtentwicklungsplänen bewirken, eine Überprüfung der Zielsetzungen erlauben sowie eine direkte und konkrete Partizipation auf allen Ebenen ermöglichen, vor allem mittels privater Investitionen und über die Bildung von Interessengruppen: Bewohnervereinigungen, Kooperativen und Wohnungsbaugesellschaften.

Besonders nach Umbenennung des Innenministeriums zum Innen- und Umweltministerium Ende der 80er Jahre wurde verstärkt Gewicht gelegt auf eine Übertragung der Verwaltungs- und Planungshoheit an die lokalen Autoritäten sowie auf die Inangriffnahme von städtischen und Umweltproblemen.

Infragestellung der Planungspraxis

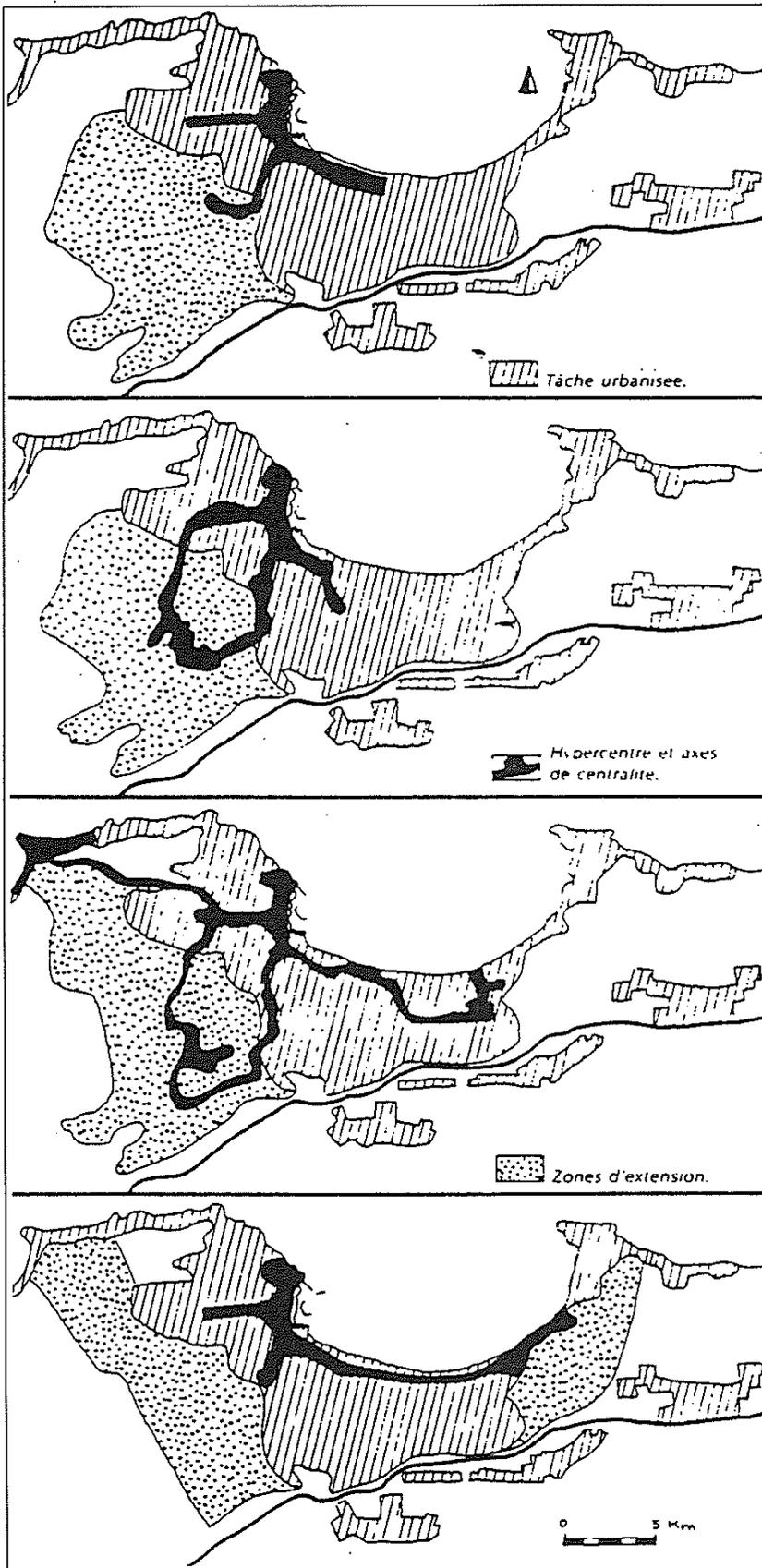
Die wesentlichen Kritikpunkte an den bis dahin gültigen städtebaulichen Planungsinstrumenten seien hier noch einmal zusammengefasst:

- a) Das Fehlen von klaren Zielbestimmungen für den Städtebau;
- b) Die Beschränktheit der Ziele: der soziale Aspekt wurde völlig außer Acht gelassen, die Stadtplanung auf bloße physische Gesichtspunkte reduziert, die menschliche Komponente nur quantitativ berücksichtigt. Folglich wurden die Wachstumsprobleme unserer Städte oft nur als Probleme räumlicher Expansion verstanden, sowie als Probleme fehlender sozialer und technischer Infrastruktur.

Erst 1989 erscheint ein interministerieller Erlaß, der diese Kritikpunkte an der Stadtentwicklungsplanung sowie an den Prozeduren und Methoden zur Erarbeitung der Pläne aufnimmt und dabei folgende Zielsetzungen definiert:

- Orientierung der Maßnahmen an den wirklichen Bedürfnissen der Bürger.
- Priorität für Maßnahmen zur Verbesserung der bestehenden Bausubstanz
- Beschränkung auf Maßnahmen, deren Durchführbarkeit gewährleistet ist. (7)

Im Vordergrund stand das Ziel einer Verbesserung der Bausubstanz und der Stadtgestalt. Dazu wurde die Kontrolle des Stadtwachstums und Bodenmarktes für unerlässlich erklärt. Zudem wurde auch die Rolle der Stadtplaner bei der Ausarbeitung der Pläne thematisiert.



4 Varianten für die Stadterweiterung und die Entwicklung der kommerziellen Zentren Algiers, Planung des Nationalen Städtebauforschungszentrums CNERU, 1983. Die unterste Variante, nach Protest des Agrarministeriums entwickelt, begrenzt das Wachstum nach Westen zugunsten einer Entwicklung im Osten der Stadt (gepunktet), wo bereits irregulär gesiedelt wurde.

Neue Instrumente der Stadtplanung

Die Krisen des Städtebaus, des Wohnungswesens und der Stadtverwaltung sind seitdem nicht überwunden, nur die Erscheinungsformen haben sich geändert. Ökonomische Gesichtspunkte haben an Gewicht gewonnen und bestimmen mehr und mehr die Zielsetzungen in der Stadtplanung. Zwar wurden neue Planungsinstrumente geschaffen, aber es scheint, als könnten die Einstellungen der Stadtplaner und deren methodische Ansätze mit dem Tempo der Änderungen in Gesetzgebung und Baupraxis nicht mithalten.

Die Änderungen der Gesetzgebung betrafen nacheinander:

1987: die Raumordnung mit dem Gesetz vom 27.01.1987, das zwei Instrumente einführte: SNAT (Nationaler Rahmenplan zur Raumordnung) und SRAT (Regionaler Rahmenplan zur Raumordnung). Außerdem wurden weitere Instrumente mit speziellem Charakter festgelegt, die z. B. den Erhalt und die Nutzung der geschützten Küstenstreifen betrafen oder den Schutz und die Aufwertung der Agrarflächen, etc...

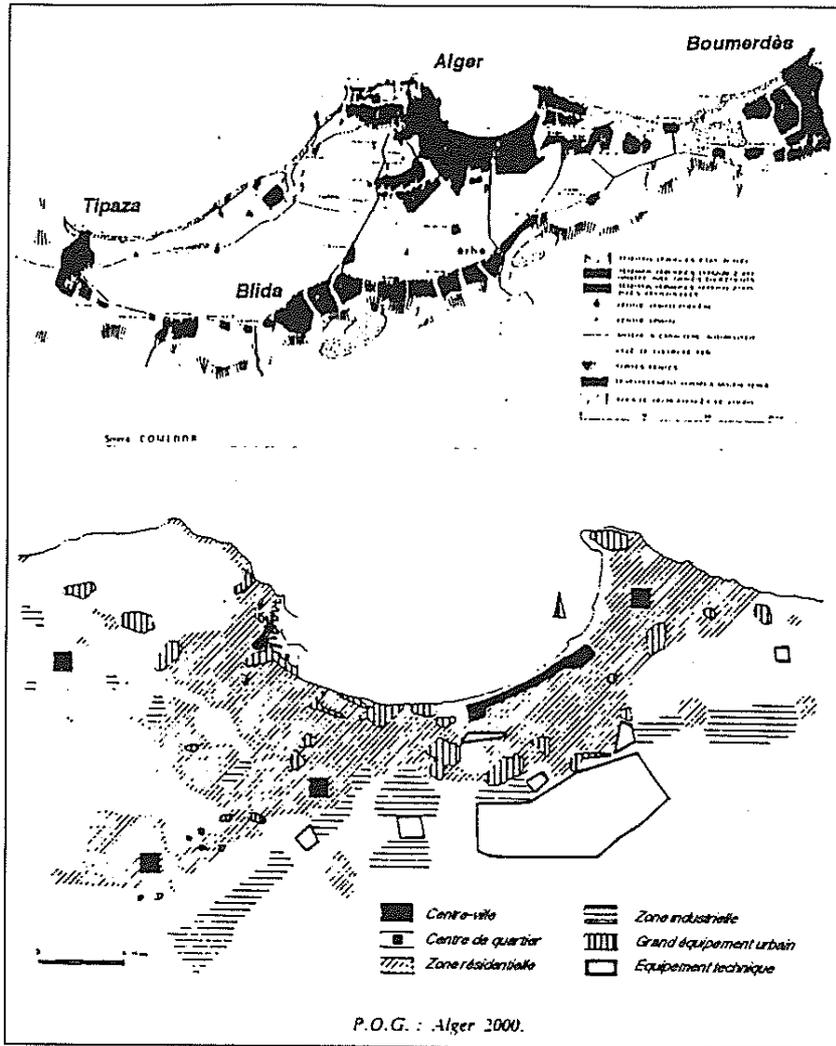
1988: den Planungsbereich mit dem Gesetz vom 12.01.1988, das u.a. drei Planungshorizonte bestimmte: die langfristige strategische Zielsetzung, die mittelfristige Planung und die Planung auf Jahresebene.

1990: das Gesetz zur Bodennutzung, das Gesetz über Staatsgüter und das Gesetz zu Infrastruktur- und Stadtplanung. Das letztgenannte Gesetz formuliert generelle Regeln für Infrastrukturplanung und Städtebau, die bei Nichtvorliegen eines Infrastruktur- und Stadtentwicklungsplans gelten, und legt neue städtebauliche Instrumente fest:

- den Masterplan zu Infrastruktur- und Stadtentwicklung (PDAU)
- den Flächennutzungsplan (POS)

Dazu kommen besondere Verfügungen, die in bestimmten Gebieten Anwendung finden, wie z. B. der Küstenzone, den Agrarflächen oder in den als schützenswerter Naturraum und als Kulturdenkmal klassifizierten Bereichen.

Die Bedeutung der oben genannten Gesetze liegt darin, daß sie einen kategorischen Bruch mit der Vergangenheit markieren, wo das Fehlen festgelegter Planungsinstrumente Platz für zufällige städtebauliche Maßnahmen ließ, die Pläne damit eher Alibifunktion hatten



Stadtentwicklungsplanung bis zum Jahr 2000 für Region (oben) und Stadt Algier (unten): Entlastung von Algier durch einen neuen urbanen Gürtel am Rande der Mitidja-Ebene (COMEDOR, 1973); neue Wachstumspole: Tipaza im Westen und Boumerdès im Osten, die den Status großer Kreisstädte erhalten; Schaffung eines neuen Stadtzentrums an der Ostseite der Bucht.

und nicht als Handlungsanweisung dienen. Während die Anwendung der neuen Gesetze mangels Erfahrung noch auf Schwierigkeiten stößt, hat sich der Markt in der Praxis der Grundstück- und Immobilientransfers bereits durchgesetzt.

Bodenmarkt als Entwicklungsmotor - die Fallstudie Boumerdès

Die neue, marktorientierte Praxis wurde im Rahmen unseres Städtebauateliers (8) am Beispiel der Stadt Boumerdès untersucht. Boumerdès, Hauptort des gleichnamigen Wilaya (Landkreises), liegt ca. 30 km östlich von Algier. Im Zuge der wirtschaftlichen und politischen Veränderungen der letzten Jahre tauchten hier neue Akteure auf, die in zunehmendem Maße die staatlichen Strukturen ersetzen: Immobilienmakler, Grundstücksagenturen, etc. Es ist offensichtlich, daß diese Akteure die Struktur des

städtischen Raumes grundlegend verändern.

Obwohl der ehemalige Stadtkern von Boumerdès keine besondere Charakteristika aufweist, gewann er durch seine zentrale Lage auf dem Grundstücks- und Immobilienmarkt schnell an Wert und zog Investitionen im Bereich von Handel und Verwaltung an. Außerdem verschaffte die Frequentierung durch die Bevölkerung diesem Ort nach und nach den Charakter einer Stadtmitte.

Inmitten eines als "Schlafstadt" klassifizierten Ortes ohne Struktur ist also ein Zentrum auf dem besten Wege, Gestalt anzunehmen und es beginnt sich eine differenzierte städtische Gliederung abzuzeichnen. Um diese Entwicklungstendenzen kümmern sich im Moment jedoch weder die Stadtplaner noch die mit Haushaltsproblemen beschäftigte Stadtverwaltung.

Belastung der kommunalen Budgets

Die Gemeinden sind in Fragen der städtischen Verwaltung oft hilflos, da sie an eine Bevormundung durch die Wilayas (Landkreise) und durch die Ministerien gewöhnt sind. Die jüngsten Änderungen in Wirtschaft und Gesetzgebung stellten sie vor neue Aufgaben: die Umsetzung von Planungen mit eigenen Finanzmitteln. Daher möchten alle Kommunen kommerzielle Zentren einrichten, um Investoren anzuziehen und über Steuern Haushaltseinkünfte zu erhalten.

Im Falle von Boumerdès besteht das kommunale Budget im Moment zu 30 % aus kommunalen Steuereinnahmen und wird auf verschiedene Investitionsvorhaben der Gemeinde verteilt. 70 % werden im Rahmen des Gemeindeentwicklungsplanes (plan communal de développement) vom Staat zugeschossen.

Diese Zuwendungen haben in jüngster Zeit jedoch stark abgenommen, während die Kommune zusätzlich die Kosten der städtischen Dienstleistungsunternehmen im technischen Infrastrukturbereich übernehmen und dem zunehmenden Bedarf der Bevölkerung nach sozialen Einrichtungen und Sozialwohnungen aus eigenen Mitteln gerecht werden muß. Finanzkrisen und die Orientierung auf potente Investoren bestimmen deshalb heute die kommunale Politik fast aller algerischen Gemeinden.

Anmerkungen:

- (1) Das nationale Ministerium für den Bereich Bauwesen bekam nacheinander u.a. folgende Bezeichnungen: Ministère des Travaux Publics et de la Construction (MTCP), Ministère de l'Habitat et de la Construction (MHC), Ministère de l'Urbanisme, de la Construction et de l'Habitat (MUCH), Ministère de la Planification et de l'Aménagement du Territoire (MPAT), etc.
- (2) A. Benachenhou "L'exode rural en Algérie."
- (3) MUCH 1979 "Pour une politique opérationnelle de l'urbanisme, de la construction et de l'habitat."
- (4) M. Boutefnouchet 1979 "Questions urbaines en Algérie."
- (5) A. Siguerdidjane "Problèmes posés par le passage d'un système centralisé et autoritaire à un système décentralisé démocratique.", Internationaler Kongress, FIHUAT BERLIN 14 - 18 Okt. 1991
- (6) A. Siguerdidjane s.o.
- (7) Interministerielle Verordnung No. 4 vom 21. Juni 1989, Ministerium für Inneres und Umwelt / Ministerium für Städtebau und Bauwesen, Algier
- (8) Städtebauatelier des Aufbaustudiengangs "Urbanisme" an der Ecole Polytechnique d'Architecture et d'Urbanisme (EPAU) in Algier.

TRIALOG 1 – 40

Register der Aufsätze in TRIALOG von 1983–93

- 1 **Wohnungsbau für die Armen** (1/1983)*
- 2 **Regionalplanung** (1/1984)*
- 3 **Ausbildung & Berufsbild** (2/1984)*
- 4 **Die Häuser der Revolution** (3/1984)*
- 5 **Ausgrenzungen – Arbeitstitel Gettos** (1/1985)*
- 6 **Socialist Housing?** (2/1985)
- 7 **Raumordnungen** (3/1985)*
- 8 **Behutsame Erneuerung historischer Stadtzentren** (4/85-1/1986)*
- 9 **Mittelstädte** (2/1986)
- 10 **Internationales Jahr der Hilfe für Menschen in Wohnungsnot 1987** (3-4/1986)
- 11 **Frauen** (1/1987)
- 12 **Angepaßte Technologien** (2/1987)
- 13/14 **Slum- and Squatter Upgrading** (3/1987)
- 15 **Partizipation und Habitat** (4/1987)
- 16 **Kooperativen** (1/1988)
- 17 **Umwelt – Dritte Welt** (2/1988)
- 18 **Self-help Housing** (3/1988)
- 19 **Traditionelle Architektur** (4/1988)
- 20 **Housing and Planning Research** (1/1989)
- 21 **Planning as a Dialogue** (2/1989)
- 22 **NGOs & CBOs** (3/1989)
- 23/24 **Public-Private Initiatives** (4/89-1/1990)
- 25 **Technologie hin – Technologie her** (2/1990)
- 26 **Siedlungskonzepte** (3/1990)
- 27 **Städtische Infrastruktur** (4/1990)
- 28 **Urban Ecology** (1/1991)
- 29 **Raumwandlungen** (2/1991)
- 30 **Nigeria Environment – Housing** (3/1991)
- 31 **México Stadt** (4/1991)
- 32 **Urban Indonesia: New Developments** (1/1992)
- 33 **Phänomen Cuba** (2/1992)*
- 34 **Plan and Reality** (3/1992)
- 35 **Denkmalpflege in Südostasien** (4/1992)
- 36 **Informal Settlers in the First World** (1/1993)
- 37 **Großsiedlungen** (2/1993)
- 38 **District Planning in Action** (3/1993)
- 39 **Planungsmethoden / Planning Methods** (4/1993)
- 40 **Orientalisch-islamische Altstädte** (1/1994)

Stichwortregister S. 2–8

Länderregister S. 9–12

Einzelne TRIALOG-Hefte können nachbestellt werden beim

Magazin-Verlag,
Schwefelstraße 6,
D–24188 Kiel, Germany
Tel. 0431-56 58 99, FAX 57 70 56

bis Heft 22 zu DM 9,- (+ Versand)
ab Heft 23/24 zu DM 12,- (+Versand)
* leider vergriffen

Stichworte / keywords

Angepaßte Technologie / *appropriate technology*
Architektur / *architecture*
(Architektur-) Ausbildung / *education*
Boden / *land*
Denkmalschutz / *conservation*
Denkmalschutz und Stadterneuerung / *conservation and urban renewal*
Dezentralisierung / *decentralization*
Flüchtlingsunterkünfte / *refugee camps*
Forschung / *research*
Frauen / *women*
Infrastrukturversorgung / *infrastructure*
informeller Sektor / *informal sector*
informelle Siedler / *informal settlers*
Landentwicklung / *land development*
Ländliche Entwicklung / *rural development*
Landwirtschaft / *agriculture*
Management / *management*
Mittelstädte / *intermediate cities*
Partizipation / *participation*
Planungsberatung / *consulting*
Planungsinformation / *planning information*
Planungsmethoden / *planning methods*
Planungssystem / *institutional set-up*
Regionalplanung / *regional planning*
Selbsthilfe / *self-help*
Selbsthilfe im Wohnungsbau / *self-help housing*
Selbsthilfeorganisationen / *self-help organizations*
Sites-and-Services / *sites-and-services*
sozialräumliche Strukturen / *settlement structures*
Städtebauexperimente / *new towns*
Stadtentwicklung und Prozesse / *urban development and process*
Stadtentwicklungsplanung / *urban development planning*
Stadterneuerung / *urban renewal*
Stadterneuerung und Denkmalschutz / *urban renewal and conservation*
städtische soziale Bewegung / *urban social movement*
Stadtplanung / *town planning*
Tourismus / *tourism*
traditionelle Bauformen / *traditional building*
Umwelt / Ökologie / *ecology*
upgrading (Sanierung) / *upgrading*
Verstädterung / *urbanization*
Wohnungsbau / *housing*
Wohnungsbau in Selbsthilfe / *self-help housing*
Wohnungspolitik / *housing policy*
Wohnungsversorgung / *housing*
Zusammenarbeit / Entwicklungspolitik / *co-operation / co-operation policy*

TRIALOG 1 – 40

Register der Aufsätze in TRIALOG von 1983–93

nach Stichworten

Angepaßte Technologie / *appropriate technology*

Biswas, Ramesh Kumar, Hurdles in the Dissemination of Technologies, 25 (2/1990), 16-17
Friedman, Yona; Schaur, Eda, Aid for Development through Knowledge, 34(3/1992), 35-41
Furedy, Christine, Appropriate Technology for Urban Wastes in Asia, 28 (1/1991), 34-37
Glaeser, Bernhard, Angepaßte Technologie für den ländlichen Hausbau: Ein Ansatz für nachhaltige Entwicklung in Südindien, 23/24 (4/89-1/1990), 44-47
Herz, Raimund, Stadttechnik und Mittelstadtentwicklung im Sahel, 9 (2/1986), 10-14
Kaltwasser, Bernd J., Kostensparende Abfallentsorgung in Entwicklungsländern, 27 (4/1990), 22-29
Knipschild, Werner, Trinkwasserversorgung, Entsorgung und Sanitärwesen in der Dritten Welt, 27 (4/1990), 4-9
Lapidus, Luis, On the Conditions of Self-Help Housing in Cuba: Participation, Self-Help Housing and the Choice of Technology, 6 (2/1985), 41
Lengen, Johan van, Reaching the Urban Dweller. About Communication and Technology, 25 (2/1990), 21-25
Mathéy, Kosta, Angepaßte Technologien und das Bauen in Entwicklungsländern, 25 (2/1990), 4-8
Mathéy, Kosta, Angepaßte Baumaterialien im Wohnungsbau für untere Einkommensgruppen in Entwicklungsländern, 12 (2/1987), 4-17
Mukerji, Kiran, Regenwasser-Sammeltanks in Indien, 12 (2/1987), 24-27
Peterek, Michael, Batie Nord – eine Gesundheitsstation aus stabilisiertem Lehm in Burkina Faso, 12 (2/1987), 28-31
Revi, Aromar, The Role of AT and Local Enterprise for Shelter in Rural India, 25 (2/1990), 11-16
Roaf, Susan, Stereotypes of Middle Eastern Traditional Building Types and Technologies, 25 (2/1990), 26-33
Rohwedder, Jens, Technik von unten. Versuch einer Typisierung und Bewertung unterschiedlicher Formen der Bauproduktion in Tanzania, 12 (2/1987), 32-33
Staemmler, Gerlind, Ein Bauprojekt in Nicaragua – Seitanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit, 7 (3/1985), 27-29
Tapia, Octavio, Technologietransfer und Umgang mit Technologie, 25 (2/1990), 18-20
Willkomm, Wolfgang; Wemhöner, Antje, Angepaßte Technologien und Zusammenarbeit – einige Beispiele, 12 (2/1987), 18-20

Architektur / *architecture*

Cárdenas, Eliana, Innovation in Architektur und Städtebau, 33 (2/1992), 5-6
Koppelkamm, Stephan, Orientalisierende Architektur im Europa des 18. und 19. Jahrhunderts, 29 (2/1991), 40-43
Martín, Maria Elena; Rogríguez, Eduardo Luis, Architektur der Stadt Havanna im 20. Jahrhundert, 33 (2/1992), 9-13
Peterek, Michael, Auf der Suche nach der eigenen Identität – moderne mexikanische Architektur, 31 (4/1991), 46-50
Rodríguez, Eduardo Luis, Die 'junge cubanische Architektur', 33 (2/1992), 7-8
Steinberg, Florian, Der Export europäischer Architektur: Koloniale und hybride Architekturen, 29 (2/1991), 37-39

(Architektur-) Ausbildung / *education*

Ast, Guido A., Entwicklungsorientierte Architekturausbildung in Nairobi, Kenya, 3 (2/1984), 20-23
Breshna, Abdullah, EAAE-Forum 1983: Architekturausbildung – Europa & Dritte Welt, 3 (3/1984), 18-19
Ciecior, Bernd D., Zur Geschichte der Leitbilder in Ausbildung und Praxis, 3 (2/1984), 25-27
Götz, Lothar, Vorbereitung von Architekten für Tätigkeiten in Entwicklungsländern: Ausbildungsmodelle, 3 (2/1984), 12-13
Habraken, John N., "The General from the Local", 3 (2/1984), 14-17
Schmetzer, Hartmut, Aufbau einer Architekturschule in Zambia, 3 (2/1984), 24-25
Steinberg, Florian, Mit angepaßter Ausbildung gegen die Wohnungsnot: Ein Plädoyer für die partizipatorische Stadtentwicklung, 10 (3-4/1986), 27-29

Boden / *land*

Chtouris, S.; Heidenreich, E.; Ipsen, D., Gesellschaftliche Regulation und lokale Politik. Untersuchungen zur peripheren Verstärkung am Beispiel Athens, 36 (1/1993), 27-35
Legoretta, Jorge, Der illegale Bodenmarkt und seine Akteure (Mexiko-Stadt), 31 (4/1991), 14-16
Scaramella, Matteo, Ten Years after the Revolution: Urban Housing in Ethiopia, 6 (2/1985), 32-34
Sheriff, Farida, Housing Policies and Strategies in Tanzania, 6 (2/1985), 8-14
Steinberg, Florian, Land in Jakarta: Always a hot issue, 32 (1/1992), 15-21
Vargas Arriaza, Luis, Unser Kampf ist größer als das Haus: Die Campamento-Bewohner in Chile 1970-73, 4 (3/1984), 8-11
Ward, Peter M., Eine Neubewertung konventioneller Hypothesen, 1 (1/1983), 4-8

Denkmalschutz / *conservation*

Cahyadi, Alexandra Titin, Braga Street in Bandung, Indonesia, 35 (4/1992), 39-42
Dirsch, Rosa Maria; Konrad, Joseph, Privatisierung versus Denkmalschutz – ein lösbarer Konflikt?, 33 (2/1992), 39-42
Gangler, Anette, Instandsetzung eines Aleppinischen Altstadthauses, 40 (1/1994), 23-27
Gerner, Manfred, Zusammenarbeit und wissenschaftlicher Austausch mit Denkmalpflegeorganisationen in der Dritten Welt, 35 (4/1992), 35-38
Gonzalez Pozo, Alberto, Das Wohnungs-Wiederaufbauprogramm in Mexiko-Stadt, 31 (4/1991), 17-19

- Gupta, Shekhar, A Dream sour. Entwicklungshilfeprojekt für Bhaktapur, Nepal, 8 (4/85-1/1986), 40
- Hampikian, Nairi, Restauration Activities of the German Institute of Archaeology in the Heart of Fatimid Cairo, 40 (1/1994), 32-36
- Lim, William S.W., Two Adaptive Re-use Markets in Kuala Lumpur and Singapur, 35 (4/1992), 21-23
- Lingenau, Werner; Schneider, Wolfram, Qameriyas im ganzen Land – zur Bedeutung traditioneller Architektur in der A.R. Jemen, 19 (4/1988), 13-22
- Tyman, Bernd, Zur Situation der Denkmalpflege in Südostasien, 35 (4/1992), 4-6
- Tyman, Bernd, Vom Umgang mit historischen Bürgerhäusern in Thailand, 35 (4/1992), 11-13
- Tyman, Bernd; König, Alexander, Georgetown / Penang, 35 (4/1992), 18-20
- Denkmalschutz und Stadterneuerung / conservation and urban renewal**
- Bianca, Stefano, The Historic Cities Support Programme of the Aga Khan Trust for Culture, 40 (1/1994), 14-18
- Escher, Anton, Die "Medina von Fès" auf dem Weg in das 20. Jahrhundert?, 40 (1/1994), 46-51
- Gill, Ronald, Conservation of the Urban Centre of Bogor, Indonesia, 35 (4/1992), 24-28
- Kammeier, Detlef, Notes on Urban Conservation in Southeast Asia, 8 (4/85-1/1986), 34-37
- Lingenau, Werner, Der Markt in der Altstadt von Sana'a, 40 (1/1994), 37-41
- Lingenau, Werner, Sana'a, AR Jemen – Plädoyer für eine alte Stadt, 8 (4/85-1/1986), 6-13
- Malisius, Ulrich, Die Altstadt von Zanzibar – ein schwieriges Erbe, 8 (4/85-1/1986), 24-26
- Schneider, Wolfram, Europa und der Orient – Denkmalschutz im Vergleich, 40 (1/1994), 8-9
- Tansukanun, Pranom, The Case of Chiang Mai, Thailand, 35 (4/1992), 7-10
- Wegmann, Werner, Erhaltende Stadterneuerung in Salalah, Oman, 8 (4/85-1/1986), 14-17
- Dezentralisierung / decentralization**
- Beier, Christoph, Institutional aspects of district development, 38 (3/1993), 29-31
- Bhoosnurmath, Kashinath, The management dimension of planning. A case study from Uttar Pradesh, India, 38 (3/1993), 53-55
- Craemer, Martina; Schwoerer, Ingrid, Ansätze zur integrierten Mittelstadtförderung in der Dominikanischen Republik – ein Projektvorschlag, 9 (2/1986), 28-30
- Diaw, Kofi, The state is dead ... But can the market be trusted?, 38 (3/1993), 25-28
- Jenssen, Bernd, Remarks on the nature of district development, 38 (3/1993), 4-6
- Kleine-Limberg, Wolfgang, Regional Planning from below. Ideas and attempts in Lower Saxony, 38 (3/1993), 37-40
- Meshack, Manoris V., Facing the Facts: A Case Study from Tanzania, 21 (2/1989), 9-15
- Routray, Jayant K., Methods and approaches of decentralized district planning, 38 (3/1993), 7-9
- Tamakloe, E.K.A., Implementation of district development planning policies in Ghana, 38 (3/1993), 10-14
- Tamakloe, Emmanuel K.A., The Prospects and Problems of Promoting Regional Development Planning as a Dialogue in Ghana, 21 (2/1989), 15-22
- Tetteh, P. Austin, Decentralizing Development Planning, 39 (4/1993), 4-8
- Flüchtlingsunterkünfte / refugee camps**
- Hamdi, Nabeel; Goethert, Reinhard, Rapid Site Planning and Refugee Camps: Deciding on Methodology, 23/24 (4/89-1/1990), 13-18
- Laser, Clemens, Weltproblem Flüchtlinge. Ausgrenzung oder Integration, 5 (1/1985), 12-17
- Forschung / research**
- Budnick, Gisind, Stand und Perspektiven der Habitat-Forschung. Ein TRIALOG-Positionspapier, 10 (3-4/1986), 30-31
- Curutchet, Mirina et al, Gender-aware Research on Housing in Third World Countries, 11 (1/1987), 7
- Lindert, Jan, Polemik gegen den latent parasitären Charakter von Entwicklungsländerforschung, 4 (3/1984), 34
- Mathéy, Kosta, Anmerkungen zum Thema der Forschung im Habitat-Bereich für Entwicklungsländer, 20 (1/1989), 4-6
- Nippa, Annegret, Der geordnete Raum. Bedingungen interdisziplinären Arbeitens zwischen Ethnologen und Architekten oder Stadtplanern, 7 (3/1985), 4-5
- Frauen / women**
- Aslan, Ersin, Türkei – Frauen und Wohnraum zwischen Dorf und Stadt, 11 (1/1987), 30-32
- Curutchet, Mirina et al, Gender-aware Research on Housing in Third World Countries, 11 (1/1987), 7
- Dorothee Obermaier, Warum Frauenprojekte? wir machen doch auch keine Männerprojekte!, 11 (1/1987), 26-29
- Gunkel-Henning, Doris, Cuba – Bäuerinnen berichten, 11 (1/1987), 36-37
- Herms, Eva-Maria, Pakistan – Räumliche Segregation der Frauen, 11 (1/1987), 32-34
- Krasberg, Ulrike, Griechenland – Nachbarinnen im Dorf, 11 (1/1987), 34-36
- Moser, Caroline O.N., Wohnungspolitik und Frauen – für einen geschlechtsbewußten Ansatz, 11 (1/1987), 8-15
- Nimpuno-Parente, Paula, Geschlechtsspezifische Probleme der Projektplanung und -durchführung, 11 (1/1987), 22-25
- Vance, Irene, Konflikte bei der Frauenbeteiligung im Selbsthilfe-Wohnungsbau, 11 (1/1987), 16-21
- Working Group "Gender and Housing", Six Gender-Blind Assumptions of Housing Policies, 11 (1/1987), 4-6
- Yunxian, Wang, Integrating women's concerns in district planning, 38 (3/1993), 41-43
- Infrastrukturversorgung / infrastructure**
- Akbar, Omar, Erfahrungen bei der Planung und Durchführung von Infrastrukturmaßnahmen im Stadtteilanierungsprojekt Nasiya, Ägypten, 27 (4/1990), 36-41
- Dickhaut, Wolfgang, Entscheidungsgrundlagen zur Planung Technischer Infrastruktur unter Beteiligung der betroffenen Bevölkerung, 23/24 (4/89-1/1990), 63
- Herz, Raimund, Stadttechnik und Mittelstadtentwicklung im Sahel, 9 (2/1986), 10-14
- HIC, Kollektive Selbsthilfe bei Entwässerungsprojekten in Karachi, Pakistan, 15 (4/1987), 11-13
- Iskandar, Dono, Privatization of Local Public Services in Indonesia, 32 (1/1992), 41-44
- Kripschild, Werner, Trinkwasserversorgung, Entsorgung und Sanitärwesen in der Dritten Welt, 27 (4/1990), 4-9
- Kreibich, Volker, Limited budgets, growing demand. How to provide social infrastructure, 38 (3/1993), 20-24
- Müller, Bernhard, Steuerung der Stadtentwicklung und Verbesserung der städtischen Infrastruktur im Jemen, 27 (4/1990), 16-21
- Ruiz, Maria Remedios, Delivering Services for the Urban Poor: Governments versus Non-Government Organizations (NGOs), 22 (3/1989), 23-27
- Steinberg, Florian, The Integrated Urban Infrastructure Development Programme (UIDP) in Indonesia, 32 (1/1992), 45-51
- Stráb, Hermann, Stadtentwicklung und Infrastruktur in Afrika, 27 (4/1990), 10-15
- Stráb, Hermann, Verstädterungsprobleme in Afrika. Stadtplanung als Krisenmanagement, 10 (3-4/1986), 22-26
- Sugranyes, Ana, Local Government and Popular Movements: Towards Access to Clean Water, 23/24 (4/89-1/1990), 48-51
- Wehenpohl, Günther, Abfallbeseitigung in Marginalsiedlungen von Entwicklungsländern, 27 (4/1990), 30-35
- informeller Sektor / informal sector**
- Burrus, William; Rosenberg, Elizabeth, The Informal Sector: An Opportunity for Economic Growth in Latin America, 23/24 (4/89-1/1990), 52-53
- DSE-Seminar Positionspapier, Wohnungsbau und Beschäftigung in der Städtischen Entwicklung, 1 (1/1983), 14-16
- Özüekren, A. Sule, Employment Practices in Housing Construction in Turkey, 20 (1/1989), 30-35
- Ribbeck, Eckhart; Teschner, Klaus, Straßenhandel in Mexiko-Stadt, 31 (4/1991), 33-37
- informelle Siedler / informal settlers**
- Busquets, Joan, Marginal Urbanization in Barcelona. The Case of Sant Josep, 36 (1/1993), 40-47
- Chtouris, S.; Heidenreich, E.; Ipsen, D., Gesellschaftliche Regulation und lokale Politik. Untersuchungen zur peripheren Verstädterung am Beispiel Athens, 36 (1/1993), 27-35
- Krella, Bernhard, Die Borgata Torre Angela in Rom, 36 (1/1993), 36-39
- Mathéy, Kosta, Über das Siedeln in der informellen Gesellschaft, oder: wie könnte es in einer vermischten Ersten-Zweiten-Dritten Welt weitergehen?, 36 (1/1993), 65-67
- Roy, D. Francis, Hooverville. A Community of Homeless Men, 36 (1/1993), 53-55
- Steinberg, Florian, Informal Housing in the "First" World Transferring Third World Experiences?, 36 (1/1993), 5-13
- Steinberg, Florian, Bombays illegale Siedler: Der Kampf um das Recht auf Wohnung, 15 (4/1987), 4-8
- Steinberg, Florian, The Hutments of Berlin. Informal Housing in Periods of Crisis, 36 (1/1993), 20-26
- Steinberg, Florian (Redaktion), The Homeless and Squatters in the United States: A Collage of Different Accounts, 36 (1/1993), 48-52

- Thys, Pascale (Redaktion), Habitants "Baraques". Une expérience d'autogestion dans un quartier de Louvain-la-Neuve: La Baraque, 36 (1/1993), 56-64
- Vargas Arriaza, Luis, Unser Kampf ist größer als das Haus: Die Campamento-Bewohner in Chile 1970-73, 4 (3/1984), 8-11
- Landentwicklung / land development**
- Archer, Ray, Guided Land Development (GLD) in Indonesia, 32 (1/1992), 22-25
- Poerbo, Hasan, Government and Land owners Cooperation in Guided Land Development in Indonesia, 32 (1/1992), 26-29
- Santoso, Jo, The Bumi Serpong Damai Town – a large Public-Private Partnership in Urban Land Development and Management, 32 (1/1992), 35-40
- Ländliche Entwicklung / rural development**
- Agukoronye, Okechukwu C., Physical Planning and the Rural Communities: The Eastern Nigeria Example, 30 (3/1991), 18-20
- Barkin, David, Self-Reliant Rural Development, 28 (1/1991), 46-52
- Fekade, Wubalem, Operationalizing participation: Local institutions and rural development, 38 (3/1993), 32-36
- Glaeser, Bernhard, Angepaßte Technologie für den ländlichen Hausbau: Ein Ansatz für nachhaltige Entwicklung in Südindien, 23/24 (4/89-1/1990), 44-47
- González, Dania, Der Plan Turquino, 33 (2/1992), 43-45
- Gunkel-Henning, Doris, Cuba – Bäuerinnen berichten, 11 (1/1987), 36-37
- Jenssen, Bernd, Argumente von 'oben' für 'unten', 2 (1/1984), 20-24
- Kokor, Jonas Y., Development and How Rural Households Perceive it, 39 (4/1993), 43-47
- Kropp, Erhard, Gestaltung von Programmen zur ländlichen Regionalentwicklung unter Berücksichtigung der Grundbedürfnisstrategie, 2 (1/1984), 24-27
- Maennling, Wolfram, Grundelemente zu einem Paradigma des 'überlebensökonomischen Territorismus', 2 (1/1984), 8-11
- McCall, Mike, Local Participation for sustainable development, 38 (3/1993), 44-47
- Schwoerer, Ingrid, Exploring Opportunities for Planning: Two Lessons from Brasil, 21 (2/1989), 28-31
- Waller, Peter P., Ansätze zu einer grundbedürfnisorientierten ländlichen Regionalplanung in Entwicklungsländern, 2 (1/1984), 2-7
- Landwirtschaft / agriculture**
- Dörnenburg, Klaus, Familiengärten in Chile, 17 (2/1988), 32-33
- Greger, Otto R.H., Gehen auf zwei Beinen. Politik und Bauen in der Volksrepublik Angola, 4 (3/1984), 15-21
- Levins, Richard, The Struggle for Ecological Agriculture in Cuba, 33 (2/1992), 46-52
- Management / management**
- Inkoom, Daniel, Development Management, Change and the Role of the Planner, 39 (4/1993), 9-11
- Kokor, Jonas Y., Financial Administration and Management at the District Level in Ghana, 21 (2/1989), 49-54
- Lewin, Christopher A., Realitätsbezogene Planung von Site-and-Service Projekten am Beispiel Hai el Salaam in Ismailia, Ägypten, 1 (1/1983), 25-27
- Reginio, Teresa D., The Management Dimension of Planning, 39 (4/1993), 12-13
- Royat, Sujana, Dynamic Urban Spatial Planning, 32 (1/1992), 5-7
- Wakely, Patrick, The Devolution of Housing Production: Support and Mangement, 23/24 (4/89-1/1990), 19-13
- Mittelstädte / intermediate cities**
- Ciecior, Bernd D., Zur Mittelstadentwicklung und Planung in Venezuela, 9 (2/1986), 24-27
- Craemer, Martina; Schwoerer, Ingrid, Ansätze zur integrierten Mittelstadförderung in der Dominikanischen Republik – ein Projektvorschlag, 9 (2/1986), 28-30
- Dericioglu, Taylan, Eine Urbanisierungsstrategie zur Beseitigung der regionalen Disparitäten in der Türkei, 2 (1/1984), 12-16
- Einsele, Martin; Ribbeck, Eckhart, Metropolen von morgen: Schnellwachsende Mittelstädte in Mexiko, 31 (4/1991), 40-45
- Klein-Lüpke, Rainer, Schnellwachsende Mittelstädte – Dynamischer Faktor des mexikanischen Städtesystems, 31 (4/1991), 38-39
- Müller, Bernhard, Politik mittlerer Zentren in Mexiko: Zur Umsetzungspolitik räumlicher Entwicklungsstrategien, 2 (1/1984), 16-19
- Platz, Holger, Beschäftigungsförderung in Mittelstädten, 9 (2/1986), 5-9
- Ribbeck, Eckhart, Stadtplanung in Lateinamerikanischen Mittelstädten, 39 (4/1993), 16-31
- Ribbeck, Eckhart, Zum Problem der Planung in Mittelstädten – Beispiel Brasilien, 9 (2/1986), 20-23
- Ziss, Roland; Kotowski-Ziss, Joanna, Präventive Siedlungspolitik als Teil der Mittelstadförderung – Das Beispiel Mexiko, 9 (2/1986), 15-19
- Partizipation / participation**
- Akbar, Omar, Erfahrungen bei der Planung und Durchführung von Infrastrukturmaßnahmen im Stadtteilsanierungsprojekt Nasya, Ägypten, 27 (4/1990), 36-41
- Akbar, Omar, Medina Sadam (al Thawra): Ein Beispiel für die Instandsetzung eines Wohnquartiers in Baghdad, Iraq, 1 (1/1983), 31-33
- Dickhaut, Wolfgang, Entscheidungsgrundlagen zur Planung Technischer Infrastruktur unter Beteiligung der betroffenen Bevölkerung, 23/24 (4/89-1/1990), 63
- Fadda, Giulietta, Community Participation: A Prospective View of Alternative Strategies for Urban Development, 26 (3/1990), 32-35
- Fekade, Wubalem, Operationalizing participation: Local institutions and rural development, 38 (3/1993), 32-36
- Floribela dos Santos, A.L.; Wehenpohl, G., Gemeinschaftspartizipation in brasilianischen Favelas – Die Rolle der Bewohnervereine, 15 (4/1987), 28-32
- Gertel, Jörg, Defizite staatlicher Wohnungspolitik als Grundlage der Selbstorganisation illegaler Siedler, 22 (3/1989), 28-32
- Iwansson, Par, Housing Policies in Mozambique, 6 (2/1985), 15-19
- Jenssen, Bernd, Planning as a Dialogue, 21 (2/1989), 5-8
- Langley, Philipp, Partizipation als Cargo-Kult?, 15 (4/1987), 24-28
- Mathéy, Kosta, Local Initiatives versus Socialist Planning, 23/24 (4/89-1/1990), 28-32
- McCall, Mike, Local Participation for Sustainable Development, 38 (3/1993), 44-47
- Meshack, Manoris V., Facing the Facts: A Case Study from Tanzania, 21 (2/1989), 9-15
- Oestereich, Jürgen, Das Quartier als Siedlungseinheit. Kollektive Selbstbestimmung in afrikanischen Großstädten, 15 (4/1987), 16-24
- Oestereich, Jürgen, The Upgrading of a Squatter Community: Some Conclusions drawn from the Kalingalinga Integrated Upgrading Project in Lusaka, Zambia, 13/14 (3/1987), 30-25
- Oestereich, Jürgen; Ghaemi, Hassan, Partizipation und Habitat, 15 (4/1987), 2-5
- Peterek, Michael; Baeriswyl, Sergio, Prozeßhaftigkeit und Partizipation – zur sozialräumlichen Struktur der 'Colonia Popular' Bosques del Pedregal, 31 (4/1991), 20-23
- Peukert, Detlev Julio K., "Inversion por la paz"? Integrierte Sanierungsprojekte in den Barrios marginados von Santo Domingo, 7 (3/1985), 22-27
- Pinsky, Barry, Bauen auf die eigene Kraft. Die Maxakene Wohngebietsverbesserung in Maputo, Mozambique, 4 (3/1984), 22-25
- Siita, Hudu, Tamale Integrated Improvement Programme for the Urban Poor, Ghana, 13/14 (3/1987), 42-47
- Steinberg, Florian, Community Participation within Kampung Improvement in Indonesia, 22 (3/1989), 15-23
- Tamakloe, Emmanuel K.A., The Prospects and Problems of Promoting Regional Development Planning as a Dialogue in Ghana, 21 (2/1989), 15-22
- Wemhöner, Antje, Diseño Participativo – Entwurf unter Nutzerbeteiligung, 39 (4/1993), 34-37
- White, Benjamin, International Experiences with NGO's Active in Developing Countries, 22 (3/1989), 6-11
- Yunxian, Wang, Integrating women's concerns in district planning, 38 (3/1993), 41-43
- Planungsberatung / consulting**
- Callanta, Ruth, NGO – Private Sector Collaboration in the Phippines, 22 (3/1989), 12-14
- Gertel, Jörg, Defizite staatlicher Wohnungspolitik als Grundlage der Selbstorganisation illegaler Siedler, 22 (3/1989), 28-32
- Inkoom, Daniel, Development Management, Change and the Role of the Planner, 39 (4/1993), 9-11
- Ismael, Anton; Marulanda, Lilianna, Urban Development through "Co-Development": A Development Consultant's View, 32 (1/1992), 30-34
- Jenssen, Bernd, Planning as a Dialogue, 21 (2/1989), 5-8
- Koenigsberger, Otto H., Die Rolle des Planers in armen Ländern, 3 (2/1984), 4-7
- López Rangel, Rafael, Ein demokratischer Städtebau für Mexiko und Lateinamerika!, 39 (4/1993), 32-33
- Norton, John, The Local Builder as an Agent of Development, 19 (4/1988), 23-27
- Poerbo, Hasan, Government and Land owners Cooperation in Guided Land Development in Indonesia, 32 (1/1992), 26-29
- Poozhikalail, Ninan John, Training Community Agents in India, 21 (2/1989), 46-48
- Reginio, Teresa D., The Management Dimension of Planning, 39 (4/1993), 12-13
- Schmarling, Paul, Alternative Planungsstrategien für untere Einkommenschichten, 3 (2/1984), 8-12

Planungsinformation / planning information

- Budnick, Gisliind, Methoden zur Ermittlung problemorientierter Information, 39 (4/1993), 48-53
- Oestereich, Jürgen, From Ecological Degradation to Environmental Management?, 39 (4/1993), 38-42
- Schmidt-Kallert, Einhard, Planning Surveys in Rural Communities – Experiences from Ghana, 21 (2/1989), 42-45
- Sterkenburg, J.J., Data Systems for Regional Development Planning – Experiences in Kenya and Sri Lanka, 21 (2/1989), 35-41

Planungsmethoden / planning methods

- Budnick, Gisliind, Methoden zur Ermittlung problemorientierter Information, 39 (4/1993), 48-53
- Dickhaut, Wolfgang, Entscheidungsgrundlagen zur Planung Technischer Infrastruktur unter Beteiligung der betroffenen Bevölkerung, 23/24 (4/89-1/1990), 63
- Friedman, Yona; Schaur, Eda, Aid for Development through Knowledge, 34 (3/1992), 35-41
- Goethert, Reinhard; Hamdi, Nabeel, Making Microplans, 13/14 (3/1987), 63
- Hamdi, Nabeel; Goethert, Reinhard, Rapid Site Planning and Refugee Camps: Deciding on Methodology, 23/24 (4/89-1/1990), 13-18
- Heinrichs, Bernhard, Urban Planning Methods in Nepal I, 39 (4/1993), 18-19
- Joshi, Jigbar; Lojewski, Hilmar v., Urban Planning Methods in Nepal II, 39 (4/1993), 20-25
- Kestermann, Rainer, Cooperation and consensus in regional planning, 38 (3/1993), 15-19
- Kohlmeyer, Christoph, A project planning instrument in district and national development planning, 38 (3/1993), 48-52
- Kokor, Jonas Y., Development and How Rural Households Perceive it, 39 (4/1993), 43-47
- Lankatilleke, Lalith, Community Action Planning: A Case-Study from Sri Lanka, 23/24 (4/89-1/1990), 24-27
- Mathéy, Kosta, Zur Planungsmethode integrierter Stadtentwicklungsmaßnahmen für Siedlungen unterer Einkommensgruppen in Entwicklungsländern, 1 (1/1983), 21-24
- Schmidt-Kallert, Einhard, Planning Surveys in Rural Communities – Experiences from Ghana, 21 (2/1989), 42-45

Planungssystem / institutional set-up

- Abdelli, Mustapha, Wandel in Planungssystem und Planungspraxis in Algerien, 39 (4/1993), 14-17
- Bapat, Meera, Inherent Limitations of the Scheme for Environmental Improvement of Slums in India, 13/14 (3/1987), 52-56
- Beier, Christoph, Institutional aspects of district development, 38 (3/1993), 29-31
- Bhoosnurmath, Kashinath, The management dimension of planning. A case study from Uttar Pradesh, India, 38 (3/1993), 53-55
- Diaw, Kofi, The state is dead ... But can the market be trusted?, 38 (3/1993), 25-28
- Dirsch, Rosa Maria; Konrad, Joseph, Privatisierung versus Denkmalschutz – ein lösbarer Konflikt?, 33 (2/1992), 39-42
- Fadda, Giulietta, Community Participation: A Prospective View of Alternative Strategies for Urban Development, 26 (3/1990), 32-35

- Fekade, Wubalem, Operationalizing participation: Local institutions and rural development, 38 (3/1993), 32-36
- Helbig, Ludwig, Südafrika – Land der Gettos, 5 (1/1985), 6-11
- Kema, E.S., Physical Planning in Nigeria, 30 (3/1991), 7-9
- Müller, Bernhard, Steuerung der Stadtentwicklung und Verbesserung der städtischen Infrastruktur im Jemen, 27 (4/1990), 16-21
- Ribbeck, Eckhart, Zum Problem der Planung in Mittelstädten – Beispiel Brasilien, 9 (2/1986), 20-23
- Tamakloe, E.K.A., Implementation of district development planning policies in Ghana, 38 (3/1993), 10-14
- Tetteh, P. Austin, Decentralizing Development Planning, 39 (4/1993), 4-8

Regionalplanung / regional planning

- Agnotti, Thomas, Unequal Metropolitan Development and Equalization Policies, 26 (3/1990), 5-12
- Ciecior, Bernd, Ciudad Guayana – Growth without Development?, 34 (3/1992), 22-26
- Ciecior, Bernd D., Zur Mittelstadentwicklung und Planung in Venezuela, 9 (2/1986), 24-27
- Dericioglu, Taylan, Eine Urbanisierungsstrategie zur Beseitigung der regionalen Disparitäten in der Türkei, 2 (1/1984), 12-16
- Jenssen, Bernd, Planning as a Dialogue, 21 (2/1989), 5-8
- Kestermann, Rainer, Cooperation and consensus in regional planning, 38 (3/1993), 15-19
- Kohlmeyer, Christoph, A project planning instrument in district and national development planning, 38 (3/1993), 48-52
- Maennling, Wolfram, Grundelemente zu einem Paradigma des 'überlebensökonomischen Territorismus', 2 (1/1984), 8-11
- Müller, Bernhard, Politik mittlerer Zentren in Mexiko: Zur Umsetzungspolitik räumlicher Entwicklungsstrategien, 2 (1/1984), 16-19
- Müller-Wünsche, B.; Bahlburg, C.H.; Louafi, M.K., Algerien – Entwicklung, Umwelt und Raum, 17 (2/1988), 18-23
- Oestereich, Jürgen, Stadt, Boden, Siedlung und Städtetz – Überlegungen zu einem fälligen Paradigmenwechsel, 26 (3/1990), 21-31
- Sterkenburg, J.J., Data Systems for Regional Development Planning – Experiences in Kenya and Sri Lanka, 21 (2/1989), 35-41
- Waller, Peter P., Ansätze zu einer grundbedürfnisorientierten ländlichen Regionalplanung in Entwicklungsländern, 2 (1/1984), 2-7
- Ziss, Roland; Kotowski-Ziss, Joanna, Präventive Siedlungspolitik als Teil der Mittelstadtförderung – Das Beispiel Mexiko, 9 (2/1986), 15-19

Selbsthilfe / self-help

- Bakhteari, Quratul Ain, Basisorganisationen in Baldia, Karachi. Anmerkungen zu ihrer Rolle bei der Slumsanierung, 15 (4/1987), 13-15
- Burgess, Rod, Helping Some to Help Themselves: Third World Housing Policies and Development Strategies, 18 (3/1988), 4-8
- Coyula, Mario, Housing, Urban Renovation, and Popular Power. Some Aspects concerning Havana, 6 (2/1985), 35-40
- Dasgupta, A.S., Negotiating for Growth and Change: A Study of User Initiated Transformation of Formal Housing, 23/24 (4/89-

- 1/1990), 40-43
- DSE-Seminar Positionspapier, Wohnungsbau und Beschäftigung in der Städtischen Entwicklung, 1 (1/1983), 14-16
- Fiori, Jorge; Ramirez, Ronaldo, Towards a conceptual framework for the analysis of self-help housing policies in developing countries, 18 (3/1988), 13-16
- Florisbela dos Santos, A.L.; Wehenpohl, G., Gemeinschaftspartizipation in brasilianischen Favelas – Die Rolle der Bewohnervereine, 15 (4/1987), 28-32
- Harms, Hans, Self-help Housing, Crisis and Structural Transformation, 18 (3/1988), 40-42
- Harms, Hans, Zur Geschichte der Selbsthilfe. Praxis und Ideologie, 1 (1/1983), 9-13
- HIC, Kollektive Selbsthilfe bei Entwässerungsprojekten in Karachi, Pakistan, 15 (4/1987), 11-13
- Lapidus, Luis, On the Conditions of Self-Help Housing in Cuba: Participation, Self-Help Housing and the Choice of Technology, 6 (2/1985), 41
- Marcuse, Peter, Why Self-Help Won't Work, 23/24 (4/89-1/1990), 10-12
- Mathéy, Kosta, Selbsthilfe mit Hand und – Kopf!, 18 (3/1988), 43-51
- Mitra, Banashree C., Family investment following official squatter settlement upgrading programmes in Bhopal, 23/24 (4/89-1/1990), 36-39
- Mohandas, Shashikant K., Selbstorganisation – Selbstentwicklung. Die Slumsanierung Ganeshnagar in Poona, 15 (4/1987), 9-11
- Norton, John, The Local Builder as an Agent of Development, 19 (4/1988), 23-27
- Opitz, Ursula, Partizipation in Algerien: Anleihe bei alten Traditionen?, 4 (3/1984), 12-15
- Rathsman, Per, The "Pacim" Project Mindelo, Cape Verde Islands, 13/14 (3/1987), 48-51
- Sachs, Celina, Low-Income Housing in Brasil: Public Policies and Peoples' Responses, A Reflection on 'Mutirao', 13/14 (3/1987), 9-11
- Steinberg, Florian, Self-Help and "Step-by-Step-Housing" in China: It's Potentials for Housing Renewal, 23/24 (4/89-1/1990), 33-35
- Steinberg, Florian, Ain El Sira in Kairo, 19 (4/1988), 28-29
- Sugranyes, Ana, Local Government and Popular Movements: Towards Access to Clean Water, 23/24 (4/89-1/1990), 48-51
- Thys, Pascale (Redaktion), Habitants "Baraques". Une expérience d'autogestion dans un quartier de Louvain-la-Neuve: La Baraque, 36 (1/1993), 56-64
- Turpijn, Wouter, Self-help Housing again, 20 (1/1989), 45

Selbsthilfe im Wohnungsbau / self-help housing

- Cain, Allan, Building Participation in Angola, 6 (2/1985), 30-31
- Caron, C.; Hennion, M., Housing Co-operative Societies: A way to solve the Urban Housing Crisis in India?, 16 (1/1988), 16-18
- Castro J., Arturo; Lombera G., Rocio, Wohnungsbaukooperativen als Instrument zur Unterstützung städtischer Bewohnerinitiativen, 16 (1/1988), 22-25
- Gamm, Ulrike; Mertins, Günter, Genossenschaften und/oder alternative Organisationsformen kollektiver Selbsthilfe zur Wohnraumversorgung in Ländern der Dritten Welt?, 16 (1/1988), 5-10
- Greger, Otto R.H., Gehen auf zwei Beinen.

- Sachs, Celine, Low-Income Housing in Brasil: Public Policies and Peoples' Responses, A Reflection on 'Mutirao', 13/14 (3/1987), 9-11
- Schlyter, Ann, Commercialization of Housing in Upgrading Squatter Areas. The Case of George, Lusaka, Zambia, 13/14 (3/1987), 24-29
- Schmetzer, Hartmut, Slum Upgrading and Sites-and-Services Schemes under Different Political Circumstances, 13/14 (3/1987), 18-23
- Siita, Hudu, Tamale Integrated Improvement Programme for the Urban Poor, Ghana, 13/14 (3/1987), 42-47
- Steinberg, Florian, Community Participation within Kampung Improvement in Indonesia, 22 (3/1989), 15-23
- Steinberg, Florian; Mathéy, Kosta, Upgrading: The Proof of the Pudding is in the Eating, 13/14 (3/1987), 4-6
- Ziss, Roland, Settlement Upgrading in Latin America and the Leverage of Technical Cooperation, 13/14 (3/1987), 7-8
- Verstädterung / urbanization**
- Echeverria Ramirez, Maria-Clara, Building an irremediable Planet?, 28 (1/1991), 42-45
- Kuban, Dogan, Cultural Limits of Urbanization, 28 (1/1991), 38-41
- Oestereich, Jürgen, Welt-Urbanisierung. Eine Ursache des ökologischen Zusammenbruchs?, 28 (1/1991), 4-5
- Wohnungsbau / housing**
- Abdelli, Mustapha, Großsiedlungsbau in Algerien, 37 (2/1993), 12-15
- Bertram, E., Mack, O., Pagel, I., Solhdju, P., Neue Zukunft für alte Platten – Aufwertung von zwei Großsiedlungen in Chemnitz, 37 (2/1993), 37-40
- Feuerlein, L., Heinrich, T., Leinauer, I., Grünau – eine Großsiedlung in Leipzig, 37 (2/1993), 5-8
- González, Dania, Der Plan Turquino, 33 (2/1992), 43-45
- Gonzalez Pozo, Alberto, Das Wohnungs-Wiederaufbauprogramm in Mexiko-Stadt, 31 (4/1991), 17-19
- Hassan, Medhat M., Low Cost Housing Finance in Developing Countries: With Reference to Egypt, 20 (1/1989), 36-41
- Kliver, E.; Thomi, W., Bedeutung und Perspektiven im Rahmen der finanziellen Zusammenarbeit, 30 (3/1991), 38-43
- Kreibich, V., Krella, B., Tor Bella Monaca – Marginalisierung in der geplanten Peripherie, 37 (2/1993), 26-31
- Mathéy, Kosta, Local Initiatives versus Socialist Planning, 23/24 (4/89-1/1990), 28-32
- Mathéy, Kosta, Anmerkungen zum Thema der Forschung im Habitat-Bereich für Entwicklungsländer, 20 (1/1989), 4-6
- Meißner, Margit, Erfahrungen mit Sites-and-Services-Projekten in Imo State und Bauchi State, Nigeria, 30 (3/1991), 10-17
- Neubauer, Petra, Tjoplui Stan – Probleme einer "Neuen Stadt" in Moskau, 37 (2/1993), 41-43
- Oertel, Christian, Wohnungsbau und Stadtentwicklung in der Volksrepublik China, 4 (3/1984), 26-29
- Özüekren, A. Sule, Employment Practices in Housing Construction in Turkey, 20 (1/1989), 30-35
- Peterek, Michael, Von der Casbah zur "Platte", 37 (2/1993), 16-21
- Rakodi, Carole, The Production of Housing in Harare, Zimbabwe: Components, Constraints and Policy Outcomes, 20 (1/1989), 7-13
- Ribbeck, Eckhart, Großsiedlungen in Izmir: Quartiersbildung im Schnellverfahren, 37 (2/1993), 32-36
- Schmidt, Holger, Halle Neustadt – Probleme und Potentiale einer ostdeutschen Großsiedlung, 37 (2/1993), 9-11
- Steinberg, Florian, Mit angepaßter Ausbildung gegen die Wohnungsnot: Ein Plädoyer für die partizipatorische Stadtentwicklung, 10 (3-4/1986), 27-29
- Suifang, Li, Residence Planning for Towns – On the Improvement of Residence and Living Environment, 20 (1/1989), 42-44
- Torre de la, Marco, Öffentlich geförderter Wohnungsbau in Lima, 37 (2/1993), 22-25
- Wakely, Patrick, The Devolution of Housing Production: Support and Management, 23/24 (4/89-1/1990), 19-13
- Zschaebitz, Ulrike, Überlebenspraxis und Wohnraum in ärmeren Stadtvierteln Quito, Ecuador, 1 (1/1983), 17-19
- Wohnungsbau in Selbsthilfe / self-help housing**
siehe Selbsthilfe im Wohnungsbau / see self-help housing
- Wohnungspolitik / housing policy**
- Acioły, Claudio Jr., Low Income Housing Policies in the Development of Brasilia, 20 (1/1989), 23-29
- Barkin, David, Housing and National Development, 6 (2/1985), 6-7
- Baross, Paul, Managing the Housing Queue. The current Debate on the Character of Socialist Housing Policies in Hungary, 6 (2/1985), 57-63
- Burgess, Rod, Helping Some to Help Themselves: Third World Housing Policies and Development Strategies, 18 (3/1988), 4-8
- Cabannes, Yves; Hardy, Yves, Die Urbanisierungspolitik der Weltbank, 1 (1/1983), 28-30
- Fadda, Giulietta, Urban Social Movements in Caracas: Their Connection with Urban Policies, 13/14 (3/1987), 12-17
- Fiori, Jorge; Ramirez, Ronaldo, Towards a conceptual framework for the analysis of self-help housing policies in developing countries, 18 (3/1988), 13-16
- Greger, Otto R.H., Gehen auf zwei Beinen. Politik und Bauen in der Volksrepublik Angola, 4 (3/1984), 15-21
- Iwansson, Par, Housing Policies in Mozambique, 6 (2/1985), 15-19
- Mathéy, Kosta, Socialist Housing? Some Key Problems to be considered in the Formulation of the Housing Policies in Socialist States, 6 (2/1985), 4-6
- Mathéy, Kosta, Housing Policies in the Sandinista Nicaragua, 6 (2/1985), 42-48
- Moser, Caroline O.N., Wohnungspolitik und Frauen – für einen geschlechtsbewußten Ansatz, 11 (1/1987), 8-15
- Opitz, Ursula, Partizipation in Algerien: Anleihe bei alten Traditionen?, 4 (3/1984), 12-15
- Rakodi, Carole, The Production of Housing in Harare, Zimbabwe: Components, Constraints and Policy Outcomes, 20 (1/1989), 7-13
- Ramirez, Ronaldo; Burgess, Rod, Affordability – and no Cost Recovery! or: how to transform the World Bank Housing Policies, 18 (3/1988), 9-12
- Reuterswärd, L.; Nyström, M.; Roslund, H., Shelter Policies in Vietnam, 6 (2/1985), 49-56
- Scaramella, Matteo, Ten Years after the Revolution: Urban Housing in Ethiopia, 6 (2/1985), 32-34
- Schlyter, Ann, Housing Strategies – The Case of Zimbabwe, 6 (2/1985), 20-29
- Sheriff, Farida, Housing Policies and Strategies in Tanzania, 6 (2/1985), 8-14
- Working Group "Gender and Housing", Six Gender-Blind Assumptions of Housing Policies, 11 (1/1987), 4-6
- Wohnungsversorgung / housing**
- Budnick, Gisliind, Stand und Perspektiven der Habitat-Forschung. Ein TRIALOG-Positionspapier, 10 (3-4/1986), 30-31
- Curutchet, Mirina et al, Gender-aware Research on Housing in Third World Countries, 11 (1/1987), 7
- Hundsatz, Mathias, Internationales Jahr der Hilfe für Menschen in Wohnungsnot, 10 (3-4/1986), 12-14
- Kiel, Dieter; Löhr, Rolf-Peter, Aktivitäten der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen des Internationalen Jahres, 10 (3-4/1986), 14-17
- Oestereich, Jürgen, In Favour of a Human Right to Sustain Habitat, 23/24 (4/89-1/1990), 4-5
- Schmidt, Einhard, Menschen in Wohnungsnot – eine Einführung, 10 (3-4/1986), 4-11
- Ziss, Roland, Projekte der Wohnungsversorgung. Eine entwicklungspolitische Herausforderung, 10 (3-4/1986), 18-21
- Zusammenarbeit / Entwicklungspolitik / co-operation / co-operation policy**
- Cabannes, Yves; Hardy, Yves, Die Urbanisierungspolitik der Weltbank, 1 (1/1983), 28-30
- Dorothee Obermaier, Warum Frauenprojekte? wir machen doch auch keine Männerprojekte!, 11 (1/1987), 26-29
- DSE-Seminar Positionspapier, Wohnungsbau und Beschäftigung in der Städtischen Entwicklung, 1 (1/1983), 14-16
- Gerner, Manfred, Zusammenarbeit und wissenschaftlicher Austausch mit Denkmalpflegeorganisationen in der Dritten Welt, 35 (4/1992), 35-38
- Hundsatz, Mathias, Internationales Jahr der Hilfe für Menschen in Wohnungsnot, 10 (3-4/1986), 12-14
- Kiel, Dieter; Löhr, Rolf-Peter, Aktivitäten der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen des Internationalen Jahres, 10 (3-4/1986), 14-17
- Kliver, E.; Thomi, W., Bedeutung und Perspektiven im Rahmen der finanziellen Zusammenarbeit, 30 (3/1991), 38-43
- Kropp, Erhard, Gestaltung von Programmen zur ländlichen Regionalentwicklung unter Berücksichtigung der Grundbedürfnisstrategie, 2 (1/1984), 24-27
- Lanz, Heinrich, Die Förderung von Selbsthilfe-Förderorganisationen in Entwicklungsländern, 16 (1/1988), 25-29
- Platz, Holger, Beschäftigungsförderung in Mittelstädten, 9 (2/1986), 5-9
- Willkomm, Wolfgang; Wemhöner, Antje, Angepaßte Technologien und Zusammenarbeit – einige Beispiele, 12 (2/1987), 18-20
- Ziss, Roland, Settlement Upgrading in Latin America and the Leverage of Technical Cooperation, 13/14 (3/1987), 7-8
- Ziss, Roland, Projekte der Wohnungsversorgung. Eine entwicklungspolitische Herausforderung, 10 (3-4/1986), 18-21

- lot-Programm "Huaycan" in Lima, Peru, 17 (2/1988), 37-39
Torre de la, Marco, Öffentlich geförderter Wohnungsbau in Lima, 37 (2/1993), 22-25
- Philippinen**
Callanta, Ruth, NGO – Private Sector Collaboration in the Philippines, 22 (3/1989), 12-14
Reginio, Teresa D., The Management Dimension of Planning, 39 (4/1993), 12-13
- Portugal**
Henriques, José Manuel, Planning as a Dialogue – The Portuguese Experience, 21 (2/1989), 23-27
- Rußland**
Neubauer, Petra, Tjoplui Stan – Probleme einer "Neuen Stadt" in Moskau, 37 (2/1993), 41-43
- Saudi Arabien**
Alp, Ahmet Vefik, Architecture and Urbanism in contemporary Saudi Arabia, 29 (2/1991), 22-24
- Senegal**
Dickhaut, Wolfgang, Entscheidungsgrundlagen zur Planung Technischer Infrastruktur unter Beteiligung der Betroffenen Bevölkerung, 23/24 (4/89-1/1990), 63
- Spanien**
Busquets, Joan, Marginal Urbanization in Barcelona. The Case of Sant Josep, 36 (1/1993), 40-47
- Sri Lanka**
Lankatilleke, Lalith, Community Action Planning: A Case-Study from Sri Lanka, 23/24 (4/89-1/1990), 24-27
Lanz, Heinrich, Die Förderung von Selbsthilfe-Förderorganisationen in Entwicklungsländern, 16 (1/1988), 25-29
McCall, Mike, Local Participation for sustainable development, 38 (3/1993), 44-47
- Südafrika**
Helbig, Ludwig, Südafrika – Land der Gettos, 5 (1/1985), 6-11
- Sudan**
Gertel, Jörg, Defizite staatlicher Wohnungspolitik als Grundlage der Selbstorganisation illegaler Siedler, 22 (3/1989), 28-32
Streck, Bernhard, Der Bauch und der Rücken. Einige Gedanken zur Morphologie des Gesichtsfelds im mittleren Nilsudan, 7 (3/1985), 14-17
- Südostasien**
Kammeier, Detlef, Notes on Urban Conservation in Southeast Asia, 8 (4/85-1/1986), 34-37
Kammeier, H. Detlef, The Thai Chinese Shophouse, 35 (4/1992), 14-17
Tyman, Bernd, Zur Situation der Denkmalpflege in Südostasien, 35 (4/1992), 4-6
- Syrien**
Gangler, Anette, Instandsetzung eines Alepinischen Altstadthauses, 40 (1/1994), 23-27
Ghirardelli, Gennaro, Die 'Hausordnung' eines Dorfes im syrischen Euphrattal, 7 (3/1985), 5-9
Nippa, Annegret, Zur Wahrnehmung räumlicher und sozialer Grenzen in einer Stadt des nahen Ostens, 29 (2/1991), 4-9
Qudsi, Adli, The Rehabilitation of Old Aleppo, 40 (1/1994), 19-22
- Tanzania**
Malisius, Ulrich, Die Altstadt von Zanzibar – ein schwieriges Erbe, 8 (4/85-1/1986), 24-26
Meshack, Manoris V., Facing the Facts: A Case Study from Tanzania, 21 (2/1989), 9-15
Rohwadder, Jens, Technik von unten. Versuch einer Typisierung und Bewertung unterschiedlicher Formen der Bauproduktion in Tanzania, 12 (2/1987), 32-33
Scholz, Wolfgang, Tourismus auf Sansibar, 23/24 (4/89-1/1990), 64-65
Sheriff, Farida, Housing Policies and Strategies in Tanzania, 6 (2/1985), 8-14
- Thailand**
Pleunaron, Nitichan, Umweltprobleme in Bangkok, 17 (2/1988), 16-17
Tansukanun, Pranom, The Case of Chiang Mai, Thailand, 35 (4/1992), 7-10
Tyman, Bernd, Vom Umgang mit historischen Bürgerhäusern in Thailand, 35 (4/1992), 11-13
Vorratnchaiphon, Chamniem Paul, TAOISM in Community Development Planning in Thailand, 21 (2/1989), 32-35
- Tunesien**
Schiffler, Manuel, Makler und Schulden in einem Armenviertel von Tunis, 29 (2/1991), 25-27
- Türkei**
Aslan, Ersin, Türkei – Frauen und Wohnraum zwischen Dorf und Stadt, 11 (1/1987), 30-32
Dericioglu, Taylan, Eine Urbanisierungsstrategie zur Beseitigung der regionalen Disparitäten in der Türkei, 2 (1/1984), 12-16
Emge, Andus, Schwellen und Bereiche im türkischen Dorfleben, 29 (2/1991), 10-12
Emge, Andus, Zum Wandel im Wohnen der Troglodyten von Göreme, 29 (2/1991), 32-36
Kuban, Dogan, Cultural Limits of Urbanization, 28 (1/1991), 38-41
Özüekren, A. Sule, Employment Practices in Housing Construction in Turkey, 20 (1/1989), 30-35
Ribbeck, Eckhart, Großsiedlungen in Izmir: Quartiersbildung im Schnellverfahren, 37 (2/1993), 32-36
Zucker, Petra, Wohnungsbaukooperativen in der Türkei – Das Beispiel BATIKENT in Ankara, 16 (1/1988), 11-15
- Udzbekistan**
The Aga Khan Trust for Culture, Samarkand Revitalization, 34 (3/1992), 27-32
- Ungarn**
Baross, Paul, Managing the Housing Queue. The current Debate on the Character of Socialist Housing Policies in Hungary, 6 (2/1985), 57-63
Hegedüs, József, Self-help Housing in Hungary, 18 (3/1988), 31-35
- Uruguay**
Wibner, Elinor, Genossenschaften und Gemeinschaftshilfe in Uruguay: ein Weg zur Wohnungsversorgung und Selbstbestimmung, 16 (1/1988), 19-21
- USA**
Roy, D. Francis, Hooverville. A Community of Homeless Men, 36 (1/1993), 53-55
Steinberg, Florian (Redaktion), The Homeless and Squatters in the United States: A Collage of Different Accounts, 36 (1/1993), 48-52
- Venezuela**
Ciecior, Bernd, Ciudad Guayana – Growth without Development?, 34 (3/1992), 22-26
Ciecior, Bernd D., Zur Mittelstadtentwicklung und Planung in Venezuela, 9 (2/1986), 24-27
Fadda, Giulietta, Community Participation: A Prospective View of Alternative Strategies for Urban Development, 26 (3/1990), 32-35
Fadda, Giulietta, Urban Social Movements in Caracas: Their Connection with Urban Policies, 13/14 (3/1987), 12-17
- Vietnam**
Reuterswärd, L.; Nyström, M.; Roslund, H., Shelter Policies in Vietnam, 6 (2/1985), 49-56
- Westjordanland**
Awad, Jihad, Die Altstadt von Nablus, Westjordanland, 40 (1/1994), 28-31
- Zambia**
Oestereich, Jürgen, The Upgrading of a Squatter Community: Some Conclusions drawn from the Kalingalinga Integrated Upgrading Project in Lusaka, Zambia, 13/14 (3/1987), 30-25
Schlyter, Ann, Commercialization of Housing in Upgrading Squatter Areas. The Case of George, Lusaka, Zambia, 13/14 (3/1987), 24-29
Schmetzer, Hartmut, Traditionelle Architektur in Sambia, 19 (4/1988), 30-32
Schmetzer, Hartmut, Aufbau einer Architekturschule in Zambia, 3 (2/1984), 24-25
- Zimbabwe**
Rakodi, Carole, The Production of Housing in Harare, Zimbabwe: Components, Constraints and Policy Outcomes, 20 (1/1989), 7-13
Schlyter, Ann, Housing Strategies – The Case of Zimbabwe, 6 (2/1985), 20-29

TRIALOG

Zeitschrift für das
Planen und Bauen
in der Dritten Welt

Register 1 – 40
Juni 1994

Herausgeber:
Vereinigung zur wissenschaftlichen Erforschung des
Planen und Bauens in Entwicklungsländern e.V.

Vereinsanschrift:
TRIALOG
c/o Lehrstuhl für Städtebau und Entwerfen,
Raum 11.40 – G009, Universität Karlsruhe,
Postfach 6980, D-76128 Karlsruhe, Germany

Erstellung des Registers:
Gisind Budnick

Wandel im Bild von der Stadt

Bericht von und Nachgedanken zu der Arbeitsgruppe
Stadtentwicklung des TRIALOG-Symposiums 1993

Bernd D. Ciecior

Wandel und neue Ansätze sind gefragt angesichts globaler Krisen. Weltweite Verstädterung stellt die Stadt selbst in Frage. Ist sie überlastet? Wird sie erneuert? Stadtplaner sollten sich in dieser Situation ihrer Mittel und Möglichkeiten vergewissern und auf ihre eigentlichen Grundlagen besinnen.

1. Wie kommt es zur Bildung der Stadt?

Am Beispiel der klassischen griechischen Stadt weist Kostof (1992:60) darauf hin, daß die Menschen, die sich für ein Zusammenleben entschließen, bewußt ihre Dorf- und Stammesabkunft hinter sich lassen und in ein selbstverwaltetes Bündnis eintreten. Nach Aristoteles legitimiert dieser politische Akt die neuen Herrschaftsstrukturen und Ordnungsgewalten zum Zusammenleben. "Der Entschluß, in die Stadt zu gehen, wird keineswegs nur aufgrund eines technischen Fortschrittes oder zur Erlangung von Vorteilen wie dem Handel getroffen. Vielmehr ist er Resultat des bewußten Wunsches, die Regeln des Stammes und der Sippe durch die freien, stabilen Institutionen der *polis*, demokratische Erfahrung und eine Herrschaft von Gleichen über Gleiche zu ersetzen." Heute wissen wir, daß dieser Synoikismus ebenso die Grundlage des Zusammenschlusses zu Städten in Asien wie in Afrika gewesen ist (Kostof 1992:60). Im Lichte dieser Erkenntnisse über erfolgreiche Stadtentwicklungen wäre auch die moderne Entwicklung zu betrachten.

2. Was macht "Stadt" heute aus?

Nicht alleine wirtschaftliche Vorteile veranlassen die Führer mehrerer Haushalte und deren Mitglieder, sich ein gemeinsames Territorium zu wählen, es ist darüber hinaus der "Überbau" der Übereinkunft, bestimmte Regeln des Zusammenlebens gemeinsam zu pflegen. Diese Bündelung von Kräften ermöglicht das Schaffen eines Surplus, der in der

Abstract

Mall and Suburb Emerging

Comments on the working-group on urban development at the TRIALOG-Symposium 1993

Starting with the statement that a town as a social and political unit is established by the conscious choice of the people to be its citizens it was observed that at present, in the South as well as in the North, internal disparities increase. On the one hand the political and economic power is concentrated in the "mall" thereby shedding off public control, while the citizenry in the suburbs and slums tries to exercise public control while at the same time being gradually deprived of wealth and power.

These two forms of appearance of the town are linked and their relationship contributes to the ways of life which the citizens are able to pursue and to the image which the citizenry has of itself. Yet the discrepancies increase and may lead to social and economic disruption. This threat and the problems created through the degradation of the eco-system as the foundation of life may become so overwhelming that a consensus between the fractions of the population becomes impossible.

Could the planners do something about it ?

städtischen Gemeinschaft Arbeitsteilung, Spezialisierung und die Herausbildung unterschiedlicher Gruppe und neue Formen des Austausches bewirkt. Der Umfang, die Quantität der Beziehungen determinieren die Dynamik und Ausstrahlungskraft der Städte. So hat nicht nur die räumliche Zuordnung etwa in Form von Bodenordnung und gebautem Ambiente die Stadtgemeinschaft geformt, sondern mehr noch die Formeln und die Rituale des Zusammenlebens, die insgesamt das bewirkten, was als "identitätsstiftend" bezeichnet wird. Aus dieser Perspektive erscheinen der Wandel und die Ansätze zeitgenössischer Stadtentwicklung in neuen Licht. Sie kulminieren in zwei gegenläufigen Extremen: der "mall" und der Riesenvorstadt.

Die "mall" als letzte Konzentration des hochspezialisierten Geschäftszentrums vereint sowohl lokalen, nationalen als auch internationalen Handel. Der Handel in der "mall" wird durch weitere urbane Aktivitäten aufgewertet - durch Veranstaltungen kultureller Art vom Freizeitangebot des Fitneß- und Tanz-Centers bis zu Konzerten. Über die Regeln des Zusammenlebens bestimmen die Betreiber dieser Geschäftszentren, sie ziehen selbst Ordnungsgewalt und mitunter

Münzrecht an sich - urbane Öffentlichkeit wird ausgeschlossen, der Zugang und Nutzung über Kommerz definiert. Der Nutzer wird auf die Rolle des "Objekts" des Geschäftsinteresses reduziert, er genießt lediglich die "Freiheit des Konsums". Er wird zum fremdbestimmten "eindimensionalen Menschen". Stadtentwicklung von innen heraus ist hier unterbunden, sie wird von außen gesteuert. In der "mall" findet sich bestenfalls die "Kulisse" einer Stadt, nicht aber das "Universum" der Stadtgesellschaft. Mit urbaner Öffentlichkeit und urbanen Institutionen sind auch die integrativen Kräfte verschwunden. Arm und reich werden polarisiert.

Anders die Entstehung der riesigen Vorstädte in den Metropolen des Südens. In den Vorstädten wie Villa El Salvador bei Lima (Peru) liegt dem Zusammenkommen ein Bündnis der Siedler zugrunde - sie sind "Subjekt" dieser Stadtentwicklung. Die Übereinkunft der "pueblos jóvenes" bzw. der Migranten, eine neue Siedlung zu gründen, umfasst nicht nur die handstreichartige Landnahme über Nacht. Sie trägt auch das gemeinsame Überlebensinteresse, die Bereitschaft, sich selbst die Regeln des Zusammenlebens zu geben und die Fähigkeit, eigene "Herrschaftsstrukturen", Institutionen und

Öffentlichkeit für alle auszuformen. Als von innen und von unten induzierte integrative Stadtentwicklung ist sie in hohem Maße identitätsstiftend.

3. Wie verändert sich die Stadt?

Stadtgesichter wie die Sienas oder Roms, Stadtwüsten wie die Sao Paulos oder Mexicos, aber auch Regionalmetropolen Stuttgarts oder Karlsruhes stellen die Frage, warum sie sich auf unterscheidbare Art und Weise entwickelten. Es ist ja nicht nur das Vorhandensein von Ressourcen, was die Stadt auszeichnet. Es ist die Nutzung bzw. Manipulation der Ressourcen, welche die Stadt von anderen Formen menschlichen Siedelns unterscheidet und Städte verschiedenen Entwicklungspfaden folgen läßt.

Bündnisse aus unterschiedlichen Zwecken und auf verschiedene Ziele hin, treffen in der Stadt aufeinander. Ein Vorstadtbewohner beispielsweise in Mexico Stadt wohnt einerseits in seinem *barrio* mit überwiegend ländlichem, ("prä-urbanen") Charakter. Techniken, moderne Dienstleistungen, Produktionsmittel und -prozesse sind kaum so präsent wie die formale Regierung mit ihrer Ordnungsgewalt. Andererseits ist für den Vorstadtbewohner das moderne Zentrum der Metropole nicht nur Gegenwelt, sondern auch Teil seiner Existenz: Dort ist seine Arbeitswelt, die Schulwelt seiner Kinder, das Ziel mancher Hoffnungen. Die Regeln des Zusammenlebens in diesen verschiedenen Teile der Stadt widersprechen einander wie die des formalen und informalen Bereichs, der offiziellen und der inoffiziellen Verhaltensregelung usw. Ist die Legitimität eines solchen Lebens im Universum Stadt schon ambivalent, wie steht es dann um die Identität seiner Bewohner?

4. Welche Unterschiede verträgt die Stadt?

Worin sind die Wurzeln und Entstehungsgründe so konträrer Stadtentwicklung zu suchen? Ist das Zweckbündnis der Einwohner in der klassischen Stadt zerbrochen, ausgehöhlt durch den Mangel an Abgleich divergierender Interessen?

Zuteilung gleicher Art sollte für alle gelten (Platon, den Gemeinnutz betonend). Der Zusammenschluß der Großhaushalte

sollte Kräfte zur Höherentwicklung des Stadtbewohners freisetzen (Aristoteles, den Eigennutz hervorhebend). Das Zweckbündnis Stadt hat jedoch tiefe Risse:

- a) Erträgt die Stadt die enormen sozialen Unterschiede ihrer Teile oder lähmen sie ihre Entwicklung? (Sozialplanung als Stichwort)
- b) Wie kommen Führer der verschiedenen Stadtteile zusammen, wenn die Stadtregierung nicht Repräsentant aller Stadtteile einschließlich der informellen Siedlung ist? Können so Herrschaftsstrukturen greifen und kann so Ordnungsmacht ausgeübt werden? (Kommunalpolitik als Stichwort)
- c) Über die Zuteilung des Bodens wird in der Stadt ein Großteil der Nutzung geregelt - wie der Wirtschaft der Stadt. Doch diese Formel erweist sich als unzulänglich, weil zugleich der biosphärische Raum der Stadt der erbarmungslosen Ausbeutung, selbst der zügellosen Plünderung preisgegeben ist. Wer regelt den Nutznieß neu, wer bewahrt die Lebensgrundlagen der Stadt?(Umweltpolitik als Stichwort)

Beispiele von informellen Stadtteilen in Metropolen des Südens belegen das elementare Interesse an der Erhaltung ihrer Lebensgrundlagen, von denen sie unmittelbar abhängen als die obersten Stufen der Stadtgesellschaft. Berichtet wird von der Erhaltung der Wasserreservoir (Bosques de Pedregal, Mexico) über Abfallverwertung (Kairo) bis zu Lebensmittelversorgung /Stadtteil Dhapa, Kalkutta). Das Umweltbewußtsein ist auf der untersten Stufe der Stadteinheiten und Stadtgesellschaft gewachsen, das Verständnis für symbiotische Beziehungen zwischen Natur und Stadt im Aufbau.

Wer aber vermittelt zwischen Quartier und Stadtzentrum? Wer koordiniert Stadtbau im Städtenetz und regionale wie internationale Dynamik? Wer korrigiert die eindimensionale Kooperation von Kommerz und Kulturfragmenten? Wer erringt und verteidigt die Kompetenz für sozialpolitische Fragen, für Entscheidungen über Verteilungskonflikte im Streben zu nachhaltiger Entwicklung? Dies ist eine moralische Herausforderung, verlangt sie doch einen neuen Konsens. Mit etwas *understatement* formuliert - "wer nicht Teil der Lösung ist, ist Teil des Problems".

Die uns geläufige städtische Qualität kann nicht allgemeingültiger Standard oder erstrebenswertes Ziel sein. Uns wäre augenblicklich die Luft zum Atmen genommen, wären weltweit alle Menschen automobilisiert. Ersticken würden wir im Müll, wären die westlichen Produktions- und Konsumtionsmuster die Regel, erfrieren müßten wir mangels Energie, verdursten wegen Mißbrauchs des Wassers.

High-tech-Standards der Überversorgung und Verschwendung in westlichen Industrieländern führen zur Reichtums-spirale. Alles dreht sich um Leistungssteigerung für Ausgaben und Konsum: immer mehr, immer "kostengünstiger", immer umweltverzehrender. Am anderen Ende derselben Achse dreht sich die Armutsspirale, besonders deutlich in den Metropolen des Südens.

Können wir Stadtplaner den Verschärfungen der sozialen Gegensätze weiter zusehen? Sind wir nicht herausgefordert vom drohenden Ausbruch noch größerer ökologischer Katastrophen? Erinnern wir uns, daß es nicht bloß quantitatives sondern auch qualitatives Wachstum gibt. Wachstum kann statt nach außen auch nach innen stattfinden - Umbau, Umfunktionierung und selbst Rückbau müssen uns vertraut werden wie eine Ökonomie, die ihre Umwelt nicht verzehrt sondern als Geschäftsgrundlage pflegt und erhält. Dem Wesen nach kann Ökonomie nur ökologisch sein, ansonsten wäre sie letztlich eine Bankrott-Erklärung. Die Stadt muß Teil des Ökosystems werden. Sonst verschwindet sie und mit ihr die Menschheit.

Literaturhinweise

- Marcuse, Herbert (1973) Der eindimensionale Mensch; München/Berlin
- Amery, Carl (1976) Natur als Politik, Reinbek und Amery, Carl (1981) Die ökologische Chance; München
- Oestereich, Jürgen (1990) Stadt und Boden, Siedlung und Städtenetz, Überlegungen zu einem fälligen Paradigmawechsel; in: TRIALOG 26: 21 - 32
- Kostof, Spiro (1991) The City Shaped; deutsch (1992) Das Gesicht der Stadt, Geschichte städtischer Vielfalt; Frankfurt/New York
- Meadows, Donella u. Dennis, Randers, Jorgen (1992) The New Limits to Growth; deutsch (1993) Die neuen Grenzen des Wachstums; Reinbeck bei Hamburg
- Helms, Hans G. (Herausg.)(1992) Die Stadt als Gabentisch, Beobachtungen der aktuellen Städtebauentwicklung; Leipzig
- Jitscha, Michael F. (1993) Herausforderung Zukunft, Technischer Fortschritt und ökologische Perspektiven; Heidelberg/Berlin/Oxford
- Schmidheiny, Stephan (1993) Kurswechsel, Globale unternehmerische Perspektiven für Entwicklung und Umwelt; München

Der Selbsthilfe helfen

Bericht von der Arbeitsgruppe Angepaßte Technologien
des TRIALOG-Symposiums 1993

Antje Wemhöner

Das Referat Wolfgang Willkomms verdeutlichte anhand von Beispielen aus Afrika, Lateinamerika und von Experimenten an der Uni Hannover, daß die Auseinandersetzung mit angepaßten Technologien durch starken Praxisbezug gekennzeichnet ist und sich nur schwer auf theoretischer Ebene behandeln läßt. Wenn auch übergreifende Aspekte wie z.B. Ressourcensparen, Klimagerechtigkeit und soziale Verträglichkeit allgemeingültige und notwendige Voraussetzungen sind, deutet der treffende und wohl deshalb vielzitierte Grundsatz "Global denken, lokal handeln" bereits an, daß im weiteren die sehr unterschiedlichen spezifischen Bedingungen der einzelnen Projekte und die jeweils gesetzten Prioritäten eine individuelle Betrachtung der Einzelfälle erfordern und Verallgemeinerungen nicht sinnvoll sind. Erfolgreich angewandte Technologien sind nur selten ohne Modifikationen auf andere Projekte übertragbar.

Die Zusammenarbeit von Hochschulen mit lokalen Nutzergruppen kann und soll einen Multiplikatoreffekt erzielen über die Lösung von Bauproblemen und die Behebung akuter Mißstände in der Wohnungs- und Infrastrukturversorgung hinaus. Indem beispielsweise importierte und auf lokale Bedingungen zugeschnittene Ideen und Techniken oder durch Versuche entwickelte eigene Lösungsansätze in der Praxis erprobt werden, bieten sie den Beteiligten Anregung für einen unkonventionellen Umgang mit verfügbaren Materialien. Wichtig ist dabei auch, den kosten- und ressourcensparenden Bauweisen und (traditionellen oder Recycling- bzw. Abfall-) Materialien, die zunächst keinen Prestigewert besitzen, durch geeignete Anwendung und Öffentlichkeitsarbeit eine erhöhte soziale Akzeptanz zu verschaffen.

*Planning and Building in the Third World 1983-1993
A bibliography of 10 years of TRIALOG*

Abstract

Helping to Self-help

Comments from the working group on appropriate technology of the TRIALOG-Symposium 1993

The notion of "appropriateness" in building technologies comprises the climatical aspect as well as resource compatibility. In this respect as well as in terms of finance traditional building technologies are still adequate.

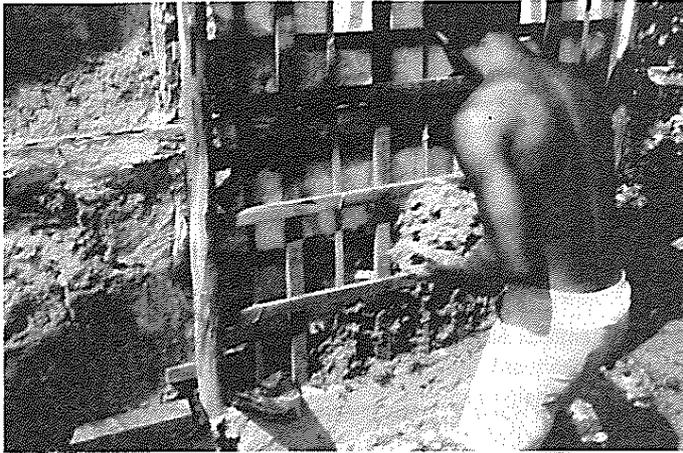
On the other hand these technologies have evolved in a stable environment in response to particular circumstances and are, therefore, quite specific. Being adapted to rural conditions they often lack acceptability in urban situations. Neither these nor any other known appropriate technology is able to cope with the needs of the fast-growing towns and cities.



Produktion von Sisal-Faserzement-Dachsteinen in Selbsthilfe in Eldoret, Kenya. GTZ / HRDU-Projekt "Low-Cost-Housing-Technologies" - Sisal fibre roof tiles



Ein Beispiel angepaßter Technologie in Kenya. Schulgebäude aus Erdzementsteinen mit Sisalfaserzement-Dachdeckung - Earth blocks and sisal fibre roof sheets



Repair in mud wall technology

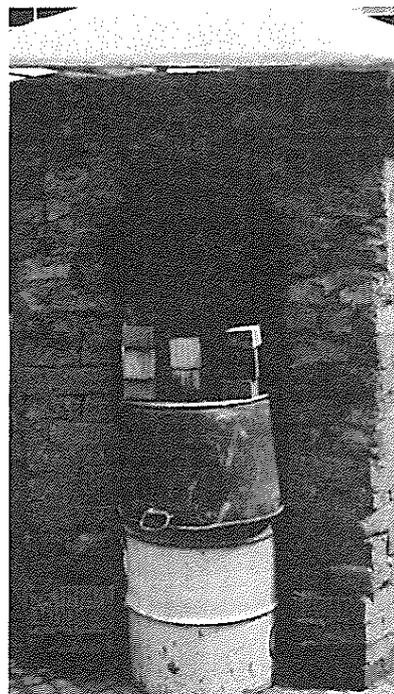
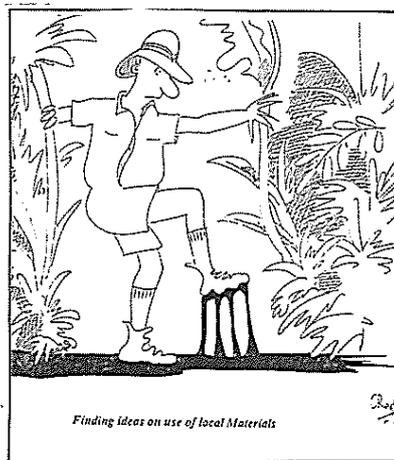


Practical work is indispensable for possible forthcoming disseminators

Die Arbeitsgruppe am folgenden Tag näherte sich dem Thema auf eine andere, nämlich theoretische Weise mit der Intention des systematischen Erfassens an. Diesmal ging es nicht um konkrete Beispiele (zumal der überwiegende Teil der Teilnehmer nicht zu den ausgesprochenen Spezialisten auf diesem Gebiet zählte).

Eine getrennte Betrachtung des ländlichen und des städtischen Kontextes erscheint sinnvoll, da in der (Groß-)Stadt die Einsatzmöglichkeiten für innovative Einfachtechnologien eher im Bereich des Hausbaus und der Wohnungsversorgung liegen, während im ländlichen Raum die notwendige Infrastrukturversorgung i.d.R. das größere Problem darstellt, zu dessen Bewältigung nicht-konventionelle Technologien einen sinnvollen Beitrag leisten können.

In diesem Kontext kann der Begriff "Angepaßte Technologien" ("Woran angepaßt?") mit dem des "Ressourcenschonenden Bauens" gleichgesetzt werden. Damit sind Techniken gemeint, die in erster Linie energiebewußt in Herstellung, Transport und Verarbeitung sowie unschädlich in der Entsorgung sind. Diese können an traditionelle Techniken angelehnt sein, müssen es jedoch nicht. Speziell im Bereich der "Entwicklungsländer" kommt dem sparsamen Umgang mit finanziellen Ressourcen eine besonders große Bedeutung zu. Da sich die traditionellen Bautechniken aufgrund ihrer Angemessenheit und Einfachheit meist über lange Zeiträume bewährt haben, ist ihre Umsetzung in veränderter und verbesserter Form für zeitgemäße Bauaufgaben ein wichtiger Aspekt für das Thema.



Imaginative solutions are indispensable

Die Thematik wurde von einigen Arbeitsgruppenteilnehmern ausgesprochen kritisch betrachtet. Die Frage nach Beispielen für die Nachhaltigkeit erfolgreicher angepasster Technologien blieb offen, nicht zuletzt angesichts ihrer großräumig eher lückenhaften Verbreitungen. Die Kritik, daß auch die "Angepaßten Technologien" keinen (bekanntgewordenen) Beitrag zur kurzfristigen und flächendeckenden Wohnraumversorgung bieten, relativiert sich jedoch vor dem Hintergrund, daß von preiswerten "Small-scale-technologies" die großmaßstäbliche Effektivität industrieller Produktionsweisen nicht erwartet werden kann. Weder entspricht das dem Wesen dieses Technologieeinsatzes, noch ist es sein Anspruch.

Das Fehlen internationaler Strategien wurde ebenfalls bemängelt, doch diese sind aus den anfangs genannten Gründen fast ausschließlich in der Informationsverbreitung sinnvoll. Der kritische "Blick von außen" d. h. durch Experten aus z.T. ganz anderen Arbeitsgebieten, die zahlreichen aufgeworfenen Fragen und der Hinweis, die Konzepte "Angepaßter Technologien" seien mittlerweile "doch wohl aus den Kinderschuhen heraus" und sollten nun zeigen, was sie können, verdeutlicht nur allzugut, daß das Thema auf großes Interesse (und hohe Erwartungen!) stößt und eine offene Diskussion über Erfolge, Möglichkeiten, Grenzen und Ansprüche in diesem Bereich längst überfällig ist.

Fotos: Wolfgang Willkomm

Frauen im Entwicklungsprozeß

Zwei Projektbeispiele aus dem Bau- und Wohnungsbereich

Claudia von Braunmühl

Es ist hier die Rede von zwei Projekten in Jamaika, von denen das eine eher zufällig im Baubereich angesiedelt ist. Beiden Projekten ist gemeinsam, daß sie von Frauen durchgeführt werden. Ich möchte sie hier unter dem Aspekt der Planung diskutieren, im Englischen würden wir "social and gender planning" sagen, im Deutschen etwa: geschlechterdifferenzierte Zielgruppenplanung.

Projektumfeld

Jamaika, eine englischsprachige Insel in der Karibik, ist seit 1962 unabhängig. Seither entwickelt sich die Insel immer mehr in den amerikanischen Einflußbereich hinein. Von den ca. 2,5 Mio Einwohnern (1993) leben genauso viele mit jamaikanischem Paß im Ausland (v.a. USA, UK, Kanada). Das Land hat eine hohe Urbanisierungsrate mit etwa 35 % städtischer Bevölkerung. In der Hauptstadt Kingston mit ca. 850.000 EinwohnerInnen wohnen auf 30% des Territoriums 70% der Menschen im innerstädtischen Bereich, dem Ghetto, im dortigen Sprachgebrauch identisch mit *downtown*. Auf der gesamten Insel sind 40% der Haushaltsvorstände Frauen, in Kingston sind es 50%. Die Frauen haben eine relativ hohe Unterbeschäftigungsrate von 46%, ihre Arbeitslosigkeit ist doppelt so hoch wie die der Männer. 70% der Frauen unter 25 Jahren sind arbeitslos. Auf sie entfallen 75% aller Geburten, d.h. daß nur ein Viertel der Kinder in halbwegs gesicherten Einkommensverhältnissen aufwächst. Jamaika gilt als "matrifocale" Gesellschaft. Zwar gibt es patriarchale Dominanz, zur gleichen Zeit aber auch in weiten Teilen eine "Feminisierung der Verantwortung".

Vor diesem Hintergrund möchte ich zunächst das "Women's Construction Collective" vorstellen, das seine Entstehung drei Strängen verdankt.

1. Den landläufigen Strategien gegen die "Bevölkerungsexplosion" wurde von

Abstract

Women in development
Examples from the Housing Sector in Jamaica

The perspective of increasing the employment of women in the building trade was based on considerations to foster their capacity of planning their life. Possible independence through employment in the building trade was impeded by their being excluded from all training facilities..

A way was sought to arrange for vocational training. When the initially contracted employment did not materialize, jobs were contracted on a trial basis. This entry into professional life proved successful. Subsequently development assistance was sought (the German co-operation declined, but other donors answered favorably) in order to multiply this type of intervention.

From then on, women were admitted to training institutions and a particular housing project was started which was aimed at providing secure housing for female heads of family. Since convention in Jamaica confines home-ownership to men, a co-operative of women was formed. This co-operative commissioned housing for their members, thereby employing a substantial number of female builders as well.

engagierten Frauen die Einsicht entgegengesetzt, daß Frauen, sobald sie eine annähernd verlässliche Lebensperspektive vor Augen haben, ihre Kinder bewußter planen und in der Regel weniger Kinder bekommen. Diese Diskussion wurde von einer der großen internationalen Geberorganisationen, der amerikanischen USAID, bzw. der ihr nachgeordneten, mit Bevölkerungsfragen befaßten Organisation, dem "Population Council" aufgegriffen. Dort haben sich in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre engagierte Frauen zusammengefunden, die vor dem Hintergrund dieser Erkenntnis für die Verfolgung von an der Gesamtlebensplanung von Frauen orientierten bevölkerungspolitischen Strategien eintraten. U.a. wurden als sog. Pilotprojekt in drei Ländern (Peru, Mexiko und Jamaika) geringe, flexible Mittel zur Verfügung gestellt, um den dortigen Frauen die Möglichkeit zu geben, praxisnah ihre eigenen Bedürfnisse zu erforschen und in kleine, organisch wachsende Handlungsansätze umzusetzen.

2. 1980 wurde das zweite Strukturanpassungsabkommen mit Internationalem Währungsfond und Weltbank geschlossen, das u.a. Rationalisierung des Ausbildungswesens und des Berufsbildungsbereichs zur Folge hatte. Die

Ausbildung im Bausektor wurde nun in einem nationalen Internatsbetrieb organisiert, der nur mehr männlichen Jugendlichen Übernachtungs- und damit auch Ausbildungsmöglichkeiten bot. Das führte dazu, daß die ohnehin geringen Einstiegsmöglichkeiten für Frauen in das Baugewerbe, die bislang genutzt wurden, eliminiert waren. Nur noch wenige, im Umkreis wohnende Frauen, konnten an dieser Ausbildung teilnehmen.

3. Es gibt eine kleine Organisation im Bereich der Entwicklung von Bauresourcen, das *Construction Resources Development Center* (CRDC). Eine der damaligen Mitarbeiterinnen, Ruth McLeod, war als Architektin Mitglied einer Gruppe von professionellen Frauen, die sich im Ghetto engagieren. Das CRDC profitierte von dem durch die IWF- und Weltbank-Kredite ausgelösten relativen Bauboom und die Architektin fragte sich, warum eigentlich nicht mehr Frauen daran Anteil haben können. In Jamaika ist das Baugewerbe hochgradig informell organisiert. Der Einstieg wird meistens über informelle männliche Netzwerke hergestellt, zu denen Frauen keinen Zugang haben.

Was also hat das Projekt unternommen?



Indem es Frauen zu Bauhandwerksgehilfinnen ausbildete, hat das Projekt den Einstieg ins Baugewerbe, der Männern über gesellschaftlich bereit gestellte informelle Kanäle ermöglicht ist, für Frauen formell organisiert. Damit war diesen der Bereich qualifizierter Bautätigkeit noch immer verschlossen, aber sie konnten zumindest an der Nachfrage nach angelernter Arbeitskraft Anteil haben.

Der Projekteinstieg

So wurde eine 5-wöchige Grundausbildung organisiert. Eine Sozialarbeiterin half bei der Rekrutierung von zehn Frauen in einem von der Regierungspartei kontrollierten Armenviertel. Sie nahm den Frauen einen Teil des Anfangskampfes um die Zustimmung der Männer ihres sozialen Umfeldes ab. Im Jugendclub und bei Würdenträgern von Kirche und Partei warb sie um Zustimmung und konnte erreichen, daß den Frauen durch Benefizveranstaltungen eine kleine finanzielle Mitgift mit auf den Weg gegeben wurde, die sie ihrerseits in das Projekt einbrachten.

Es ist eine lange und spannende Geschichte, mit welchen Erwartungen die Frauen an die Ausbildung herangegangen sind und welche Erwartungen an sie gestellt wurden, zu lang und zu komplex für diesen Beitrag. Fakt ist, daß die Frauen nach den fünf Wochen Grundausbildung tatsächlich in der Lage waren, ihre Arbeit auf dem Bau anzutreten.

Parallel zu der Vorbereitung des Kurses waren mit der für die Sanierung des gro-

ßen nationalen Obst- und Gemüsemarktes in Kingston zuständigen Architektin Vorverhandlungen bezüglich der Anstellung der Frauen geführt worden. Im Jahr 1983, beim nächsten Strukturanpassungsabkommen, gab es schärfere Auflagen als 1980. Der Ausbau des Zentralmarktes fiel den Kürzungen im Staatshaushalt zum Opfer. Die Aussicht der angelernten Frauen auf Arbeitsplätze war zerronnen.

Die Frauen hatten gehofft, zu dieser Zeit, kurz vor Weihnachten; das erste selbst verdiente Geld in den Händen halten zu können! In ihrer Not und Entschlossenheit erfanden sie das *job-auditioning*, zu deutsch etwa "arbeitendes Vorsingen". Die Frauen sind zu zweit, zu dritt zu Baustellen gegangen und haben gesagt: Hier sind wir, laßt uns eine Woche mitarbeiten. Wenn wir gut gearbeitet haben, bezahlt uns und stellt uns an, wenn wir schlecht gearbeitet haben, gehen wir unserer Wege. Das Projekt seinerseits hat auf Kreditbasis Mittel für den Einkauf von Handwerkszeug zur Verfügung gestellt, denn auf dem Bau kann man sich nur mit eigenem Handwerkszeug bewerben.

Innerhalb von 2-3 Wochen waren alle 10 Frauen angestellt. Mittlerweile sind über 590 Frauen ausgebildet worden. Das Projekt selber war hinsichtlich seiner Schwerpunktsetzung - Grundausbildung, Spezialausbildung (Restaurieren, Hurrikanbefestigung, Fliesenlegen), Arbeitsvermittlung, eigene Werkstatt - immer wieder Schwankungen unterworfen, die ihrerseits Widerspiegelungen konjunktureller Schwankungen im Baugewerbe waren.

Auf dem Bau selber gestaltete sich die Mitarbeit der Frauen vergleichsweise unproblematisch. Anders als z.B. in Indien, wo traditionell gering geachtete Frauenarbeit im Baugewerbe, wie z.B. Steine- oder Wasserschleppen, eingesetzt wird, in Jamaika es zwar ungewöhnlich, aber keinesfalls entwürdigend ist, wenn Frauen auf dem Bau arbeiten. Sie sind hier in ihrer Eigenschaft als Bauhandwerksgehilfinnen durchaus geachtet. Von daher war die Frage auf den Baustellen eher eine des Verhältnisses von Männern und Frauen zueinander. Anfängliche Männerwitze verebten bald in stillem Beobachten aus den Augenwinkeln. Skepsis verwandelte sich in zunehmend gelassene Anerkennung und gelegentliche Hilfeleistung. Es gab Anflüge von Konkurrieren und Ranklotzen, was Vorarbeitern und Bauherren nur recht war. Auch sonst wurden die Handwerkerinnen als "zivilisierendes Element" auf der Baustelle eher gern gesehen: Alkoholkonsum, Prügeleien nahmen ab, die Atmosphäre auf dem Bau, der Umgangston wurden freundlicher.

Die einzelnen Stadtteile Kingstons sind insbesondere in den ärmeren Gegenden hochgradig politisiert. Die Lenkung der Mittel für infrastrukturelle Versorgung und der Zugang zu der knappen Ressource Arbeitsplatz ist dort aufs engste mit der Zugehörigkeit zu einer bestimmten politischen Partei verknüpft. Die ersten 10 Frauen waren aus einem bestimmten, von der Regierungspartei kontrolliertem Gebiet des Ghetto gekommen. Die folgenden 10 Frauen sind daher bewusst aus einem von der Oppositionspartei kontrollierten Stadtteil ausgewählt worden. Die Frauen haben sich somit erfolgreich dem politisierten Hintergrund des Baugewerbes entziehen können.

Als sich das Ausscheiden der ursprünglich das Projekt leitenden Architektin abzeichnete, wählten die Frauen eine der Handwerksgehilfinnen für eine Ausbildung in Management und Buchführung aus. Ihr unterliegt heute die administrative Projektführung. Insgesamt hat sich das Projekt in Schritten und Phasen entwickeln können, die den Frauen nie aus der Hand gegliitten sind.

Kein Ansatz für Entwicklungshilfe

Der eingangs kurz skizzierte lebendige Zusammenhang von einerseits engagierten Frauen in professionellen Organisa-

tionen, andererseits einkommensbedürftigen und mutigen Frauen aus den armen Vierteln ist dann unter der Perspektive der Einrichtung eines entwicklungspolitischen Projektes im Bau- und Wohnungsbereich in der Wahrnehmung mancher internationalen Gebern zum "Ansatz" geronnen. Auch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung interessierte sich für diesen "Ansatz" und stellte mehrere Millionen zu seiner Verbreitung zur Verfügung. Es wurde relativ viel Geld für Projektfindungsmissionen ausgegeben, aber ein interessierter Träger ließ sich auf diese Weise nicht finden. Auf der anderen Seite hat das Projekt selbst seinerseits einen Antrag beim BMZ gestellt, unter anderem, um in einem eigenen Zulieferdienste zum Baugewerbe leistenden Handwerksbetrieb Arbeitsmöglichkeiten für schwangere Frauen oder aus anderen Gründen physisch nicht voll belastbare Frauen zu schaffen.

Der Antrag ist vom BMZ mit dem Hinweis auf die fehlende Nachhaltigkeit der Maßnahme abgelehnt worden. Unter Bezug auf einen gänzlich marktförmig gefaßten Begriff von Nachhaltigkeit wurde die Selbstfinanzierung der Kurse seitens der angeleiteten Frauen gefordert. Im Ergebnis bringt diese Herangehensweise den merkwürdigen, aber signifikanten Tatbestand vor, daß junge Männer weiterhin von der staatlicherseits unentgeltlich bereitgestellten Ausbildung profitieren können, die jungen Frauen aber aufgefordert sind, ihren Zugang zu einem Einkommen versprechenden Berufszweig nicht nur selber zu organisieren, sondern das Einstiegsinstrument auch noch selbst zu finanzieren. Mit eigenen Mitteln sollen sie das kompensieren, was die nationale und die internationale Gesellschaft (IWF-Auflagen) ihnen vorenthält. Glücklicherweise gibt es auch andere entwicklungspolitische Philosophien. Peace Corps und eine amerikanische Nicht-Regierungsorganisation haben mittlerweile den Werkstattausbau finanziert und überdies einen flexiblen Fonds zur Finanzierung spezieller Ausbildungskomponenten zur Verfügung gestellt.

Die Folgeaktivitäten

Letzte Phase: Über eine Studienpraktikantin aus meinem Seminar zum Geschlechterverhältnis in der Entwicklungszusammenarbeit an der FU Berlin

kam dem Leiter der nationalen Ausbildungsbehörde der faktische Ausschluß von Frauen zu Ohren. Er ordnete daraufhin die Einrichtung von 50 Ausbildungsplätzen für Frauen in der Bauakademie an. Nach einigen Überzeugungsgesprächen wurden die 50 Plätze in wenigen Wochen besetzt. Heute ist die Ausbildungsstätte für Frauen offen und es finden Diskussionen statt, in welche Richtung sich das Projekt verändern muß, um einerseits Aufgaben an die nationale Ausbildungsstätte abzugeben, andererseits ihm eigene Strategien zu konsolidieren und ggf. neu zu entwickeln.

Bei dem zweiten Projekt handelt es sich um eine Wohnungskooperative von und für Frauen, aus deren Herangehensweise sich interessante und wichtige Lehren für die Bereitstellung von Wohnraum ziehen lassen. Wiederum steht im Hintergrund die Politik der Strukturanpassung, deren Auswirkung in der Tat in den letzten 13 Jahren jedes einzelne Menschenleben auf Jamaika erheblich beeinflusst hat. Im Gefolge der Strukturanpassung entstanden auch in Jamaika "Freie Produktionszonen", die genau betrachtet Zonen umgekehrter Entwicklungshilfe sind. In den "free zones" werden mit Hilfe internationaler Kredite seitens der Regierung bezugsfertige Produktionsanlagen bereitgestellt. Auswärtige, in Jamaika überwiegend US-amerikanische, durch erhebliche steuerliche und andere Anreize angelockte Unternehmen installieren hier Anlagen meist der Textilverarbeitung, die zu 80-90% auf Frauenarbeit beruht. Gewerkschaften sind hier nicht zugelassen, aber über die z.T. beschämende Qualität dieser Frauenarbeitsplätze ist viel diskutiert worden. Unter dem Einfluß vehementer Konflikte sind in der Tat einige Verbesserungen erreicht worden. Während der Auseinandersetzungen bildeten sich neue Strukturen der Interessenvertretung, wie unter anderem die sogenannten "Freie Zone Frauen".

Diese Frauen kommen überwiegend aus dem Ghetto von *downtown*. Sicherer Wohnraum, und das heißt Wohnraum, aus dem kein Vermieter sie herauswerfen kann, war eines ihrer dringlichsten Bedürfnisse. Eine dieser Frauengruppen, angeregt durch ein in Kanada praktiziertes Modell und ermutigt durch Frauen aus der kanadischen Entwicklungszusammenarbeit verfolgten nun den Ansatz: "Gut, jetzt habt ihr hier einen festen,



wenn auch schlecht bezahlten Arbeitsplatz, das nächste, was ihr braucht, ist aus euren miesen Hütten rauszukommen."

Mit Hilfe der Zuschüsse einer katholischen Kirchenorganisation wurden heruntergekommene, bzw nicht fertig gebaute Häuser des sozialen Wohnungsbaus, an denen aus Gründen der staatlichen Haushaltskürzungen keine Verbesserungen mehr vorgenommen wurden, bzw. die nicht weitergebaut wurden, teils gekauft, teils, vermittelt über die Kirche, langfristig gemietet. Diese Wohnungen wurden unter Einbeziehen des "Women's Construction Collective", aber auch anderer Handwerksbetriebe saniert und kinderfreundlich ausgestattet. Die Gemeinschaftseinrichtungen z.B. wurden so eingerichtet, daß Kinder beim Spielen leicht im Augen behalten werden können. Inzwischen leben ca. 45 Familien in diesen Wohnungen.

Das Besondere an diesem zweiten Projekt ist die Besitzform: Die Mitgliedschaft in der Kooperative ist ausschließlich Frauen vorbehalten und nur Mitglieder dürfen rechtsverbindliche Miet- oder Kaufverträge unterzeichnen. Männer können die Wohnungen bewohnen, aber nur Frauen haben einen Anspruch auf einen Rechtstitel. Diese Besitzform drückt einen faktischen Tatbestand aus: in *downtown*-Kingston werden 90% aller Mietverträge von Frauen geschlossen. Selbst wenn ein Mann im Haushalt wohnt, ziehen es die Vermieter aus Gründen der größeren Beständigkeit und Zuverlässigkeit der Frauen vor, ihnen den Mietvertrag zu geben. Mit in der Regel 5-8 Kindern packen sie nicht so

rasch den Koffer und sind auf und davon, wie es immer wieder mit männlichen Mietern der Fall ist. Die Mietverträge sind zu 90% von Frauen unterzeichnet, Träger der Besitztitel aber sind zu über 75% Männer!

Die Kooperative nun hat mit ihrer Rechtsform bewußt der Tatsache Rechnung getragen, daß das alte Wertemuster der intakten Familie, in welcher der für die ganze Familie sorgende Mann Familienoberhaupt ist, zwar ideologisch und in der Sehnsucht vieler Frauen weiterhin gültig ist, aber den realen Verhältnissen nicht entspricht und es im übrigen auch nie tat. Es sind die Frauen, die Verantwortung für die Sicherung des Familienunterhalts und der Versorgung der Familien tragen und das nicht nur da, wo sie, wie in über 70% der Haushalte im Ghetto von Kingston, alleinerziehendes Oberhaupt von häufig Viel-Vater-Familien sind.

Schlußfolgerungen

Beide Projekte verdanken sich Planungs- und Umsetzungsprozessen, in die Ergebnisse von geschlechterdifferenzierter Aktionsforschung und frauenpolitischer Sensibilisierung von Entwicklungsplanern und -machern eingingen. Jenseits von Stereotypen wurde das reale Bedürfnis von Frauen berücksichtigt und eine viel größere Akzeptanz erreicht, als *status quo*-orientierter Kleinmut je für möglich gehalten hätte. Interessant an beiden Projekten ist auch, daß sie es fertiggebracht haben, Berührungspunkte zwischen Frauen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Schichten herzustellen und gleichzeitig auf ihre unterschiedlichen Klassenverhältnisse Rücksicht zu nehmen. Die professionellen Frauen wurden niemals zu Sozialarbeiterinnen und die Frauen aus dem Ghetto ihrerseits nicht gezwungen, sich aus ihrer Lebenswelt herauszubewegen, um den Ansprüchen von Koalitionspartnern aus anderen Schichten oder auch Geberorganisationen Genüge zu tun. Dies waren und sind weiterhin konstitutive Elemente beider Projekte.

Der Umgang mit natürlichen Ressourcen in der räumlichen Entwicklungsplanung

Jürgen Oestereich

Abstract

Natural Resources in Physical Planning

The discussion on the material limitations of natural resources is nowadays complemented by the discussion of the limitations in absorption-capacity. It is mainly this latter aspect which interests the physical planner if he is involved in procedures like Environmental Impact Assessment (EIA), granting Non-Objection Certificates (NOCs) and planning comprehensive urban development.

Quoting giant projects like the Narmada Dam in India, the author argues that the impact of the planner is more limited than it could be. He is called in at a too late stage and his approach deals rather with qualities and rules to solve conflicts, he is not taken too seriously by economists and engineers, who argue with quantities only and tend to negate conflicts.

With respect to the NOC procedure, the leading expert usually is the environmental engineer. The planner comes in to assess the effects in relation to the existing situation i.e. to the level of emissions produced by the local population. This leads to the difficult problem of non-point sources.

The planner is really at home when it comes to environmental planning in the settlements. In numerous cases it has been found that the absorption capacity of the local eco-system of even smaller cities is already overstepped. However, the population may become concerned so that the planner, with some skill, is able to trigger off a process of wide ranging planning on a participative basis.

Das Thema "Natürliche Ressourcen" als Aspekt der räumlich-physischen Planung ist relativ neu. Im Jahre 1964 veröffentlichte der Landschaftsplaner Hermann Mattern "12 Kapitel über den Verbrauch der Landschaft" unter dem Titel "Gras darf nicht mehr wachsen". Sie handeln von den natürlichen Lebensgrundlagen menschlicher Siedlungen als "natürliche Ressourcen", ohne daß genau dieser Begriff verwandt wird. Bezogen auf Planen und Bauen in südlichen Ländern ist das Thema in den achtziger Jahren relevant geworden. Die Arbeiten von Richard L. Meier, Berkeley, etwa sein Essay "A Stable Urban Ecosystem" von 1977, waren zunächst noch ohne großes Echo geblieben. Wir von TRIALOG haben bis zum Erscheinen des Brundtland-Berichtes "Our Common Future" gewartet, bis wir im Heft Umwelt und natürliche Ressourcen thematisierten. Immerhin: die UNO war damals schon fast fünfzig Jahre, TRIALOG aber erst vier Jahre alt.

Der Begriff "natürliche Ressourcen" ist

Teil der Umweltdiskussion. Diese begann von zwei Seiten her: Einerseits hatte die vom Club of Rome 1968 in Auftrag gegebene Studie "Grenzen des Wachstums", die 1972 erschien, die Erschöpfung nicht erneuerbarer Ressourcen auf der Erde in den Vordergrund gestellt. Was manchen aufmerksamen Beobachter schon beunruhigt hatte, ohne daß er klare Aussagen hätte machen können, wurde nun in Modellrechnungen plausibel gemacht. Kritiker monierten zwar sofort, daß der Bericht in seinen Annahmen, sowohl was die Mengen als auch die unterstellten Wirkungen betrifft, ungenau war, der Grundgedanke der Endlichkeit der natürlichen Ressourcen war aber von da ab nicht mehr zu übergehen.

Andererseits hatten Journalisten vor allem in Deutschland mit Stichworten wie "Waldsterben", "Artensterben", "saurer Regen", "Treibhauseffekt" und dergleichen auf eine andere Bedrohung unseres Planeten aufmerksam gemacht, die

schädlichen Nebenfolgen menschlichen Wirtschaftens. Auch hier wurde, bei allen Einwänden im Detail, der Aspekt unbedachter, jedoch räumlich wie zeitlich unbegrenzbarer Nebenwirkungen wie die Kumulierung von Schadstoffen etwa in der Nahrungskette im Genhaushalt, die begrenzte Aufnahmefähigkeit von Störungen in Ökosystemen usw. ein für alle Mal etabliert.

Natürliche Ressourcen in Planen und Bauen

Alle diese Konzepte kommen zusammen im Bild vom "Raumschiff Erde", dessen Ressourcen, nämlich:

- die chem.-physikalischen, aber auch die genbiologischen Ressourcen, die nicht erneuerbar sind;
- die evolutiven Reproduktionsprozesse, Manifestationen der durch die einströmende Sonnenenergie in Gang gesetzten negativen Entropie als im wesentlichen mit "weicher" Energie arbeitende biochemische und biologische Reproduktionskaskaden und Synergismen; und
- die Resorptions- und Selbstreinigungspotential der solcherart entstandenen Ökosysteme begrenzt sind

Es ist dieser letzte Aspekt, der es erlaubt, lokale oder auch regionale Wirkungssysteme auszugrenzen, und der damit den Ansatzpunkt für räumlich-physisches Planen schafft. Die konzeptionelle Abgrenzung von Ökosystemen als lokal definierbarer Stoffkreislauf in den vier Medien Atmosphäre, Hydrosphäre, Limnosphäre und Biosphäre, sei es als Landschaftstyp, sei es als Wohnwelt, sollte von nun an die Grundlage für zukunftsgerichtete Eingriffe im Sinne planvollen Siedlungswesens sein.

In der Praxis wurde das Konzept "natürliche Ressourcen" von außen in Form einzelner zusätzlicher Themen in die räumlich-bauliche Planung hineingebracht. Zunächst geschah das über Problemfälle im Norden: Versorgungsgänge bei Trinkwasser, Probleme der Entsorgung, Reinigung und Wiederaufbereitung machten großräumige und kleinräumige Wasserschutzgebiete, Filterzonen, Verteilungsnetze, Klärwerke, Maß- und Kontrollstationen erforderlich. Schadstoffbelastungen im Medium Atmosphäre, im wesentlichen durch Energieerzeugung und Verkehr führten zur stärkeren Berücksichtigung klimatischer Faktoren bei der Planung. In der Limnosphäre waren es die Altlasten im

Boden, in der Biosphäre die Forderung nach Biotopen und deren Vernetzung, die zu Planungsthemen wurden. Raumplanern und Architekten blieb oft nur, als "Mitzeichner" von Entscheidungen der jeweils betroffenen Gebietskörperschaften zu reagieren.

Dieser Feststellung steht meine These entgegen: Erst wenn das Konzept "natürliche Ressourcen" Teil einer gesamtheitlichen Planung ist und offensiv vertreten wird, läßt sich der holistische Anspruch einlösen, der räumlich-bauliche Planung notwendig folgt.

Das Instrument Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) in südlichen Ländern

Seit in großen Projekten der EZ die UVP obligatorisch ist, werden auch Regional- und Stadtplaner hinzugezogen, vornehmlich in ihrer Rolle als Datenlieferanten. Herren des Verfahrens waren und sind andere: Investoren, d.h. die Regierung des Nehmerlandes und die multi- und bilaterale Geberorganisationen und die wollen nicht immer so genau wissen, was Raumplaner als Generalisten liefern können: Informationen zur existierenden Kultur, zur Demographie, zur bestehenden Bodennutzung und damit auch zum gegenwärtigen Verhalten gegenüber den natürlichen Ressourcen.

Der UVP werden vor allem spektakuläre Projekte unterworfen, Staudämme, Verkehrsbauwerke vom Hafen bis zu Brücken, nicht aber weiche, aber oft durchschlagendere Maßnahmen wie die landwirtschaftliche Intensivierung durch die grüne Revolution (Sie führt z.B. im indischen Bundesstaat Punjab zur ökologischen Zerstörung), die Förderung von Kleinindustrie (deren Schädigung von Boden und Grundwasser besonders schwer einzudämmen sind) usw. Sodann ist die gegenwärtige Methode des UVP im Prinzip reaktiv. Sie ist nicht viel mehr als die technische Folgenabschätzung einer bestimmten Maßnahme. Sie sollte Aussagen über deren mögliche Schädigung des Ökosystems liefern und Hinweise auf eine mögliche Schadensbegrenzung geben. (Fig. 1) Weder diese, noch möglichen Aussagen über Maßnahmen zu einer eventuellen Wiedergutmachung sind nicht einklagbar. Bereits auf der Ebene der technischen Wirkungen ist eine Abwägung mehr oder weniger grundsätzlicher Varianten und

Umweltrelevante Potentiale	1. Umweltschicht	2. Luft- und Wasserqualität	3. Boden	4. Energie	5. Klimawandel	6. Klima	7. Luftqualität	8. Lärm- und Vibrationen	9. Naturgenuss
Frage zur Beurteilung des Vorhabens, Bewertungsschritte									
1. Zustandanalyse									
1.1. Leistungsvermögen									
1.1.1. Potenzielle Leistungsfähigkeit	Erheben								
1.1.2. Vorhandene Beeinträchtigungen	Erheben								
1.1.3. Derzeitige Leistung, Erregung / zukünftige Leistung	(Präferenzmatrix)								
1.2. Bewertung der Schwachpunkte									
1.2.1. Empfindlichkeit gegenüber Beeinträchtigungen	Erheben								
1.2.2. Schwachpunkte	(Präferenzmatrix)								
2. Prognose									
2.1. Beeinträchtigungsmittel	Erheben								
3. Bewertung									
3.1. Risiko	(Präferenzmatrix)								

Fig. 1 UVP-Systematik

Alternativen nicht vorgesehen. Die Partizipation der betroffenen Bevölkerung mit ihren gesellschaftspolitischen Wirkungen würde das Instrument vollends lähmen.

Der Narmada-Staudamm in Indien z.B. war zunächst rein ingenieurtechnisch konzipiert gewesen. Das dazugehörige Kraftwerk sollte die theoretisch nutzbare Wasserkraft verfügbar machen und in Nebentälern dammbwärts die Bewässerungslandwirtschaft ermöglichen. An derartige Perspektiven hefteten sich alsbald bedeutende Interessengruppen. Nach anschwellenden Protesten gegen das Projekt wurden UVP-Studien nachgeschoben. Diese wurden sofort scharf kritisiert, weil sie die zu erwartenden Änderungen der Ökosysteme zu optimistisch angesetzt hatten. Vor allem aber hatten sie die Projektbestandteile Umsiedlung, Vertreibung und soziale Härten, völlig vernachlässigt. Auch UVP-Studien folgen dem Prinzip, daß nur zählt, was gezählt werden kann und werden unter der Versuchung von Zahlenmanipulationen schnell zu Alibiveranstaltungen.

In der gegenwärtigen Form ist der UVP eher ein Rückschritt gegenüber dem differenzierten Planungsinstrumentarium räumlicher Planung, das vor allem für die kommunale Ebene entwickelt wurde. Diesem folgend wird der räumlich-physische Planer auch qualitative Aspekte einbeziehen, was Ingenieuren und Volkswirtschaftlern oft unverständlich ist. Darüber hinaus wird er Konflikte nicht nur störend sondern auch produktiv sehen und sich damit auf ein Metaniveau begeben. Dies wiederum können viele ihrer Interessen folgende Politiker nicht nachvollziehen. Auf diese Weise doppelt isoliert, wird dem Planer die Kompetenz

für das Gebiet natürliche Ressourcen oft abgesprochen.

Das Non-Objection Certificate (NOC) in südlichen Ländern

Ein weiteres stehendes Verfahren der Industrialisierungspolitik für den Umgang mit natürlichen Ressourcen sind die Emissionsgenehmigungen und -kontrollen, für die die englische Abkürzung NOC gebräuchlich ist. Naturgemäß ist die Festsetzung und Kontrolle von Grenzwerten für Industrieemissionen die Sache von Chemikern, Medizinern, Biologen. Die Rolle des räumlichen Planers ist auch hier zunächst die des Datenlieferanten. Wenn es um die Standortwahl geht, kann er auch prospektiv oder präventiv wirken. Angesichts der manifesten Anreicherung von Schadstoffen in Boden und Grundwasser sind die alten Kriterien wie windabgewandte Seite, Fließrichtung von Oberflächen- und Grundwasser usw. obsolet geworden. Letztlich wäre sogar die völlige Mischung von Nutzung anzustreben, da dann der Betrieb unter Beobachtung zu völliger Vermeidung von Emissionen gezwungen würde. In der Tat laufen heute wirklich kompetente NOC-Festsetzungen auf technische Verfahrensberatung zum Stoffrecycling hinaus. (Fig.2)

Emissionsgenehmigungen und chemische oder biologische Kontrollen sind meist technisch auf die Großindustrie bezogen. In Hinblick auf Einzelnutzen ist die wohlverstandene Aufgabe des Raumplaners, politische und administrative Verfahren der Konfliktaustragung und -lösung zu fördern. Es läge an ihm, die Mechanismen von Institutionen zu antizipieren, Partizipation zu ermöglichen, zu mehr Demokratie und Verrechtlichung bei der Ressourcennutzung beizutragen.

So bedeutsam gelegentlich große Einzelverursacher sind, so wenig ist zu übersehen, daß sich viele Kleinbetriebe zusammen mit den Privathaushalten zu einem Niveau von Siedlungsemissionen summieren, das dann die hygienisch oder ökologisch gebotenen Grenzwerte ebenfalls überschreitet. In asiatischen Städten mit ausgeprägter Kleinindustrie gehen Experten davon aus, daß 80% der Wasserverschmutzung und 90 % der Luftverschmutzung von diffusen "Non-Point Sources", d.h. Haushalten, Kleinstgewerbe, Kleintransport usw., verursacht

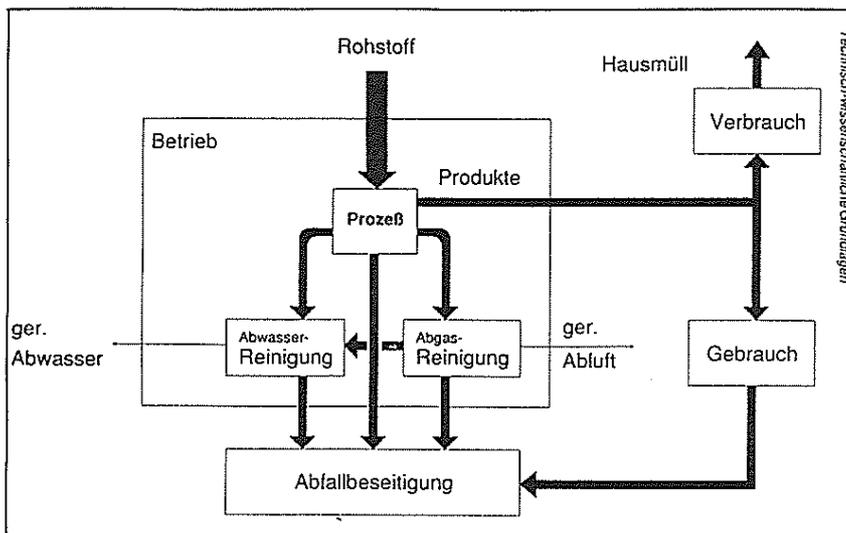


Fig. 2 Hin zum geschlossenen Ressourcenkreislauf - Towards a closed resource circuit

werden. In Mexiko-Stadt etwa verursachen bei den dort häufigen Inversionslagen Luftverschmutzungen durch schwefelhaltige Kraftstoffe von Kraftwerken und Kleintransport photochemischer Smog. In asiatischen Metropolen ist es dagegen eher die Staubhaltigkeit der Luft, die zu Krankheiten und Todesfällen führt. Die mangelnde Kontrolle über den Wasserkreislauf hat etwa in Lima zur bekannten Choleraepidemie geführt. Von ähnlichen durch Wasser verbreiteten Schädigungen kann man in afrikanische und asiatischen Metropolen sprechen.

Tatsächlich stehen sich oft wenige Großemittoren (Raffinerien, Kraftwerke) und eine überwältigende Zahl von Kleinstemittoren gegenüber. Die ersteren, übermächtig wie sie sind, wollen nicht, die letzteren am Rand des Überlebens können nicht auf umwelt- und ressourcenschonendes Verhalten umstellen, Filter benutzen, Schadstoffe recyceln usw. Hier wären die Stadtplaner als Spezialisten der räumlichen Verteilung von Nutzungen und Wirkungen und als Erfinder von Regelwerken kompetent. Das Management von Nutzungsrechten funktioniert aber langfristig nur bei Einbeziehung der Betroffenen und Handelnden, denn es sind diese, die letztlich mit ihrem geänderten Verhalten die Stoffkreisläufe reformieren müssen.

Natürliche Ressourcen als Planungsdimension in südlichen Ländern

In den industriellen Gesellschaften des Nordens liegt die Schwachstelle darin, daß die Kompetenzen für ökologischen Wirksysteme aufgeteilt sind: Die Kon-

trolle von Emissionen und Medien ist auf verschiedene Umweltbehörden aufgeteilt, die Zuständigkeit für die offensive und oft aggressive Nutzung der natürlichen Ressourcen liegt bei den Wirtschaftsförderern. Im Süden findet man demgegenüber weniger Umweltbewußtsein, aber auch weniger verfestigte Institutionenstrukturen. Es besteht deshalb eine gewisse Chance, entsprechende Verfahren der Nutzungszuteilung und -kontrolle einzuführen. Allerdings muß diese umfassend sein.

Es ist bekannt, daß nicht nur industrielle Systeme, sondern auch agrarische Kulturen ihre natürlichen Ressourcen erschöpfen und sich damit ihre Lebensgrundlagen entziehen. Eine punktweise Überausbeutung der Ressourcen Wasser und Biomasse ist in der Stadtkultur des Sahel nicht ungewöhnlich. In Mauretanien, Mali, Niger, im Tschad und im Sudan sind eine ganze Reihe verlassener Stadtlagen bekannt. (Fig 3) Heute aber werden solche Siedlungen gerade in dem Maße, in dem sie bedeutend, groß und deshalb ressourcenfressend sind an ihrem Platz gehalten, wegen der Infrastruktur und der Möglichkeit, Wasser und Lebensmittel über große Entfernungen zu transportieren. Stattdessen wird ein immer größeres Gebiet immer intensiver überausgebeutet. Es vertrocknet und verdorrt. Dies nun fällt zusammen mit der großräumigen Ausdehnung der Sahara nach Süden. Die grundwasserführenden Schichten sind so weit ausgeleugt, daß sie die Fähigkeit der kapillaren Wasserspeicherung weitgehend verloren haben. Durch die saisonalen Regenfälle übermäßig gelösten Bodenmineralien

werden die zeitweisen Grundwasserströme salzig. Sie zerstören damit zusätzlich humusbildende Mikroorganismen. Die vegetative Tragfähigkeit des Bodens vermindert sich damit dramatisch. Unabhängig davon sammeln sich in der Stadt mehr und mehr feste Abfallstoffe - nicht zuletzt auch Plastik. Belastende Chemikalien, die in Luft, Wasser und Feststoffen akkumulieren, vermindern das ursprünglich gegebene Absorptionspotential weiter.

In einer solchen Situation, in welcher die Bevölkerung die Veränderung bemerkt hat, aber der Entwicklung hilflos gegenübersteht, müssen die Planer damit beginnen, vor Ort in den Quartieren die grundlegenden Zusammenhänge der chemischen und biologischen Ressourcen in den Medien Luft, Wasser und Boden zu erklären. Die Unterscheidung in die drei Kategorien der natürlichen Ressourcen erwies sich als sehr hilfreich: Mit nicht erneuerbaren Ressourcen, d.h. in dieser Weltgegend Steine, Metall aber auch eingeführte Stoffe wie Zement, Chemikalien usw. muß man sparsam umgehen. Von nachwachsenden Rohstoffen, also vor allem Biomasse kann nur entnommen werden, was nachwächst. Die Resorptionsmedien Wasser und Boden müssen haushälterisch gepflegt werden, wenn man ihre biologische Selbstreinigungskraft erhalten will.

Es war sehr eindrucksvoll, zu beobachten, wie in den Versammlungen quasi sichtbar der Groschen fiel und daraus die Motivation entsprang, tätig zu werden. (Fig 4) Der nächste Schritt der Planer darf dann nicht darin bestehen, ein fertiges Planungskonzept vorzulegen, sondern darin, zu der Palette möglicher Aktionsformen hinzuzuführen. Die neuen Erkenntnisse veranlassen die Bevölkerung dazu, selbst nach Wegen zu suchen, sich ökologisch angemessener zu verhalten. Dabei spielen die Frauen eine wichtige Rolle. Sie können mittels brennstoffsparender Herde den Energiebedarf mehr als halbieren, vor allem den Druck auf den Holzverbrauch vermindern und durch entsprechendes Verhalten bei der Entsorgung z.B. mit Kompostierung und dergleichen Humus erzeugen und die Selbstreinigungskraft des Bodens wieder in Gang bringen.

In einer Stadt wie Abéché als Zentralort eines Gebietes von der Größe Niedersachsens besteht zwar keine industrielle,



Fig. 3 Ruinen einer verlassenen Stadt im Tschad - Ruins of a historic town in Chad

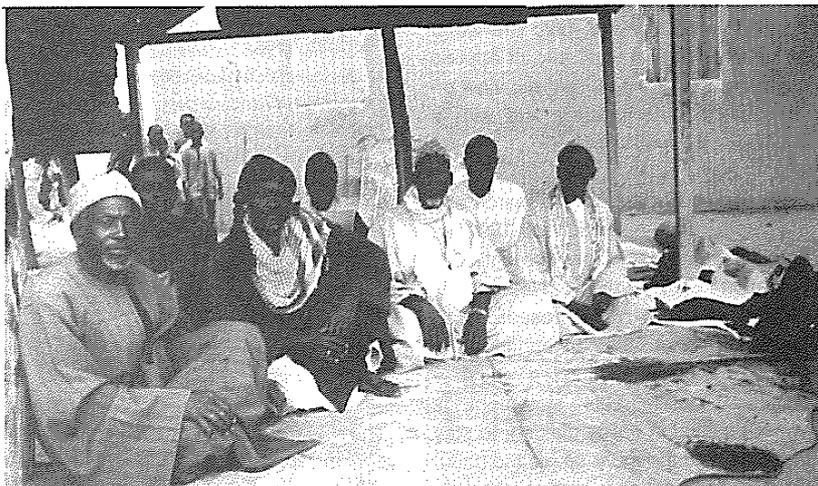


Fig. 4 Dorfversammlung über Umweltthemen - Discussing environmental problems

wohl aber eine gewerbliche Nachfrage nach natürlichen Ressourcen. Energieträger müssen wohl solange eingeführt werden wie das Einfangen von Sonnenlicht teuer bleibt. Ebenfalls wird man auf die Einfuhr aller Werkstoffe bis auf Lehm für den Hausbau angewiesen sein. Recycling wird unerlässlich bleiben.

Unvermeidlich wird es dabei zu Konflikten kommen wie gegenärtig um die Ressource Dung. Zum einen trägt dieser, richtig eingesetzt, sehr wirksam zur Humusbildung in Hausgärten bei. Zum anderen vermag er den zum Bauen verwandten Lehm so gründlich zu stabilisieren, daß dieser ein dauerhaftes Material für Dachdeckung und Fassadenputz wird.

Selbstbestimmung und planvoll-dauerhafte Ressourcennutzung

Die grundlegende Motivation für ökologische Stabilisierung ist die Perspektive

auf zukünftige Generationen. Daraus folgt die Anerkennung Ethik der Verantwortung, wie sie etwa von Hans Jonas entwickelt worden ist, zusammen mit bewußter Selbstorganisation. Ein endogener Prozess kleinteiliger Aktionen auf Quartiersebene, z.B. als Kampf gegen Erosion, Einrichtung von Hausgärten und Schattenplätzen, Stärkung der Resorptionsfähigkeit des Ökosystems kommt auf diese Weise in Gang. Nur dies, die Selbsterhaltung von beherrschbarem Teilsystem sichert das Gesamtsystem und damit das Überleben über die Generationen hinaus. Erst durch Erfüllung ihres holistischen Anspruchs kann räumlich-physische Planung zu sich selbst kommen - besser vielleicht mit, notfalls aber auch ohne Planer.

Development Research in an Asymmetric World

Creating a South-North Dialogue

George Waardenburg

A dialogue between science and politics may provide the world of policy time and again with fresh and critical views on reality and for solutions to problems and likewise, help the world of fundamental-strategic and of applied research with getting a realistic view on its usefulness for society and with a feeling for the challenges.

The policy document on research and development co-operation of 1992 by the Ministry for Development Co-operation of the Netherlands recognizes explicitly that research can be an important factor to enhance the quality of policies directed at development policies. This statement is rather unusual in policy making, to stay the least, and the more so, as the document adds emphatically that not only applied research but also fundamental-strategic research is valuable. At the same time the document states that decisions on research related activities are taken in view of the objectives of development co-operation, that is support to genuine development processes. In order to make this general concept of development more precise and operational for policy, the dimensions of poverty, environment and woman are singled out and support is given in particular to create room for people in developing countries to work for development in this sense.

This implies that the research policy is directed consequently at the needs in the South for research oriented towards such development, and at supporting such research and the creation and maintenance of such research capacity in the South. In short one may say the research policy is demand-oriented instead of supply-oriented and, moreover, that actively ways are sought to realize this objective.

Zusammenfassung

Entwicklungsforschung in einer asymmetrischen Welt

Der Autor stellt das neue Konzept der Entwicklungsländerforschung der niederländischen Regierung vor. Dieses setzt Prioritäten mit den Stichworten Armut, Umwelt, Frauen. Gerichtet an Forscher in den südlichen Ländern, besteht dennoch ein gewisser Gutachterbedarf an einheimischen Wissenschaftlern. Priorität soll generellen Forschungsfragen mit naturwissenschaftlicher Tendenz gegenüber sozialen, die oft weniger verallgemeinerbar sind, eingeräumt werden. Vor allem soll die Forschungsförderung nachfrage- und nicht angebotsorientiert gehandhabt werden.

Der Minister versichert, die Ergebnisse dieses Forschungsprogramms in seinen Entscheidungen berücksichtigen zu wollen, betont aber gleichzeitig, daß er auch die Forschungsinstitutionen in den Niederlanden weiterhin berücksichtigen wird.

Fostering Third World Research Institutions

The world is very asymmetrically structured, in power, in capacity to produce and in welfare, and the research world, looked at as a global system, is even more asymmetrical. Not only is the research capacity and the actual research in the world overwhelmingly located in the North, also the problems dealt with are overwhelmingly brought up in the North. The way most likely to change this whole pattern is to support the creation of research capacity in the South. Very little is known how effectively to support this capacity creation, while parts of the indigenous research capacity which has been created in many developing countries in the first decade of their development under heavy pressure of financial crises, brain drain, and competition with international organisation- and consultancy firms. For that reason the Minister asked the Netherlands advisory council on development research, the RAWOO, to prepare an advise on this issue, and to include the experience and wisdom of resource persons from developing countries and donor organisations.

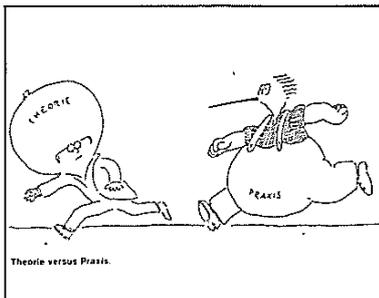
The most visible and direct expression of the new research policy is the support to a series of new long term locally specific research programmes in a number of developing countries, with the following characteristics. The programmes are fully designed, co-ordinated and implemented in the countries concerned by the researchers and other people there. No theme or problem what so ever is suggested to them from the Netherlands, but they are simply asked to consider in extensive discussions and workshops, with researchers and non-researchers in NGO's and governments alike, to take a long-term view on the development in their country or region and choose in the light of that one or few theories or problems, research on which could really contribute to this long-term development. Around such themes a coherent programme with very diverse research and research-related activities could be set up, which would be fully supported from the Netherlands, if everything goes well for 10 to 15 years. In these programmes both research and research capacity building could be supported in an integrated way. The steering committee of the programme could send researchers abroad, to the South or the

North, to get Phd's, or to engage in international conferences for networking purposes, and it could also invite foreign scholars the other way round, but everything would be decided by themselves on the basis of their own integrated budget.

Reorienting Research Activities

Often researchers and non-researchers in developing countries displayed at first a certain hesitation, scepticism and disbelief that these programmes would be really as free and new as they were described. They looked for a hidden agenda or another sly trick to make them somebody's tool. But when they gradually grasped that these were not present here - and the Netherlands being a small country and her reputation for sincere attempts towards supporting development, certainly helped them in grasping this - they recognized it as a rare surprise and a difficult challenge.

These programmes concern locally-specific research often in the social sciences, but the larger part of research is not locally-specific but of global nature, like practically all natural sciences. For some of these areas, like agricultural and medical research, some kind of international programming of research exist, more or less with an underlying institutional framework. The new research policy aims in the areas of global research, directly relevant for development, at least at two actions. On the one hand we attempt to support access for qualified researchers from developing countries to international research programmes and institutes. On the other hand, we try to use the influence we have on the international programming of development oriented research for encouraging it to be directed actively at the needs of developing countries, i.e. to encourage a switch from supply orientation to



demand orientation. Other in development co-operation matters "like minded" countries like Canada and some Nordic countries try to work along similar lines and interestingly, several international bodies respond also quite positively.

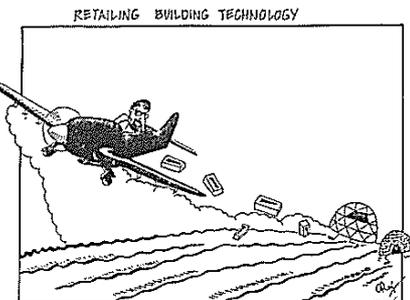
Linking the Findings to Decision-Making

The Ministry is quite concerned whether available relevant results of research, be it paid by the Ministry or not, are used optimally in policy making and policy implementation. In fact a great number of research publications are found on his desk and it can hardly be secret that the Minister informs himself about research findings.

Moreover it is attempted to improve the knowledge through small study groups within the Ministry by organizing more contracts with researchers, by organizing international research oriented seminars (which serve also a wider purpose) and by setting up and linking up with appropriate easily accessible documentation systems.

It will take quite some time before Dutch researchers experience more than incidentally some of these changes in the research policy. For a while the announcement of the new policy with its demand orientation gave some fear that the Netherlands' research world would experience a dramatic decrease in funding from the Ministry. When it became clear from the policy document that the total budget, item for the new programmes was relatively small (mainly because salaries in developing countries are so low) and considerably smaller than the planned increase in the total research budget these fears largely resided. Also the support from the Ministry for development oriented research in the national research foundation WOTRO as well as that for inter-university research co-operation between the Netherlands and developing countries increased. Researchers tend to overestimate the impact of research on actual development processes and to underestimate their dominance in co-operative efforts with colleagues from the South. The increased opportunities which arise from the new research

policy for researchers and could be used by them, modify this picture somewhat. When a car changes direction, it only gradually changes its actual course.



Latin America Bureau, London

Alan Gilbert:

THE LATIN AMERICAN CITY

In all but five Latin American countries, more people now live in towns and cities than in the countryside.

The Latin American City looks at the region's urban explosion from the perspective of the poor. It asks why people are attracted to the city and examines the underlying problem of rural poverty which fuels the exodus. It explores the options open to those arriving in the city and the strategies used in order to acquire land and build a home.

1994, 192pp, DM 29,80

Erhältlich in jeder guten Buchhandlung oder direkt bei:

LN-Vertrieb
Gnensenaustr.2
10961 Berlin
Tel. (030) 694 61 00
Fax. 692 65 90

Multilateral Agencies Intervening

The Urban Poverty Partnership Programme

Steve Miller

In the flood-prone Kalerwe Settlement, poor neighbourhood in Kampala, Uganda, a young girl is clearing a canal that runs straight in front of her house where a street should have been. In this canal runs rain water filthy by a combination of mud, garbage and excrement that it had swept up in its path. The stench defies description. This is not an isolated incident in one child's life. Flooding in Kalerwe was a regular occurrence throughout the rainy season, often forcing communities of people to the roofs of their homes in order to avoid drowning in the effluent ravaging their living environment.

I saw a similar situation in the Philippines where, in a densely populated district of Manila, thin boards had replaced the streets as walkways from one home to the next, the real streets having been flooded under a metre of water and mixed sewage. The leaky pipes which brought in drinking water were submerged under the rainwater-sewage mixture. The problem was even more dramatic in Hanna Nassif, an old settlement of Dar es Salaam, Tanzania, where frequent flooding had caused gullies and eventual erosion to the point where rainwater threatened to carry away the ramshackle dwellings, which were the only asset of the impoverished residents.

Poor housing and inadequate infrastructure in cities like Manila, Dar es Salaam and Kampala are symptomatic of past economic failure. The combination of poverty and environmental degradation makes the world's bidonvilles a sure breeding ground for future failure. On all continents, cities are growing out of control.

Zusammenfassung
Multilaterale Geber
Das Programm gegen städtische Armut

Mit Blick auf die hygienischen Verhältnisse in den städtischen Armutsgebieten des Südens verfolgt die ILO in Zusammenarbeit mit UNDP und dem UN-Freiwilligendienst ein Projekt der quartiersbezogenen Selbsthilfe (Urban Poverty Partnership Programme - UPP).

Der Ansatz des UPP besteht darin, in einem ausgewählten Quartier arbeitsintensive Maßnahmen der Wohnumfeldverbesserung auszulösen, die dann von der Bevölkerung, unterstützt von der Regierung, weitergeführt werden sollen. Dabei wird gehofft, daß der Ansatz nach dem Schneeballeffekt auf andere Quartiere überspringt.

When disaster strikes

Let us look away from the developing world for an example of what might be done. In the United States during the 1993 Mississippi flooding, infrastructure was overwhelmed by an environmental disaster. Only one method responded to the urgency of the situation: lots of people pitching in, filling sandbags and building dams against the rising water. It was admittedly a temporary solution to an exceptional situation. However, This once-in-a-lifetime disastrous situation of the Mid-West is replicated every rainy season in the underdeveloped parts of the world.

Similar community-coordinated, labour intensive approaches are increasingly being applied in the developing world, but with the goal of bringing about longer term solutions in the form of enduring infrastructure. Labour intensive approaches to infrastructure development (with international aid and technical assistance) have demonstrated that unsanitary living and working conditions can be ameliorated by flood drainage and sanitation systems built by and for the urban poor themselves (see box). The benefit of this approach is multiplied by the fact that people acquire skills for use in future employment. And the urban poor get the boost in confidence that comes from sorting out their own worst problems.

The difference wrought by labour-intensive development techniques goes far beyond what meets the eye. Community involvement is a necessary feature of the whole decision-making process. Throughout a project, from technical design to fund raising and cost sharing, poor communities begin to organize around a common goal. Setting up maintenance systems strengthens those organizational skills, which in turn, help the poor learn how to work with and cooperate with local, civic and national authorities, with whom they often have relations that are tenuous or non-existent. Infrastructure has its own asset value and the environmental benefits it yields further add to the ability of people to obtain the necessities of life and increase their productivity.

The challenge of "going to scale"

A combination of labour-intensive infrastructure development and external financing (with local contributions as well) can, in practice, be the first step in a virtuous circle that would begin to lift people out of poverty. The problem is whether, in theory, the practice can be applied on a large enough scale to cope with the problem. The comparison with the US flooding breaks down when we admit that sandbagging is a pretty inadequate and temporary solution to an enduring problem.

The drawbacks to this sort of development approach are well known. The world's mega-cities are teeming with housing and infrastructure shortfalls and the misery they engender. Even if conditions improved in the Hanna Nassif settlement, the improvements would touch the lives of less than half a per cent of the total population of the capital city of Dar es Salaam. Development strategists need to ask themselves why should anyone bother with techniques that amount to a drop in the bucket, especially when resources are scarce to begin with?

Clearly operational demonstrations such as those being carried out in Hanna Nassif or in Kalerwa under the auspices of the Urban Poverty Project (UPP) which combine the efforts of ILO, UNDP and the UN Volunteer Service (UNV) make sense only, if they are designed from the outset to have a snowball effect. The goal, from the ILO perspective, is not to build sewers, roads and canals in flooded, isolated micro-regions; the goal, rather, is to elaborate a strategy that would allow development planners to tap a resource (which is the abundant and under-utilized skills of the urban poor) and to demonstrate that the techniques employed can work on a larger scale. Moreover, while the results so far may look paltry given the scale of the problem, they do provide a positive example of what can be done in situations where failure to improve living standards is more the rule than the exception.

Anatomy of a pilot project

What should a pilot project in urban upgrading set out to accomplish? First, it demonstrates which categories of infrastructure development can be carried out cost-effectively, using labour-intensive techniques. A wide variety of necessary urban infrastructure can be built by the poor themselves, making use of their own abundant labour resources: these



**Community-Based Drainage Upgrading Pilot project
Kalerwe, Kampala, Uganda**

Population in project area: env. 15 000

Outputs:

- a functioning and maintainable drainage system constructed covering 2.4 km main drainage channel, 1.4 km secondary channel and 4 km tertiary drains,
- community planning system developed,
- capacity of the relevant government institutions strengthened in implementing similar community-based programmed
- poverty alleviated to some extent in the project area through generating apprx. 9,080 working days of paid employment opportunities,
- environment protected through improved living conditions and reduced prevalence of water-borne diseases, and
- community-based solid waste management system tested.

Agencies: ILO, UNDP, UNCHS, UNV, DGIS
Duration: 1 April 1993 - 31 March 1994
Donors: UNDP US\$ 482,320
Local contributions: US\$ 20 million

**Community-Based Drainage Upgrading Pilot project
Hanna Nassif, Dar es Salaam, Tanzania**

Population in project area : env. 10 000

Objectives:

- to construct a functioning and maintainable water drainage system and to improve other basic infrastructure services, including 2.5 km road, 1.5 km lined drains, 1.5 km improved footpath etc.
- to strengthen capacity of the City Council in dealing with community-based upgrading proposal
- to establish a support mechanism for community-based initiatives within the communities of the project areas and to develop their planning capacity, and
- to alleviate poverty through generating 15 000 working days paid employment and improved living conditions

Agencies: ILO, UNDP, UNCHS, UNV, DGIS
Duration: 1 March 1994 - 30 September 1995
Donors: - UNDP US\$ 350 000
 - Ford Foundation US\$ 200 000
 - EDF TSh 40 million
Local contributions: TSh 16 million

include basic flood control systems, drainage and sanitation works or street paving with cut stone or pre-cast paving blocks.

The second point to be demonstrated is that a labour-intensive project can be carried out at the same or less cost per quality as a more traditional project. The suspicion that this approach is a recipe for make-work projects and mediocre quality needs to be addressed squarely. Based on experience with the UPP-pilot projects developed so far, there is strong reason to believe that high quality and maintainable standards are attainable, given a consistently productive and well-organized workforce.

Third, if they can pass the test of feasibility and cost-effectiveness, labour-intensive methods still have to get over

the hurdle of political acceptability. Projects need to be designed in such a way as to mobilize community resources (because that is the prime mover) and involve people in decision-making.

Poverty, we maintain, is not just born out of unsanitary living conditions, unemployment or under-employment and precarious sources of income and nourishment. Poverty is born out of lack of power in the face of these problems. Therefore, popular participation in the design and implementation of projects, and subsequently, in the operation and maintenance of the infrastructure created, are hallmarks of successful labour-intensive projects.

Urban Management und Infrastrukturversorgung in Indonesien und Indien

Florian Steinberg

In den 80er Jahren hat eine Neubewertung der Rolle der Städte als Entwicklungspole stattgefunden. Dies beinhaltet a) die Anerkennung des unumkehrbaren, weltweiten Trends der Urbanisierung, b) die positive Bewertung ökonomischer Rolle der Städte, c) die aktionsorientierte Planung der städtischen Investitionen wie Industrie, Transport- und Kommunikationsnetze sowie andere Komponenten der Stadtentwicklung. Die Weltbank hat die Feststellung verbreitet, daß heute mehr als 50% des Brutto Sozialproduktes in den Entwicklungsländern in Städten produziert wird und prognostiziert, daß in Zukunft 80% des gesamten ökonomischen Wachstums aus den Städten kommen wird (World Bank 1991; UNDP 1991).

In diesem Zusammenhang wurde die Rolle betont, welche eine Stärkung der lokalen Institutionen für die Stadtentwicklung spielt. Dies wird von der Erkenntnis geleitet, daß wirtschaftliche Investitionen nicht erwartet werden können, wenn die Infrastruktur und Dienstleistungen fehlen oder unangemessen sind. Diese Orientierung bedeutet auch eine Verlagerung der Aufmerksamkeit von nationalen hin zu lokalen, d.h. städtischen oder kommunalen Institutionen. Neue Konzepte und Ansätze der Dezentralisierung werden populär, darunter als prominentestes das *urban management* Paradigma, auch als Schlußfolgerung aus diversen größeren Wohnungsversorgungs- und Stadtentwicklungsprojekten der 70er Jahre. (World Bank 1983)

Urban Management

Um 1986 initiierten die Weltbank, das United Nations Development Programme (UNDP), und das United Nations Centre of Human Settlements (UNCHS) das *Urban Management Programme (UMP)*, um zur Stärkung der Städte und Gemeinden

Abstract

Urban Management and Delivery of Infrastructure in Indonesia and India

In the 1980s, the role of cities for economic development has been re-assessed and the paradigm of 'urban management' has replaced earlier concepts for (mostly physical) urban projects in the field of housing and infrastructure. This new paradigm has had a considerable impact on development co-operation and the policies of many countries in the developing world.

In connection with this, the discussion on decentralization as a crucial element for more effective urban management and urban services delivery has surfaced at a time in which many countries are implementing also new decentralization policies. Indonesia and India are both representative cases of this trend. The evolution of new urban management responsibilities causes the expectation that these positive changes will also contribute to an acceleration and expansion of the provision of urban services at the local level. However, both countries will face an exhaustive 'urban agenda' in order to cope with their urban future. F.St.

in ihren Bemühungen für beschleunigtes wirtschaftliches Wachstums, der Schaffung der notwendigen Infrastruktur, zur sozialen Entwicklung und einer Reduzierung der städtischen Armut beizutragen. Diese Thematisierung von Dezentralisierung, institutioneller Stärkung und *Human Resource Development* macht den wesentlichen Unterschied aus zu der früheren Generation von Stadtentwicklungsprojekten, welche die rein physischen, baulichen Verbesserungsmaßnahmen (Wohnungsbau, Infrastruktur etc.) betonten.

Die bisher beste Definition von *urban management* erscheint mir die folgende "Die Essenz von *urban management* ist eine aktive Rolle einzunehmen bei der Mobilisierung, dem Management und der Koordination von Ressourcen, um die Zielsetzungen von Stadtentwicklung zu erreichen." (Davidson/Nientied 1991). Gelegentlich wird städtisches Management gleichgesetzt mit *effective urban government*. Generell schließt *urban management* die Verbesserung der finanziellen Ressourcen und Verantwortlichkeiten, die aktionsorientierte Steuerung der Stadtentwicklung, lokale Versorgung mit Dienstleistungen und Infrastruktur, die Stimulierung der städtischen Wirtschaft und der Beschäftigungsmöglichkeiten, die

Etablierung von Mechanismen der Demokratisierung lokaler Entscheidungsprozesse ein.

Das UMP widmet seine spezielle Aufmerksamkeit den Sektoren

- a) städtisches Bodenmanagement,
 - b) Stärkung der Gemeindefinanzen,
 - c) Stärkung der Gemeindeverwaltung,
 - d) Infrastrukturversorgung,
 - e) Umweltmanagement, und
 - f) Reduzierung der städtischen Armut.
- Gemäß UMP erfordern diese sektoralen Aufgaben einen Ansatz, der die Beiträge diverser Disziplinen umfasst und ein integriertes Vorgehen voraussetzt. (Stren 1993)

Dezentralisierung

Dezentralisierung ist, wie schon erwähnt, einer der wesentlichsten Faktoren für eine verbesserte, städtische Infrastrukturversorgung. Die Weltbank hat sich jüngst auch diesem Aspekt verstärkt zugewandt. (World Bank 1993)

Die Vorteile der politischen, räumlichen und administrativen Dezentralisierung (Dekonzentration, Delegation, Devolution) sowie Privatisierung von Märkten (vertragliche Arrangements zwischen öffentlichem und privatem Sektor- Rondi-

nell 1990) werden generell als entwicklungsfördernd eingestuft, denn Dezentralisierung ermöglicht Bürgerbeteiligung und stärkere Unterstützung von Seiten der Bürger, weil Planung und Ziele gemeindlicher Investitionsprogramme die lokalen Bedürfnisse reflektieren; sie hilft die bestehenden Gesetze und Verordnungen effizienter anzuwenden und ermöglicht effizientere Planung und Implementierung von kleinen Projekten auf lokaler Ebene; sie stärkt die politische Stabilität und stimuliert die Beteiligung anderer öffentlicher und privater Körperschaften sowie der lokalen Nichtregierungsorganisationen (NGOs).

Die Nachteile und Schwächen der Dezentralisierung sind jedoch nicht zu unterschätzen, weil Dezentralisierung nicht *per se* Heilmittel für alle *urban management* Probleme ist, weil der Mangel an adequat ausgebildeten Fachkräften (Techniker, Manager etc.) kontra-produktiv ist und unzureichender Transfer von Finanzhoheit effektive Dezentralisierung hemmt; ebenso weil Widerstand gegen Dezentralisierung auf lokaler Ebene aufkommt, wenn Mißtrauen bzgl. der Ernsthaftigkeit des Dezentralisierungswillens der zentralen Regierung besteht und Angst vor Nichterfüllung der Erwartungen zu rückläufiger Entwicklung, d.h. Wiedereinführung stärkerer zentraler Aufsicht, Kontrolle und Einmischung führt.

Für eine erfolgreiche Einführung der Dezentralisierung sind eine Reihe von Faktoren verantwortlich:

politische Faktoren, welche

- a) starke politische Unterstützung und 'commitment' fördern,
- b) die Akzeptanz der Beteiligung der Bevölkerung und des privaten Sektors durch die nationale Politik bedeuten können, und
- c) die Etablierung effektiver Mechanismen der Partizipation nötig machen.

organisatorische und administrative Faktoren, welche

- a) die Kapazität der zentralen Regierung zur Unterstützung der Gemeinden und lokaler Organisationen erfordern,
- b) einer angemessene Aufgabenteilung zwischen zentralen und dezentralen Ebenen der Verwaltung und Regierung bedürfen,
- c) klar definierte Dezentralisierungsgesetze und Verordnungen und Maßnahmen,
- d) flexible Arrangements zur Aufgabende-

BOX 1: Länderdaten Indonesien: Stadtentwicklung und Infrastrukturversorgung

- 1980-90: 5,4% jährliches, städtisches Bevölkerungswachstum
- 1980: 32,8 Mio Stadtbevölkerung (d.h. 22% der 147,3 Mio der Gesamtbevölkerung)
- 1990: 55,5 Mio Stadtbevölkerung (31% der auf 179 Mio angestiegenen Gesamtbevölkerung)
- 1995: 72 Mio Stadtbevölkerung (ca. 38% der Bevölkerung)
- jährlicher Zuwachs von 3,3 Mio (!) Stadtbewohnern
- 1993: ca. 830 Städte in 330 Gemeinden
- absolute Armut: 1976-90 – 40,1% rückläufig bis zu 15,2%
- absolute städtische Armut: 1976 - 90: 19% ansteigend bis zu 35%
- 1993: Bewohnerschaft in städtischen Kampungs erreicht 30-60%
- städtische Wasserversorgung: Leitungswasser 30-60%; Brunnenwasser 30-60%; 30-40% Wasser von mobilen Händlern; der Rest Trink- und Gebrauchswasser aus anderen Quellen
- Sanitärsituation: 30-60% der Stadtbewohner haben Toiletten
- Müllentsorgung erreicht allein 30-60%
- 1985: National Urbanization Strategy erklärt pro-urbane Politik, Grundstein für UIUDP (s.u.)
- 1984: städtischer Infrastrukturinvestitionsbedarf US\$ 750 Mio
- 1988/89: Infrastruktur Investitionsbedarf US\$ 1,124 Mio
- 1990/91: reale Investitionen US\$ 547 Mio (oder 70% des auf US\$ 927 Mio geschätzten Investitionsbedarfes für Wasserver- u.entsorgung, Müllentsorgung, Wohnungsversorgung, Kampung Improvement, Strassen- und Wegebau)
- 1945 - 1986: zentralistische, sektorale Infrastrukturversorgung
- 1969 - heute: Kampung Improvement Programme in ca. 300 Städten durchgeführt, ca. 25 Mio Personen haben besser Infrastrukturdienstleistungen durch KIP erhalten
- 1986: Initiierung des nationalen, multi-sektoralen Integrated Urban Infrastructure Development Programme (UIUDP) zur Infrastrukturversorgung, bestehend aus:
 - integrierten, mittelfristigen Infrastrukturinvestitionsprogrammen
 - Revenue Improvement Action Plans
 - Local Institutional Development Action Plans

- e) klar definierte Mechanismen zur Beteiligung von Gemeindebürokratie und Bürgern am lokalen Entwicklungsprozess, und
- f) entwickelte Kommunikationsstrukturen zwischen zentralen und dezentralen Ebenen der Administration unterstützen.

Faktoren des Verhaltens, welche

- a) die positive Haltung der Repräsentanten der zentralen Regierung in bezug auf Dezentralisierung stimulieren,
- b) effektive Mittel mobilisieren zur Reduzierung von Widerstand und zur Unterstützung lokaler politischer Vertreter, sowie
- c) Vertrauen und Respekt zwischen Gemeindevertretern und Bürgern schaffen.

Ressource-Faktoren, welche

- a) den Transfer der notwendigen Autorität auf dezentrale Organisationen ermöglichen,
- b) den Transfer ausreichender finanzieller Ressourcen bzw. die Autorität zur lokalen Mobilisierung der Ressourcen durch Besteuerung und 'public-private partnerships' bewirken,
- c) den Einsatz von kompetenten und dynamischen Führungskräften auf Gemeindeebene und bei Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs) erfordern,

- d) Ausbildungs- und Trainingsprogramme zum Aufbau der notwendigen personellen Kapazitäten auf lokaler Ebene, und
- e) adäquate Infrastrukturre Ressourcen auf lokaler Ebene nötig machen.

Finanzielle Aspekte der Dezentralisierung haben eine Schlüsselfunktion. *Urban management* muß neue Wege einschlagen, um Selbstfinanzierung und Kostendeckung der Infrastrukturmaßnahmen zu erreichen durch Nutzergebühren, durch Bodenverteilung (*land re-adjustment*) und bodenbezogene Besteuerung, oder eine Ko-Finanzierung/Ko-Produktion von Dienstleistungen durch öffentliche Hand, privaten Sektor und die Bürger. Die staatliche Subventionspolitik sollte an den Erfolg von lokalen Steuereinnahmen gekoppelt sein und die Kreditfinanzierung in einem größerem Maße zur Erweiterung des gesamten Investitionsumfanges eingesetzt werden.

Im Falle von Indonesien und Indien haben diese Parameter der Dezentralisierung eine wesentliche Bedeutung. Um deren Erfahrungen mit *urban management* und Infrastrukturversorgung vorzustellen, erscheint eine Übersicht zur Einordnung des städtischen Sektors nützlich. Hierzu die Boxen 1 und 2.

Das Beispiel Indonesien

In Indonesien existiert ein politisch-administratives Drei-Stufen-System:

- zentrale Regierung
- Provinzen
- Gemeinden (verschiedenen Status-ebenen)

Mit dem Dezentralisierungsgesetz von 1974 wurde der Grundstein zur politischen Dezentralisierung (eigentlich 'Dekonzentration') gelegt, das jedoch nur die verschiedenen Regierungsebenen definierte und so noch keinerlei Auswirkungen auf die Stadtentwicklung hatte. Davor existierte eine stark zentralisierte Verwaltung der Ressourcen. Die administrative Delegation von Verantwortlichkeiten resultierte in einer Dekonzentration der Verwaltung mit Repräsentationsbüros der zentralen Regierung auf Provinz- und lokaler Ebene.

Die dominante Rolle der Provinzverwaltungen in Planung und Durchführung von Infrastruktur- und städtischen Investitionsprojekten wurde jedoch bis zur späteren Einführung des IUIDP beibehalten (s. Box 1). Die Gemeinden hatten eine rein ausführende Rolle in der Stadtentwicklung. Mit der Einführung des IUIDP (Steinberg 1992; Hoff/Steinberg 1992/1993) wurden Delegation und Dezentralisierung in der Infrastruktur- und Stadtentwicklung zentrale Elemente für zukünftige Infrastrukturprogramme. Im Dezentralisierungsgesetz von 1986 erhielten

- Gemeinden Planungshoheit zur Infrastrukturplanung,
- wurden die Mechanismen und Standards des IUIDP vorgeschrieben als Bedingung für staatliche Subventionen,
- erhielten Gemeinden die Hoheit über diverse Steuereinnahmen (mit Ausnahme der Bodensteuern),
- wurden angeregt ihre Einnahmesituation zu verbessern (durch den Improvement Action Plan/RIAP), und
- wurden sie angehalten, Kostendeckung in der Infrastrukturversorgung einzuführen und Kredite zur Finanzierung großer Investitionsvorhaben aufzunehmen.

Bis März 1993 haben allein 143 Gemeinden oder 313 Städte auf Java-Bali, Sumatra und Sulawesi (d.h. 65% der städtischen Bevölkerung in Prioritätsgebieten) mit der Implementierung von integrierten Infrastrukturmaßnahmen begon-

Box 2: Länderdaten Indien: Stadtentwicklung und Infrastrukturversorgung

- 1991: 217 Mio städtische Bevölkerung (26,6% von 814 Mio Gesamtbevölkerung)
- 2000: erwartet 320 (- 350) Mio städtische Bevölkerung (32%-35% Gesamtbevölkerung)
- 1971-81: 2,22% jährliches Bevölkerungswachstum
- 1981-91: 2,12% jährliches Bevölkerungswachstum, städtisches Wachstum ca. 3,3% /Jahr
- 1991-2001: 1,9% jährliches Bevölkerungswachstum
- 1993: ca. 4000 Städte, davon 1000 mit mehr als 100.000 E.
- 1985: 10-40% der städtischen Einwohner leben in Slums
- 1991: Gesamtzahl der städtischen Wohneinheiten 42,6 Mio, Fehlbedarf 10 Mio
- 50% der städtischen Haushalte haben unzureichende Sanitärbedingungen
- 1991: ca. 50 Mio in Slums, ca. 50 Mio ohne Zugang zu essentieller Infrastruktur
- 1991: 29% der Haushalte haben keinen Anschluß an die Drainage
- 30% des Hausmülls wird nicht entsorgt

Zahlreiche armutsbezogene Siedlungs und Stadtentwicklungsprogramme, deren Resultate und Wirkungen nur teilweise wiedergegeben werden können (Stand Juni 1993):

- Slum Clearance and Resettlement (Rehabilitation) Programme
- Urban Basic Services Programme - in ca. 168 Städten durchgeführt
- Self-employment for the Urban Poor Programme - ca. 350.000 Pers.
- Environmental Improvement of Urban Slums
- Urban Basic Services for the Urban Poor - seit 1990, jährlich etwa 200.000 E. erreicht
- Beschäftigungsförderungsprogramm Nehru Rozgar Yojana
- Integrated Programme for Low-Cost Sanitation for Liberation of Scavengers - etwa 350.000 Toiletten in ca. 250 Städten, 10-12.000 Müllsammler rehabilitiert
- Shelter and Sanitation for Footpath Dwellers in Urban Areas
- staatlich geförderte Wohnungsprogramme (der HUDCO, HDFC, NHB) für die Armen, sowie die unteren und mittleren Einkommensgruppen - HUDCO: ca. 390.000 sites and services-Grundstücke, 1,05 Mill. WE saniert, 2,03 Mio Toiletten, 4,46 Mio WE gebaut
- städtische, multi-sektorale Infrastrukturprojekte, HUDCO-finanziert - 170 Projekte
- Integrated Development of Small and Medium Towns - in 200 Prioritätsstädten

nen. Darüberhinaus sind praktisch im ganzen Land - mit technischer Hilfe der Zentralregierung und ihrer Consultants - die Planungen und Vorbereitungen für mittelfristige Infrastrukturprogramme gestartet worden. In den nächsten Jahren werden sowohl umfangreiche IUIDP Programme realisiert werden, und einschneidende Veränderungen der Ressourcensituation erwartet durch die Umsetzung von größerer gemeindlicher Besteuerungsprogramme und institutionelle Veränderungen die lokalen Managementkapazitäten verbessern.

Die große Bedeutung des IUIDP in Bezug auf Mobilisierung von Investitionsprogrammen kann ermessen werden an den Daten des V. Fünfjahresplan (1989-94), der 4,5 Mrd. US\$ für den gesamten städtischen Infrastruktursektor geplant hatte und ein reales Investitionsaufkommen von 4 Mrd. US\$ für Wasserversorgung, Sanitation, Abwasser, Drainage, Müllentsorgung, Wohnungsversorgung, Kampung Improvement, Baulandentwicklung, Wohnungsbau, Strassen- und Wegbau. Mit weiteren Krediten für die folgenden IUIDP Investitionspakete der Weltbank und der Asiatischen Entwicklungsbank in Aussicht ist mit einem weiteren Anstieg des gesamten Investitionsvo-

lomens für städtische Infrastruktur zu rechnen.

Die Einführung eines *Regional Development Account* (RDA) im Jahre 1991 als provinzweiter 'Pool' von Entwicklungsressourcen stellt einen weiteren Schritt in der Dezentralisierung von Entwicklungsplanung und -management dar. Jedoch geringer Enthusiasmus bei der Zentralregierung, welche um ihre Kontrolle über Subventionen, (ausländische) Kredite und Entwicklungshilfe fürchtet, stellt die Effizienz dieses Instrumentes bisher in Frage. Ohne ausreichende Steuerbasis und Steuereffizienz durch besseres Finanzmanagement und bessere institutionelle Kapazitäten der Gemeinden, also aufgrund der anhaltenden Dekonzentration, welche noch keine richtige Dezentralisierung darstellt, beobachtet man ein Fortbestehen der zentral-staatlichen Finanzierung in der Steuerpolitik.

Das Beispiel Indien

In Indien existiert ein Vier-Stufen-Systems:

- zentrale (nationale) Regierung (*union government*),
- Bundesländer (*states*),

- Distrikte,
- Gemeinden (*municipalities, Urban Local Bodies*).

Das stark zentralisierte System bedeutet, daß die States die Fäden der Stadtentwicklung in der Hand halten, und faktische Planungshoheit für viele städtische Gebiete und Kontrolle über die meisten lokalen Steuereinnahmen haben (Dutta 1992). Auf Länderebene existieren:

- State Housing Boards
- State Water Supply and Sewerage/Drainage Boards
- State Slum Clearance Boards (EIUS, shelter upgrading component of NRY)
- Public Works Department (roads/drainage)
- Department of Municipal Administration

In den Distrikten sind vorrangig die District Town Planning Offices verantwortlich und auf Gemeindeebene sind es Urban Local Bodies: wie Municipal Corporation, Municipalities, Town Area Committees etc. Allein Städte mit einer Bevölkerung von mehr als 100.000 Einwohnern haben ein Einnahme-Surplus, die meisten Kleinstädte haben ein konstantes Einnahmedefizit.

1991 wurde das Dezentralisierungsgesetz (*Nagarpalika Bill*) vom nationalen Parlament in der nationalen Verfassung verankert, und soll nach Übernahme durch die Bundesländer ab 1994 in allen Ländern realisiert werden. Dieses Gesetz soll den Gemeinden Planungshoheit und Finanzhoheit (*empowerment and autonomy*) geben. Führungskräfte in den Urban Local Bodies werden für 5-jährige Amtszeit durch Wahl bestimmt; 30% der gewählten Vertreter sollen Frauen sein. Die diskriminierten Kasten und Angehörigen ethnischer Minoritäten (*scheduled castes and tribes*) sollen gemäß ihrer Gesamt-Prozentsumme in der Gemeinde repräsentiert sein. Bürgerbeteiligung in den städtischen Vierteln (*Wards/Districts*) soll durch Bürgerkomitees gewährleistet werden, welche sich mit den aktuellen Problemen und Konflikten befassen (Golandaz 1993). Das Dezentralisierungsgesetz definiert als Gemeindeaufgaben Stadtentwicklungsplanung, Bodennutzungsplanung, Planung ökonomischer und sozialer Entwicklung, Schutz der sozial Schwachen und Minoritäten, Erstellung von technischer Infrastruktur, soziale Infrastruktur, Programme zur Armutsbeseitigung und der Beschäftigungsförderung, kulturelle Akti-

vitäten, Begräbnisse und Verbrennungen, Schlachthäuser und Lederverarbeitung (*Ministry of Urban Development 1993*).

Mit der Abschaffung der Okroi (lokale Importsteuern) in diversen Bundesstaaten im Jahre 1993 wurde jedoch die lokale Einkommensstruktur geschwächt; *discretionary grants* (Subventionen) haben dieses System noch nicht ersetzen können.

Insgesamt ist die politische Dezentralisierung in Indien erheblich weitergehend als in Indonesien. Die administrative Dezentralisierung hinkt jedoch hinterher. Die Einführung innovativer Planungsinstrumente wie das *Integrated Development of Small and Medium Towns (IDSMT) Programme* zeigt ein niedriges technisches Niveau und ein Fehlen an notwendigen Gesetzesgrundlagen, Richtlinien etc. Die Gemeinden haben generell große Schwierigkeiten sich auf die neuen Aufgaben der Dezentralisierung einzustellen. Die Entwicklung der nächsten Jahre wird sehr wesentliche Weichen stellen, und zeigen, ob Indien ernsthaft an der Dezentralisierung und dem Aufbau lokaler Managementkapazitäten interessiert ist.

Agenda für die Zukunft

Die Erfahrungen Indonesiens und Indiens im Bereich des städtischen Management und der Infrastrukturversorgung sind - trotz der vielen Besonderheiten der beiden Länder - vergleichbar. Die Schaffung neuer *urban management* - Verantwortung gibt Anlaß für die Erwartung, daß sich Infrastrukturversorgung in den Städten Indonesiens und Indiens beschleunigt. Beide Länder haben jedoch eine umfangreiche Agenda zur weiteren Entwicklung und Konsolidierung dieser Situation vor sich. Diese Agenda umfasst:

- Entwicklung effizienter nationaler Politiken der Dezentralisierung, Etablierung von *enablement* durch staatliche Institutionen und Schaffung eines entwicklungsorientierten Klimas;
- Stärkung der lokalen Institutionen für mehr Autonomie im städtischen Management;
- Ausbildung für lokale (wie nationale) Fachkräfte in Finanzierung und Management;
- Etablierung von Mechanismen der technischen Hilfe für Gemeinden, Privatwirtschaft und NGOs in städtischer Entwicklungsplanung, Finanzierung, Management und Infrastrukturversor-

gung.

- Verbesserung der Effizienz der städtischen Wirtschaft durch besseres Bodenmanagement, Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung.
- Breitere Beteiligung des privaten Sektors, der NGOs und der Bürger durch flexiblere Rahmenbedingungen und Anreize zur aktiven Partizipation (*public-private partnership/co-development etc.*).

Allgemeine Stadtentwicklungsziele sind die Schaffung von :

- sozialer Gerechtigkeit und Anerkennung der Rechte der Frauen und der ethnischen und sozialen Minoritäten,
- angemessenen Dienstleistungen und Infrastrukturen,
- ökonomischer Dynamik und produktiver Kapazitäten,
- ökologischer Überlebensfähigkeit,
- partizipatorischen und demokratischen Rahmenbedingungen und
- kultureller Lebendigkeit.

Literaturhinweise

- Davidson, F., Nientied, P., Urban Management: Introduction, in: *Cities Vol. 8/2*, Oxford 1991: 82-85.
- Dutta, S., Urban Management in India, Part I - Common Characteristics, DAG/University of Birmingham, (1992 ?).
- Golandaz, H.M., Empowerment of Urban Local Government in India (With Special Reference to seventy-third Constitutional Amendment Bill, 1991), in: Mohanty, B. (ed.), *Urbanisation in Developing Countries: Basic Services & Community Participation*, New Delhi 1993, pp 376-387.
- Ministry of Urban Development, *Power to the People: The Nagarpalika Act*, New Delhi 1993.
- Rondinelli, D.A., *Decentralizing Urban Development Programs: A Framework for Analyzing Policy*, US AID, Washington 1990.
- Sivaramakrishnan, K.C., India, in: *Asian Development Bank (ed.), The Urban Poor and Basic Infrastructure Services in Asia and the Pacific*, Vol. II, Manila 1991, pp. 297-327.
- Steinberg, F., The Integrated Urban Infrastructure Development Programme (IUIDP), in: *TRIALOG No. 32*, Darmstadt 1992, pp. 45-51.
- Hoff, R. van der, Steinberg, F. (ed.), *Innovative Approaches to Urban Management: The Integrated Urban Infrastructure Development Programme in Indonesia*, Aldershot 1992.
- Hoff, R. van der, Steinberg, F., *The Integrated Urban Infrastructure Development Programme and Urban Management Innovations in Indonesia*, IHS Working Paper, Rotterdam 1993.
- Stren, R., 'Urban Management' in Development Assistance, in: *Cities Vol. 10/2*, Oxford 1993: 125-138.
- UNDP (United Nations Development Programme), *Cities, People & Poverty, Urban Development Cooperation for the 1990s*, New York 1991.
- World Bank, *Learning By Doing*, Washington 1993.
- World Bank, *Urban Policy and Economic Development: An Agenda for the 1990s*, Washington 1991.
- World Bank/Urban Development Division, *Municipal Development Sector. Review: Political Decentralization and its Implications for Urban Service Delivery (Draft)*, Washington 17 September 1993.

Konferenzbericht

2nd Symposium "Housing for the Urban Poor"

Birmingham 11.-14. April 1994.

Kosta Mathéy

Die Arbeitsgruppe "Wohnungsversorgung in Entwicklungsländern" des *European Network of Housing Research*, einer hauptsächlich von Akademikern getragenen Organisation, veranstaltete diese Konferenz als Folgeveranstaltung eines ähnlichen, vor zwei Jahren in Istanbul abgehaltenen Treffens. Neben den obligatorischen Plenumsreferaten von Vertretern der UNCHS, der Weltbank, einer Chinesische Delegation, von Minderheitenvertreterinnen etc... diskutierten die rund 100 Teilnehmer/innen in Arbeitsgruppen über die folgenden Teilaspekte der Wohnungsversorgung in Entwicklungsländern:

- Strategiefragen zur Überwindung der Teufelskreises: Baukosten - Bezahlbarkeit - Zielgruppe - Standards
- Politik und Praxis der Wohnungsversorgung
- "Befähigungs"-Strategien (*enabling strategies*) und deren administrative Konsequenzen
- Wohnungsproduktion - die Angebotsseite
- Finanzierungsmodelle
- Der vorgesehene Frauenworkshop fiel mangels Nachfrage aus, doch trafen sich interessierte Teilnehmerinnen zu außerplanmäßigen Abendsitzungen zu Zeiten, bei denen es keine Überschneidungen mit anderen Veranstaltungen gab.

Wie nicht anders zu erwarten, stand die neueste, international empfohlene Strategie der Wohnungspolitik für Entwicklungsländer, die sog. *Enabling-Strategie*, im Mittelpunkt der offiziellen Ansprachen. Dieses Konzept, als Weiterführung der Selbsthilfe-Empfehlungen nach John Turner zuerst 1986 formuliert, wurde daraufhin 1989 in die "Global Strategy for Shelter" der Vereinten Nationen (Habitat) als zentraler Gedanke aufgenommen. Umso überraschender war dann allerdings die von vielen Seiten, insbesondere auch in der Stellungnahme der UNCHS selbst formulierten Vorbehalten gegenüber diesem Ansatz. Insbesondere wurde festgestellt, daß der zuvor eingeläutete Rückzug

des Staates aus der Wohnungsversorgung doch auch einschneidende Negativ-Folgen mit sich bringt, wie man jetzt zu erkennen in der Lage ist. Während die *Enabling-Strategie* für eine Mittelgruppe der Bedürftigen durchaus eine Verbesserung der Wohn- und Lebensbedingungen bewirken kann, stellt sie kein realistisches Hilfsangebot für Ärmsten der Armen dar. Deshalb kann auf eine direkte Unterstützung dieser Gruppe durch den Staat nach heutiger Kenntnis nicht verzichtet werden.

Doch Bedenken wurden auch aus strukturellen Überlegungen angemeldet: "Enabling Policies" wurden populär, nachdem die Ineffizienz der staatlichen Wohnungsinstitutionen offenkundig geworden war. Implizit wurde dabei eine höhere Effizienz des Marktes angenommen, die im Zusammenhang von lukrativen Unternehmungen sicher auch gegeben ist, aber für die es im Kontext des Niedrigkosten-Wohnungsbaus im Grunde genommen keinerlei Nachweise gibt.

Schließlich sei noch auf ein Mißverständnis hingewiesen, das sich in die jüngsten Policy-Papers der Weltbank eingeschlichen hat: Dort wird nämlich von einer Befähigung des Marktes (durch staatliche Maßnahmen) gesprochen, welcher freilich nach seiner eigenen Definition im Grunde genommen selbstregulativ funktionieren sollte. In dem ursprünglichen, auch von der UNCHS adoptierten Verständnis, ist allerdings von einer Befähigung und Förderung von Bedürftigen und Basisgruppen (Citizen Based Organizations) die Rede, zu welchem Zwecke in vielen Fällen auch nichtregierungsorganisationen (NGOs) vermittelnd eingesetzt werden können.

Auch in Hinblick auf die Effizienz der Nichtregierungsorganisationen ist inzwischen Skepsis eingekehrt. Nicht bestritten werden kann, daß eine ganze Anzahl von nationalen wie internationalen NGOs ausgezeichnete Arbeit leisten und die Anstrengungen der jeweiligen Regierungen ergänzen, oder im ungünstigsten Fall

sogar ersetzen, können. Doch in einigen Ländern steht die geringe Anzahl der zu solcher Arbeit befähigten NGOs in keinem Verhältnis zu dem immensen Bedarf. In anderen Fällen haben sich Unternehmen den Namen einer NGO zugelegt, arbeiten aber nach rein privatwirtschaftlichen Kriterien - das heißt, daß Unternehmensentscheidungen nicht demokratisch oder in Abstimmung mit den Nutzern erfolgen, und daß die Unternehmen ebensowenig, wie das für öffentliche Hand gilt, rechen-schaftspflichtig sind.

Eine Reihe brennender Fragen wurde, wie in der Abschlußveranstaltung von verschiedener Seite festgestellt wurde, bei den Diskussionen ausgeklammert. Beispielsweise wurden die verschiedenen internationalen Programme, wie die der UN-HABITAT oder der ODA, kaum erwähnt - obwohl ihr Volumen doch beachtlich ist. Insbesondere scheint es an der Zeit, die Ergebnisse der UN-Habitat "Global Strategy for Shelter", deren erste Halbzeit jetzt abläuft, kritisch zu hinterfragen und Vorschläge zur eventuellen Korrekturen für den verbleibenden Zeitraum zu erarbeiten.

Auch die Frage der konkreten Konsequenzen, die aus der Verabschiedung der Agenda 21 (Rio-Umweltkonferenz) für die Entwicklungszusammenarbeit im Habitat-Bereich zu ziehen seien, blieb draußen vor. Hier wären im Kontext des Niedrigkosten-Wohnungsbaus weitergehende Untersuchungen zu folgenden Kapiteln wünschenswert:

- Kapitel 7 (Prinzipien) - Die auf der anstehenden Habitat II Konferenz 1996 in Istanbul zu verfassenden Resolutionen müssten darauf unbedingt Bezug nehmen. Bislang sind Bemühungen in dieser Hinsicht nicht erkennbar.
- Kapitel 10 (Lokale Initiativen) - Die Verknüpfung mit den "enabling strategies" inclusive der Förderung von CBOs und NGOs ist offensichtlich

- Kapitel 32 (Erziehung/ Öffentlichkeitsarbeit). Der Bau- und Siedlungssektor ist unbestritten einer der größten Umweltzerstörer - Grund ist in vieler Hinsicht die Unwissenheit oder Achtlosigkeit der Beteiligten. Das heißt, daß Verbesserungen technisch kein unüberwindbares Problem darstellen.

Ein weiterer kritischer Punkt ist die sog. Gender-Thematik, in Deutschland meistens auf die "Frauenkomponente" reduziert. Sie taucht zwar inzwischen regelmäßig in Konferenzen und in der Formulierung von Projekten auf - hauptsächlich in der Form von Forderungen. Leider liegen wenig Informationen über die Barrieren in der Umsetzung der Ziele vor, und noch weniger darüber, wie solche überwunden werden können.

Die Landfrage wird weder von UNCHS noch von der Weltbank ernsthaft angegangen, genausowenig wie sie auf dieser Konferenz auch nur annähernd zufriedenstellend behandelt wurde. Dennoch stellt sie eine der Haupt-Konfliktpunkte in der Wohnungspolitik dar. Ohne sich ernsthaft mit ihr zu beschäftigen, kann keine Lösungsstrategien für die Lösung der Wohnungsfrage zum Erfolg führen.

Ein breiteres Spektrum an aktuellen Positionen und Informationen wäre wahrscheinlich vertreten gewesen, wenn die hohe Kongreßgebühr von rund 500,- £ (inclusive Unterkunft) die Teilnahme gerade von vielen jüngeren und weniger etablierten Wissenschaftlern nicht verhindert hätte. Zwar ermöglichten die Beiträge der zahlenden Teilnehmer und die großzügigen Spenden von Dritter Seite, fast 30 Kollegen aus den armen Ländern der Dritten Welt einzuladen - aber nicht alle Akademiker in den Entwicklungsländern sind arm, genausowenig wie alle Bürger der Industrieländer reich sind. Hässlich wurden Bemerkungen laut von "den Armen aus der Ersten Welt, die die Reichen der Dritten Welt finanzieren". Ein großer Teil der Gebühren floß auch in die Miete des prestigetächtigen, und erst vor kurzem eingeweihten Kongreßzentrums Birminghams, wo die Veranstaltung stattfand. Gerade wenn das Thema der Veranstaltung "Obdach für die Armen in den Städten" hieß, hätte es sicher auch eine bescheidenerer Rahmen ebenso gut getan - wie beispielsweise die wegen der Semesterferien ohnehin kaum benutzte Universität. Es bleibt zu hoffen, daß bei einer eventuellen Folgeveranstaltung, die frühestens 1997 (im Jahr nach Habitat II) stattfinden wird, auf diesen Punkt Rücksicht genommen wird.

Sofern die deutsche Entwicklungszusammenarbeit nicht ohnehin schon daran arbeitet, sollte diese ein eigenes Positionspapier zur UN-Habitat Konferenz 1996 mit Berücksichtigung der in diesem Bericht erwähnten Schlüsselaspekte erarbeiten.

Neue Bücher

Book Reviews

Architektur

Roger Boulay, *La Maison Kanak*. 165 Seiten, ISBN 2-86364-062-3, 1990, 240 FF. Editions Parenthèses, 72 cours Julien, F-13006 Marseille.

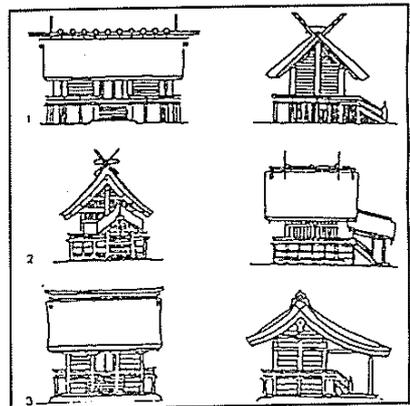
Neu Kaledonien ist eine Insel östlich von Australien im Pazifischen Ozean; das dort lebende Volk ist unter dem Namen "Kanak" bekannt geworden. Die Ureinwohner leben von Ackerbau, Jagd und Fischfang; ihre Behausungen sind aus vegetativen Materialien gebaut und z.T. reich verziert. Dieser Baukunst ist der vorliegende, ethnologisch wie architekturhistorisch vorbildlich zusammengestellte Band gewidmet. Vom allgemeinen zum Speziellen gehend werden zunächst Geographie und Gesellschaft beschrieben, es folgen Untersuchungen zu Siedlungsstruktur, dann werden Varianten der besonders sorgsam gebauten Gemeinschaftshäuser (case ronde) beschrieben, und zum Schluß die bescheideneren Familienhütten, Werkstätten etc. Bibliographie, Listen von lokalen Architekturausdrücken und von den beim Bau verwendeten Pflanzen runden das Werk ab. Die vielen Illustrationen, z.T. historische und neue Fotos, z.T. liebevoll gezeichnete Skizzen machen das Geschriebene auch für Kinder und leseunwillige Architekten anschaulich.



* Sofern nicht anders gezeichnet, wurden die Rezenionen von Kosta Mathéy geschrieben.

Basam Behesh, *Towards Housing in Harmony with Peace*. 224 Seiten, ISBN 91-87866-08-0, 1993. LCHS, Lund (Schweden).

Die Doktorarbeit analysiert die historischen, klimatischen und geographischen Einflußgrößen auf die traditionelle Architektur in Syrien. Neben der allgemeinen Literaturanalyse bilden Fallstudien aus Aleppo und Damaskus die Grundlage der Untersuchung. Besonders gut gelang die abschließende Zusammenfassung typischer arabischer Architekturelemente, die sich auch auf zeitgenössische Entwürfe übertragen lassen. Weniger überzeugend dagegen ist im Analyseteil der an das Metaphysische angrenzende Abstraktionsgrad, der sich u.a. in zahlreichen, sich nicht selbst erklärenden Symbolzeichnungen manifestiert. Die übrigen, figürlichen, Illustrationen sind anschaulich, doch bleibt unerwähnt, welche davon aus anderen Publikationen nachgezeichnet wurden und welche vom Autor selbst stammen.



Magarete Fujii-Zelenak, *Strukturen in den modernen Architekturen*. Pier Luigi Nervi - Kenzo Tange. 319 Seiten, ISBN 3-88939-053-6, 1992, DM 40,-. Verlag für Interkulturelle Kommunikation, Postfach 900965, Frankfurt / Main.

Eine architektur-philosophische Betrachtung über das Entstehen von Form in der Gestaltung der Gebauten Umwelt. Diese wird hier exemplarisch untersucht und verglichen an dem Gesamtwerk von Nervi und Tange, stellvertretend für europäisches und japanisches Denken. Dabei werden fünf Kriteriengruppen zur Hilfe genommen: optische und semantische

